Heft 11 November 2000 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sfr. 8,– · L ltr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

Israel: Das letzte Opfer der neuen Welt-ordnung

Interview mit Kostunica: Wer kriegt Belgrad?

Wie fiel Milosevic?

4 391202 708006 11

in konkret November 2000

hier konkret von Jean Ziegler

Der Schweizer Soziologe und frühere Nationalrat Jean Ziegler, seit kurzem Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, kritisiert in seinem neuen Buch »Wie kommt der Hunger in die Welt?« das Weltwirtschaftssystem als hemmungslose Diktatur des Finanzkapitals. Der »Raubtierkapitalismus« produziere täglich 100.000 Hungertote. Hunger sei nicht Schicksal, sondern gemacht. Ziegler: »Wer Geld hat, ißt. Wer keines hat, hungert und stirbt.«

von konkret

an konkret

Israels letzte Ölung von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Endspiel von Jürgen Elsässer

Der Sturz von Milosevic beendet die Nato-Aggression nicht, sondern heizt sie an. Nach der Aufteilung Jugoslawiens geht es jetzt um die Zerstückelung Serbiens

DM statt Dinar von Michel Chossudovsky, Jared Israel

Eine Viererbande will an die Schalthebel der Ökonomie: Das Wirtschaftsprogramm der serbischen Opposition wurde von der Expertengruppe G-17 verfaßt – in enger Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF)

Wer kriegt Belgrad? von Vojislav Kostunica, Nikola Zivkovic

Egal, wie es ausgeht: Vojislav Kostunica war der politische Shooting-Star der Saison. Noch vor wenigen Wochen im Westen völlig unbekannt und selbst in Serbien allenfalls ein Geheimtip, avancierte er als Präsidentschaftskandidat der Opposition in kürzester Zeit zu einem ernsthaften Herausforderer von Milosevic und zum Hoffnungsträger der Nato. Was will der Mann, »dem Sie immer geradewegs in die Augen schauen können« – wie es auf seinen Wahlkampfpostern hieß? Und: Was können Washington, Berlin, Brüssel von ihm erwarten?KONKRET-Gespräch

Arm, aber nicht jüdisch von Erwin Riess

Ursprüngliche Akkumulation und ein Gläschen auf Haider. Reiseskizzen aus Ungarn, das schon dort ist, wo Jugoslawien noch hin soll

Wunderbares Land von Otto Köhler

Wie ihre Vergangenheit bewältigen die Deutschen auch deren Wiederkehr am liebsten mit Kunstgewerbe. Und den Fremdenhaß mit der Entfernung der Fremden

Staatsräson mit kurzen Beinen von Ralf Schröder

Der Zentralrat der Juden und die Vertriebenen: Wenn der deutsche Kanzler zum Geburtstag gratuliert, biegen sich die Balken

Ein rundum abhängiger Mann von Christian Y. Schmidt

Dem unaufhaltsamen Aufstieg des Joseph Fischer vom Cocktail bei Molotows zum Empfang bei Albright widmen sich zwei neue Bücher. Eines besser, das andere auch nicht ganz so schlecht

Fette Juden, Neger und andere Verbrecher von ARiC Berlin e.V.

Ein deutsches Alphabet

Deutsche zuerst von Samuel Salzborn

Weil Rechtsextremismus eine Frage des Glaubens ist, hat der Bund der Vertriebenen ein Glaubensbekenntnis abgelegt: Er glaubt, daß nicht, und es wird ihm geglaubt

Faschistischer Wohlfahrtsstaat? von Georg Fülberth
Wie sozialistisch war der Nationalsozialismus? Eine Geschichte der Arbeiterbewegung unterm Hakenkreuz versucht eine Antwort

Als Angela Merkel eines Morgens erwachte... von Werner Rügemer
Die Arbeit der Chefaufklärer von der »Süddeutschen Zeitung« am seidigen Innenfutter der Macht klärt über viele Dinge auf, die keiner wissen muß

broder, deutschland von Joachim Rohloff
Er hat entschieden was gegen »Salon-Antisemiten«, die Anwesenden natürlich immer ausgenommen

In diesem Sinne - Arkan, wo bist du? von Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Ein Laufbursch als Herrenmensch von Fritz Graemlich

In diesem Sinne - Laß die verwöhnen von Michael Schilling

Buch des Monats von Jürgen Roth
Albrecht Fabri: Der schmutzige Daumen – Gesammelte Schriften. Zweitausendeins, Frankfurt/Main 2000, 758 Seiten, 48 Mark

Kunst & Gewerbe von Günther Jacob
Disparität

Kunst & Gewerbe von Hermann Kant

Kunst & Gewerbe von Christian Y. Schmidt
Inferiorität

Kunst & Gewerbe von Sahra Wagenknecht
Liquidität

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland
Majorität

Kunst & Gewerbe von Peter O. Chotjewitz
Mobilität

Kunst & Gewerbe von Robert Kurz
Zu spät

Kunst & Gewerbe von Fanny Müller
Flexibilität

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth
Modernität

Kunst & Gewerbe von Fritz Tietz
Identität

Kunst & Gewerbe von Horst Tomayer
Zehn Thesen auf Spesen zur sogenannten »deutschen Einheit«

Kunst & Gewerbe von Mathias Wedel
Kontinuität

Recht und Moral: keine Zwillinge von Oliver Tolmein
Kulturkolumne

Der Zauberwald ist abgebrannt von Georg Seeßlen
Kann man einen Film über Skinheads machen? »Oi! Warning« ist ein Angriff auf den Mythos des Mainstreams

FilmTheater von Marit Hofmann
Kanak Attack - Liebesluder

FilmTheater von Tobias Nagl
Cecil B. Demented

Ästhetischer Kommunismus von Georg Fülberth
»Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage« hatte Peter Hacks sein Lied vom Ende des Imperialismus überschrieben (KONKRET10/2000). Es hat ein Echo

Picasso in Münster von Armin Schreiber
Neben Barcelona, Cap d´Antibes und Paris gehört seit September auch Münster mit einer exorbitanten Grafiksammlung zu den Orten, die ein Picasso-Museum beherbergen

E-Mail und die Detektive von Boris Gröndahl
Sind Hacker die Widerstandskämpfer der Zukunft oder nur Trüffelschweine der Industrie? Was Sie schon immer über Computersabotage wissen wollten

Buch & Deckel von Tjark Kunstreich
Irit Neidhardt/Willi Bischof: Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. Unrast, Münster 2000. 192 Seiten, 26,80 Mark

Buch & Deckel von Gunnar Schubert
Sebastian Haffner: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933. DVA, Stuttgart 2000, 200 Seiten, 39,80 Mark

Das Gerangel um den ›richtigen‹ Pop von Martin Büsser
Warum die Debatte zwischen Polit- und Pop-Linken seit Jahrzehnten nicht vorankommt. Eine Entgegnung auf Kai Degenhardt

Funky Flachwitz von Hartwig Vens
Germany proudly presents: Der deutsche HipHop-Boom hat einen neuen Höhepunkt erreicht

Melodie & Rhythmus von René Martens
Stella: Finger on the trigger for the years to come; L'Age D'Or/Zomba

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit
The Go-Betweens: The Friends Of Rachel WorthThe Sea And Cake: Oui; beide Clearspot/Efa

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/00, S. 3

Jean Ziegler

hier konkret

Der Schweizer Soziologe und frühere Nationalrat Jean Ziegler, seit kurzem Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, kritisiert in seinem neuen Buch »Wie kommt der Hunger in die Welt?« das Weltwirtschaftssystem als hemmungslose Diktatur des Finanzkapitals. Der »Raubtierkapitalismus« produziere täglich 100.000 Hungertote. Hunger sei nicht Schicksal, sondern gemacht. Ziegler: »Wer Geld hat, ißt. Wer keines hat, hungert und stirbt.«

konkret: In Ihrem Buch schreiben Sie: »Der Weltmarkt wird beherrscht von einer Horde wild gewordener Börsenspekulanten.« Wäre das Problem gelöst, wenn man diese Horde einsperren würde? Sehen Sie nicht die gefährliche antisemitische Konnotation dieses Bildes?

Ziegler: Ihre Frage erscheint mir absurd. Was hat Börsenspekulation mit irgendeinem Volk, einer bestimmten Religion zu tun? Wenn Sie mich zu meiner Meinung über Antisemitismus und Rassismus befragen, ist meine Antwort einfach: Antisemiten und Rassisten gehören ins Gefängnis.
Noch einmal zur Börsenspekulation: Nur gerade 15 Prozent des mit Lichtgeschwindigkeit (300.000 km pro Sekunde) um den Erdball zirkulierenden Kapitals diente im vergangenen Jahr der Begleichung einer kommerziellen Schuld, entsprach einer Investition der Wertschöpfung. Eine virtuelle Ökonomie ist entstanden. Derivatspekulanten, Börsentrader sind Alchimisten, die aus Luft Geld machen. Sie haben eine Welt des Schreckens errichtet. Wie die aussieht, können Sie in meinem Buch nachlesen.

konkret: Bei der Tagung von IWF und Weltbank Ende September in Prag forderten Gegner dieses Gipfels die Abschaffung beider Institutionen, die sowieso nur Politik im Interesse der Industrieländer machten.

Ziegler: Das finde ich zum Teil richtig. Der IWF sollte aufgelöst werden, und die Weltbank sollte die Kreditfunktionen übernehmen. Die Strukturanpassungsprogramme sind nicht nur mörderisch, sondern volkswirtschaftlich auch unsinnig. An dem, was er in Thailand und Indonesien gemacht hat, zeigt sich, daß der IWF eine verheerende Organisation ist, die weniger der Stabilität der Währung, sondern vornehmlich dem Schutz von Spekulanten dient.

konkret: Finanzminister Eichel hat in Prag verlangt, daß beim IWF die Armutsbekämpfung und monetäre Aufgaben gleichrangig sein sollen. Halten Sie das für Heuchelei?

Ziegler: Ich würde mir nicht erlauben zu sagen, der Eichel lügt einfach vor sich hin. Er ist immerhin Finanzminister der größten Industrienation Europas, aber es tönt naiv. Das ist, als ob einer sagt, ein Metzger solle kein Tier umbringen – total absurd.

konkret: Und wer ist beim IWF der Metzger?

Ziegler: Das ist das Kartell der internationalen Großbanken und das amerikanische Finanzministerium, das Treasury Department.

konkret: Wie könnte man dem »Raubtierkapitalismus« Einhalt gebieten?

Ziegler: Den theoretischen Klassenkampf, wenn wir das mit Althusser sagen wollen, haben wir verloren. Der Neoliberalismus beherrscht die Mediengesellschaft, beherrscht das Kollektivbewußtsein der demokratischen Herrschaftsträger, also der Regierungen, die der kapitalistischen Überdetermination ausgeliefert sind. Was kann man dagegen tun? So totalitär, so allmächtig, so planetarisch globalisiert die Herrschaftsstruktur heute ist, es gibt Dissidenz, Widerstand. Karl Marx hat gesagt: »Der Revolutionär muß imstande sein, das Gras wachsen zu hören.« Ganze, neue, außerordentlich interessante, soziale Bewegungen wachsen auf den fünf Kontintenten. Der Widerstand organisiert sich. Hoffnung steht am Horizont.

konkret: Es sollen auch Skinheads in Prag gesehen worden sein ...

Ziegler: Ob Skinheads in Prag waren, weiß ich nicht. Jedenfalls sind das üble Brüder, Rassisten meistens. Mit irgendeiner von mir soeben erwähnten Bewegung haben die nichts zu tun. Sie verkörpern die Negation einer zivilisierten Gesellschaft und damit die Negation des neuen Widerstandes.

Konkret 11/00, S. 4

von konkret

Post aus Österreich:

Gerade haben wir Ihren Text »Ein Nazi kommt selten allein« auf unsere Web-Site (www.widerstand.at) gestellt. Nun werden wir den Artikel, der nach unserer Auffassung das Verhältnis von Nazis und »Demokraten« in der bürgerlichen Demokratie ins rechte Licht gestellt hat, wieder von unserer Seite entfernen. Diese Maßnahme treffen wir auf dringliches Anraten unseres Rechtsanwaltes, der mit uns persönlich und politisch befreundet ist. Die Bezeichnung Haiders als Nazi ist unserer Meinung nach zutreffend ... In Ermangelung von Mitteln haben wir uns zu einem taktischen Rückzug entschlossen ... Wir bitten um Ihr Verständnis für unsere prekären Kampfbedigungen und um Solidarität!

Philip Wimmer, redaktionelle Leitung von widerstand.at, Andreas Wimmer, Herausgeber von widerstand.at

Die Bitte um Verständnis sei gewährt, und die um Solidarität auch – unter einer kleinen Bedingung: daß die beiden Wimmer aufhören, ihre sitzende Beschäftigung Kampf zu nennen und ihre verdienstvollen Meinungsäußerung Widerstand.

»Der rosarote Kanther«, als der Otto Schily den Titel KONKRET 9/2000 zierte, hat einigen Bürgerblättern gut genug eingeleuchtet, ihn an ihre Leser weiterzureichen, unter anderem als »Aufgespießt«, wie in der »Frankfurter Rundschau«, oder als Zitat des Tages, wie in der »Hessischen Allgemeinen«. Zu weitergehenden Übernahmen kam es aber nicht. Anders in diesem Fall: KONKRET 10/2000 war mit der Titelzeile »Der Preis der Einheit« am 22. September am Kiosk. Das hat dem »Handelsblatt« gut genug eingeleuchtet, daß es seinen eigenen Beitrag zum Thema eine Woche später auf der Titelseite mit der Zeile ankündigte: »Der Preis der Einheit.«

Post von Heinrich Lummer, Innensenator a. D., von der »Aktion für Deutschland in Zusammenarbeit mit Die Deutschen Konservativen e.V.«, an:

Herrn H.L. Kremnitzer

Inhalt: ein Päckchen »Reichsbanknote Hunderttausend Euro« mit dem Aufdruck:

Heut' kaufst Du noch für 100 D-Mark ein – bald werden's 100.000 Euro sein. Schröder nennt es »Lebensqualität« ... wenn Dein Erspartes baden geht.

Ein wenig erinnert es an den Charme des Reimes »Schlagt tot den Walter Rathenau, die gottverdammte Judensau«, mit dem Unterschied, daß damals Namen noch richtig geschrieben wurden.

Heiße Tage in Belgrad: Dem serbischen Journalisten Nikola Zivkovic, der in unserem Auftrag das Gespräch mit Vojislav Kostunica führte, gelang, woran viele Kollegen großer westlicher Zeitungen scheiterten: Auf dem Höhepunkt des Machtkampfes, zwei Tage vor dem Umsturz, fand der heutige jugoslawische Präsident Zeit, seine Fragen zu beantworten. Obwohl aufgrund der Umstände die Möglichkeit zum Nachhaken gering war, ist der dokumentarische Wert des Interviews außerordentlich.

Mit dem Sturz Milosevics ist die Nato-Agression auf dem Balkan nicht zu Ende, sondern tritt in ein neues Stadium. »Die Lügen des letzten und die Vorbereitung des nächsten Krieges gegen Jugoslawien« heißt folglich der Titel, unter dem Jürgen Elsässer sein neues Buch *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (**konkret texte** 27) vorstellt, und zwar am 5. November in Hamburg (Kölibri, Hein-Köllisch-Platz, 12, 19.30 Uhr). Franz-Josef Hutsch (»Hamburger Abendblatt«) wird auf der Veranstaltung über seine Recherchen in Scharpings Ministerium zum angeblichen serbischen »Hufeisenplan« berichten. Weitere Buchvorstellungen mit Jürgen Elsässer: am 3. November in Berlin (19 Uhr, Serbisch-deutsche Gesellschaft, Pankstr. 10, Berlin-Wedding), am 9. November in Oberhausen (20 Uhr, K 14, Lothringerstr. 64), am 21. November in Augsburg (20 Uhr, Stadtbibliothek) und am 28. November in Bochum (20 Uhr, Kulturcafé in der Ruhruniversität, Universitätsstraße 150).

Auf Jürgen Elsässers Lesereise sind – ebenso wie auf der Lesetour des Gemischten Doppels aus Hermann Gremliza und Horst Tomayer – noch einige Termine frei. Interessierte Veranstalter wenden sich bitte an den Verlag.

Während der Internationalen Widerstandstage gegen die Schüssel/Haider-Regierung in Klagenfurt (Kärnten) diskutiert KONKRET-Autor Günther Jacob am 26. Oktober um 20 Uhr mit dem Pariser Historiker Felix Kreissler und der Wiener Politologin Lisbeth N. Trallori über den Zustand Österreichs. Am 27. Oktober hält Jacob dort einen Vortrag zu »Haiders Bärental: Die Erben der Täter profitieren von ›Arisierung‹ und Zwangsarbeit«. Genaue Orts-/Zeitangaben unter www.offeneskaernten.cjb.net.

Hermann L. Gremliza liest am 7. November um 20.30 Uhr im Logensaal der Hamburger Kammerspiele (Hartungstr. 9-11) aus seinem Buch *Gegen Deutschland. 48 Nestbeschmutzungen.* Das Gemischte Doppel Tomayer/Gremliza tritt am 14.11. um 20.30 Uhr in der Tuchfabrik, Trier, auf.

Konkret 11/00, S. 6

an konkret

Geschmacklos

KONKRET 10/2000: »Georg Nostradamus« von Peter Hacks; Debatte um die Gruppe Krisis, KONKRET 10/99 bis 4/2000

Seit einiger Zeit wird in KONKRET wieder kontrovers diskutiert, ob unsere gegenwärtige Wirtschaftsordnung zusammenbrechen wird. Erwartungsgemäß besteht nach Ansicht der Autoren daran kein Zweifel. Hacks billigt dem Imperialismus ernsthaft keine Gegenwart mehr zu, da Flugzeuge abstürzen und Autos liegenbleiben. Nach Georg Fülberth hat der Kapitalismus allerdings noch rund 500 Jahre vor sich, während Robert Kurz bzw. Norbert Trenkle von einem Abstiegsprozeß ausgehen, der zwischen beiden Polen liegt und voraussichtlich noch ein paar Jahrzehnte brauchen wird.

Die Diskussion sollte sich m. E. nicht in einer Kapitalismuskritik erschöpfen, sondern notwendigerweise der spannenden und schwierigen Frage nachgehen, wie denn ein überlegeneres Wirtschaftssystem beschaffen sein muß, welche Rolle Effizienz und Produktivitätssteigerung, Einkommen und Leistung, Eigenliebe und Menschlichkeit spielen, wie sich der Markt überhaupt praktisch aufheben läßt und wie man sich eine Vergesellschaftungsform ohne die Realkategorien abstrakte Arbeit, Warenform, Wert, Geld und Demokratie vorzustellen hat. Etwa paradiesisch? Hierin besteht die eigentliche Herausforderung an unsere Denker und mit einer Antwort ließe sich auch die Nachfrage nach einer Lösung induzieren.

Marc-Peter Grimme

Hannover

Hacks pfeift virtuos. Im dunklen Wald wird es dadurch aber auch nicht heller.

Ralf Blendowske

Frankfurt a. M.

Während des »Kongresses 2000« am 20. Mai in Göttingen äußerte Hermann Gremliza sehr richtig, daß die Linke in Deutschland schon immer gut darin war, »sich selbst in die Tasche zu lügen«. Um so erstaunlicher ist, daß er selber in KONKRET dieser Tatsache Vorschub leistet. Kaum hatte Georg Fülberth eine treffende Stellungnahme zur Gegenwart und Zukunft des Kapitalismus geliefert, muß Hacks einen (erfolglosen) Versuch unternehmen, ihn zu widerlegen. Im übrigen begleitet von den üblichen Wahrnehmungsverlusten.

Um zur Utopie zurückzukehren, zitiert er einige Sozialisten, die der Meinung waren, daß der Kapitalismus/Imperialismus zwangsläufig fallen werde. Das erinnert an die Zeugen Jehovas. Wenn man einen solchen fragt, wieso er so sicher sei, daß es ein Leben nach dem Tod gibt, erhält man zur Antwort, das stehe so in der Bibel. Daß der Kapitalismus »Tag für Tag« am Zusammenbrechen ist (Hacks), klang noch in KONKRET 6/2000 (u.a. »Goldrausch« von Stephan Günther) ganz anders (aber dafür richtig). War wohl eine Form von Sekundentod, was den armen Imperialismus dahingerafft hat.

Wo kommt der Mann her, der behauptet, er habe sein Leben »im Sozialismus verbracht«? Von einem anderen Planeten oder aus der ehemaligen DDR? Im zweiten Fall hat der real existierende Sozialismus bekanntlich das Volk derart begeistert, daß es nichts zu dessen Erhaltung unternommen hat. Zum anderen waren ja die sozialistischen Massen derart übermotiviert, daß sie heute lieber »Neger klatschen« als Kapitalisten bekämpfen.

Auf dem Kongreß sagte Gremliza der versammelten Linken auch »Werdet bescheiden, werdet praktisch«. Ich setze noch »Werdet realistisch« oben drauf und lege KONKRET dieses Motto bei der Auswahl seiner Autoren ans Herz.

Pierre Stuckenschmidt

Göttingen

Die (ironischen?) Auslassungen von Hacks sind billig und gegenüber aktueller antikapitalistischer Kritik und politökonomischer Forschungen ignorant. Dafür adelt der Autor dann Stalin zum Vater aller Kritik am Imperialismus. Hier wird es geschmacklos: Es ist nicht nur peinlich den größten Kommunistenkiller aller Zeiten zum Cheftheoretiker erklären zu wollen, sondern zynische Infamie, die mir den Atem nimmt. Stalins bleibender Beitrag in der linken Theoriegeschichte ist die Vernichtung der wissenschaftlichen Intelligenz des Bolschewismus.

Jonas Dörge

Kassel

Skrupellos

KONKRET 6/2000: »Law and Murder« von Konrad Ege

Gerade als Amerikaner las ich den Artikel über die Todesstrafe sehr gespannt. Er ist gut geschrieben, informativ, angemessen polemisch – doch etwas fehlt! Was kann es sein? Natürlich: wie kann ein Artikel über den Kampf in den USA gegen die Todesstrafe es schaffen, Mumia Abu-Jamal nicht einmal zu erwähnen? Gerade warten viele Menschen in etlichen Ländern darauf, ob der Richter es Mumia ermöglicht, nach fast 19 Jahren in der Todeszelle endlich einen fairen Prozeß zu bekommen.

Obwohl der Prozeß gegen ihn 1982 geradezu ein Paradebeispiel all jener unfairen Praktiken war, die auch Ege angreift (der Rassismus, der unfähige Rechtsanwalt, das Urteil, das – auch wenn Mumia schuldig wäre – für einen anderen, weniger Politischen und vor allem anders Aussehenden niemals die Todesstrafe bedeutet hätte), erwähnt Ege diesen wichtigsten Fall einfach nicht. Oder doch? Abfällig schreibt er ja: »Für ein paar erlesene Häftlinge gibt es nationale oder sogar internationale Kampagnen. Prominente aus dem Ausland unterzeichnen Appelle für amerikanische Todeshäftlinge ... Internationale Proteste, Briefe an Clinton und die Gouverneure haben aber gewöhnlich keine erkennbare Wirkung.«

Nein? Haben sie das nicht? Warum wurde Mumia dann nicht schon 1995 hingerichtet? Gewiß, solche Kampagnen sind nicht immer erfolgreich. Doch bieten die Proteste die einzige Möglichkeit, den Ausgang dieses Falles – der übrigens allgemein als Präzedenzfall gilt – zu beeinflussen.

Victor Grossman

Berlin

Ahnungslos

KONKRET 10/2000: »Das höhere Chinesentum« von Detlef Hartmann

Schade, daß immer, wenn der Fall Nietzsche in KONKRET neu verhandelt wird, nur kalter Kaffee serviert wird. So würde – außer Detlef Hartmann – es heute wahrlich kein Mensch mehr wagen, in Lukács vormodernes Horn zu blasen und auf den *Willen zur Macht* zu referieren, als handelte es sich dabei um eine autorisierte Originalschrift Nietzsches und nicht vielmehr ein grundlegend verfälschendes Kompendium der Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche, die darin freilich alles unternommen hat, um ihren Bruder faschistisch zurechtzufrisieren. Offenbar hat sich bei KONKRET noch nicht herumgesprochen, wie zutiefst verhaßt in Wahrheit dem frankophilen Kosmopoliten Nietzsche der Antisemitismus, die Deutschtümelei, der Rassismus seiner Zeit (und seines Lehrers Wagner) waren.

Nietzsches kulturphilososphischer Antijudaismus, der sich gegen eine das Abendland prägende Geisteshaltung richtet, hat mit dem modernen Antisemitismus schlechterdings nichts zu schaffen. Bemerkenswert ist vielmehr, daß – wie der israelische Geisteshistoriker Yirmiyahu Yovel jüngst herausgearbeitet hat – Nietzsche gerade die Juden als möglichen »Katalysator des Übermenschen« zu schätzen wußte. In ihrem gelassenen Kosmopolitismus, ihrer hohen Bildung und säkularer Lebenseinstellung schien ihm die erstrebenswerte kulturelle Zukunft Europas vorweggenommen. Hätte Nietzsche den Nazismus erlebt, dieser wäre ihm als schamloser Gipfel all dessen aufgestoßen, was er zeitlebens bekämpft hatte: die zur totalen Herrschaft gekommene Sklavenmoral, die ihre übelsten Ressentiments ausreizende bürgerlich-christliche Dekadenz. Gegen dieses zu Nietsches Zeit aufkommende psychokulturelle Syndrom hatte dieser das ironisch-pathetische Gegenbild des Übermenschen entworfen.

Es wäre schön, wenn linke Autoren hierzulande daran arbeiten würden, das faschistische Interpretationsmonopol in Sachen Nietzsche zu brechen, anstatt es anachronistisch fortzuschreiben.

Siegfried Gerlich

Hamburg

Einige Worte zu Herrn Nietzsche: Er hat seine Bücher nicht als Handlungsanleitung geschrieben. Daß sich an seinen Schriften kleine Wadenbeißer zu Wölfen aufrichten, wußte er vermutlich nicht rechtzeitig. Schon gar nicht die Auswirkungen im ihm folgenden Jahrhundert.

Heutige Apologeten seiner Schriften sind um Äonen dümmlicher allein deshalb, weil zwischendrin etwas passiert ist, was mit Artefakten oder gar Auseinandersetzungen rein gar nichts zu tun hatte. Da ist dann eher das sozialdemokratisch geführte Arbeitslager am Werk.

Holger Doll

Hamburg

Konkret 11/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Israels letzte Ölung

Ein Mann und ein Kind in Deckung hinter einem Mauervorsprung. Schüsse, Schreie. Der Mann zieht den Jungen an sich, schreit, winkt um sein und seines Sohnes Leben. Augenblicke später ist er, aus den Gewehren israelischer Soldaten mehrfach getroffen, schwer verletzt, das Kind durch einen Schuß ins Herz getötet. Ein Freund, der es im Fernsehen sah, hat geheult.

Zwei Tage danach zieren Graffiti vom Gesicht des zwölfjährigen Mohammed al-Durra und von der Szene mit dem Vater die Mauern der Palästinensergebiete. In al-Bureidsch flattern Transparente: »Ein Sohn unseres Flüchtlingslagers starb als Märtyrer für Jerusalem und die Aksa-Moschee!« Der Onkel des Jungen führt Kamerateams durchs Haus: Hier, bitte, das Bett, in dem der kleine Held schlief, da, bitte, das Vogelbauer, das der Lehrer dem früh Begabten geschenkt hatte. Ohne jede Absicht sind Vater und Sohn auf dem Weg zum Kauf eines Gebrauchtwagens in den Kampf geraten. Und mit Absicht von israelischen Soldaten ermordet worden. Fatima, die Großmutter, aber spricht: »Er hat uns Stolz und Ehre gebracht. Er ist für Palästina gestorben.«

Es ist zum Heulen. Es ist auch zum Kotzen. Die Geschichte, wie einen Zwölfjährigen auf dem Weg zum Gebrauchtwagenhändler die ehrenvolle Berufung zum Märtyrer für Jerusalem und die Aksa-Moschee ereilt, ist die Geschichte des jüngsten Palästinenseraufstands und der Berichte von ihm. In ihr spiegelt sich jenes Amalgam aus wahrer Verzweiflung und überzeugter Verlogenheit, das nur die Idealkonkurrenz von religiösem Wahn und Journalismus hervorzubringen vermag, tagtäglich:

Man sieht Horden von Männern, Frauen und Kindern israelische Polizisten und Soldaten mit schweren Steinen bewerfen, in ihren Gesichtern und Gebärden blanker Haß. Manchmal sieht und hört man die Angegriffenen sich mit ihren Waffen verteidigen, Schüsse abgeben – erst, warnend, in die Luft, dann, gezielt, auf die Angreifer. Wird einer getroffen, tragen die andern den verletzten oder schon toten Körper wie ein heiß ersehntes Corpus delicti herum, das die ganze Bösartigkeit der Israeli beweist. Dahinter Frauen jeden Alters, kreischend mit viel System. Sie haben die gerade noch aufgehobenen Steine fallen gelassen, um die Hände zum wehklagenden Ringen freizuhaben.

Achtzig, neunzig, hundert Palästinenser starben in den ersten Tagen. Eine sehr hohe Zahl, wo doch im Kampf von »Raketen gegen Steinewerfer« (so die Überschrift des »Spiegel«) der Steinewerfer als der hoffnungslos Unterlegene äußerste Schonung verdiente. Warum es diesmal mehr Tote gab als noch zu Zeiten der Intifada, erfährt man irgendwo am Rande, und einmal sogar in der »Tageszeitung«: »Die Aktivisten der Tansim«, einer militanten Organisation der Fatah, die von Arafat vertragswidrig bewaffnet worden ist, »werfen nicht mehr nur Steine, sondern sie schießen mit scharfer Munition.« Der Kugelhagel, in dem der zwölfjährige Märtyrer kauerte, kam aus einer Stellung der Armee und aus den Gewehren von sieben im Umkreis verteilten Schützen der Tansim.

Die einzige ihrer früheren Vorlieben, welche die »Taz« auf ihrem Weg zur allgemeinen Beliebtheit nicht zu verraten brauchte, ist die zu den Palästinensern, zu deren Vandalismus in Nablus das Blatt im Extrakästchen mitzuteilen weiß: »Zerstörtes Josefsgrab – Fragwürdiges Pilgerziel – Zahlreiche Historiker bestreiten jedoch, daß sich an dieser Stelle die letzte Ruhestätte Josefs befindet.« Ach, diese Aufklärer! Ginge es nach wissenschaftlicher Erkenntnis, wären 99 Prozent aller heiligen Stätten aller Religionen zu schließen und 100 Prozent der Religionen, die doch nichts sind als Aberglaubensgemeinschaften, zu verbieten.

Wie, beispielsweise, der Islam, zu dessen besonderen Features es gehört, jedem seiner zur Keuschheit verpflichteten jungen Gläubigen als Lohn für ein Attentat, bei dem er außer einer größeren Menge Juden auch sich selber in die Luft sprengt, im Paradies ein Dutzend Privatjungfrauen, ficks und fertig, bereitzulegen. Und so mußten, heißt es, in wenigen Tagen hundert Palästinenser und zwanzig Israeli sterben, weil ein israelischer Politiker auf dem Tempelberg in Jerusalem einen Rundgang gemacht hat, wie ihn täglich ungezählte Touristen machen. Weil der Politiker aber Jude ist und der Tempelberg eine »heilige Stätte« der Muslime, war der Rundgang eine Provokation, die nur mit Blut gesühnt werden konnte. Sogar der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schloß sich dieser meschuggenen Sichtweise an und verurteilte die »israelische Provokation vom 28. September« sowie die ihr folgende »exzessive Gewaltanwendung«.

Die USA haben diesmal, anders als zur Zeit der alten Weltordnung, kein Veto eingelegt. Israel hat für die USA an Bedeutung verloren. Im komplizierten Geflecht zwischen den nationalrevolutionären Regimes Syriens, Libyens, des Iraks und schließlich des Irans, die mehr oder weniger auf die Seite des weltpolitisch Bösen zu rechnen waren, den feudalen Scheichtümern, der jordanischen Monarchie und der ägyptischen Republik, war es einst wichtig gewesen, mit einer eigenen Dependance vor Ort zu sein und sie politisch wie militärisch so auszustatten, daß von ihr aus unerwünschte Entwicklungen in der Region unterbunden und erwünschte in Gang gesetzt werden konnten.

Das hat sich 1990, mit dem Untergang der Sowjetunion, gründlich geändert. Zum Golfkrieg im März 1991 war es an dieser Stelle zu lesen: »Daß die USA tagtäglich die israelische Regierung anweisen, die irakischen Angriffe nicht zu erwidern, ... läßt freilich auch bei einem Betrachter, der Politik nicht in der Selbsterfahrungsgruppe gelernt hat, Zweifel aufkommen, ob die USA und ihre europäischen Alliierten ... schon heute mit dem Preis spekulieren, zu welchem sie Israel morgen an ihre arabischen Alliierten verkaufen würden. Wie, wenn sie es schon getan hätten? Für ein paar Barrel mehr könnten sich auch die ärmeren amerikanischen, englischen und französischen Klassenbrüder und ihr politisches Personal zu einigem bereit finden oder schon gefunden haben.«

Zehn Jahre später ist es endlich offenbar. Nun können deutsche Antisemiten von ihnen so genannte »jüdische« US-Politiker als Kronzeugen gegen Israel anführen und mit dem Judenstaat mal richtig deutsch reden: »Mit jedem Toten kehrt das Bild vom häßlichen Israeli zurück, der seinen Staat ohne jede Rücksicht verteidigt« (»Spiegel«). Auch die arabischen Regimes haben ihre weltpolitische Deckung verloren, aber sie haben ihr Öl behalten. Hätten sie das nicht, würden sie einfach in die ewige Armut abgeschoben und vergessen, wie Schwarzafrika, oder in Kolonien neuen Typs verwandelt, wie die Staaten Lateinamerikas und Südosteuropas. Weil sie einerseits einen raren Rohstoff haben, die Kosten einer Kolonisierung der islamischen Staaten jedoch andererseits von niemandem aufzubringen wären, müssen bei ihrer Ausplünderung neue Wege gegangen werden.

Daß sie gegangen werden müssen, steht in der Zeitung, hier in der »Berliner«: »20 Milliarden Mark verursacht der hohe Ölpreis nach Berechnungen der Bundesregierung allein in diesem Jahr der deutschen Volkswirtschaft. Am Sonntag zieht Wirtschaftsminister Werner Müller aus, um einen Teil des Geldes zurück ins Land zu holen.« Und dazu muß man erst mal vorgelassen werden. Beim Antichambrieren im Gottesstaat Iran waren die Deutschen so tüchtig, daß die USA jüngst zu einer Kehrtwende ihrer Boykott-Politik angesetzt haben. Und während die USA ihre Flugzeuge noch auf dem nördlichen Irak herumbomben lassen, landen die ihrer verbündeten Konkurrenten Frankreich und Großbritannien am Embargo vorbei auf dem Flughafen von Bagdad.

Beim Tanz um die heiligen Quellen des Islam werden die Israeli von den Weltmächten nicht gebraucht und sind die Palästinenser ihren Glaubensbrüdern lästig. Es könnte das Schlimmste an der Sache werden, daß beide zu der Meinung kommen, da helfe nur noch Beten.

Konkret 11/00, S. 10

herrschaftszeiten

Ausländer nicht rein

August:

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag: » Wieviele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1997 bis 1999 an den Landgrenzen, Küsten, Seehäfen, Flughäfen bzw. im Grenzgebiet der Bundesrepublik Deutschland tot aufgefunden worden

Die Antwort der Bundesregierung: »Der Bundesregierung sind in den Jahren 1997 bis 1999 (Stand: 10. Oktober 1999) nachfolgend genannte Einzelfälle bekannt geworden, bei denen insgesamt 42 Personen an den Grenzen bzw. im Grenzgebiet Deutschlands tot aufgefunden wurden. Überwiegend handelt es sich um Ertrinkungsfälle. 9 Menschen starben infolge von Verkehrsunfällen. Bei 2 Personen war Unterkühlung die Todesursache.

Gute Arbeit macht frei

September, »Capital-Elite-Panel«:

Großes Lob für Otto Graf Lambsdorff- Bei den Verhandlungen über die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter während der NS-Zeit hat der Elderstatesman gute Arbeit geleistet, meint die überwältigende Mehrheit der deutschen Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Führerschule

9. September, der Ministerialbeauftragte für Gymnasien, Bezirk Mittelfranken:

Einladung zu einem sicherheitspolitischen Seminar im Rahmen der Regionalen Lehrerfortbildung (RLFB) in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung für Schulleiter, Fachbetreuer, Lehrer/ -innen. Thema: Interkulturelle Kompetenz - Eine Herausforderung an den militärischen Führer bei Einsätzen im Ausland. Leitung: Hauptmann Markur Russ, Jugendoffizier Nürnberg. Dienstbefreiung durch den KMS vom 25.7.1974 Nr.II/9 geregelt. Referenten: Herr Oberstabsarzt Dr. med. Reinhard Erös, Kommandoarzt Kommando Luftbewegliche Kräfte, Regensburg. Herr Dr. med. Erös war zu ärztlichen Einsätzen im Rahmen der UN, BW und NGO (»Arzte ohne Grenzen«) in Afghanistan, Indien, Pakistan, Bangladesch, Vietnam, Kolumbien, Ruanda, Gruinea-Bissao, Iran, Bosnien und Ost-Timor. Herr Oberstleutnant i. G. Gasch, stv. Kommandeur VBK 75 Leipzig. Herr Gasch hat als operativer Führer den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien und den Einmarsch der Bundeswehr in das Kosovo im Juni 1999 geleitet.

Sie sind ein Volk (1)

9. September, »Westfälische Rundschau«:

Bergkamen. „Konferenz gegen Rechts« /Beigeordneter Bernd Wenske legt Thesenpapier vor:

... 5. Es gibt ganz konkrete Beispiele von immer wiederkehrenden Regelverstößen durch Ausländer, die die deutsche Bevölkerung nicht mehr zu tolerieren bereit ist. Zu nennen sind beispielsweise provokative Verhaltensweisen in der Nachbarschaft ... 7. Die Hinwendung vieler Jugendlicher zu der Skinhead-Szene ist auch als Reaktion auf das verhalten vor allem jugendlicher Türken zu begreifen.

Sie sind ein Volk (2)

14. September, »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«:

Einen Juden zum Freund zu haben -für viele Brandenburger Jugendliche ist das undenkbar. Bis zu drei viertel der Heranwachsenden können sich nach einer Studie, die jetzt von der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht wurde, nicht vorstellen, mit einem Juden befreundet zu sein. 29, 5 Prozent der Brandenburger Jugendlichen haben demnach antisemitische Einstellungen, während es in Nordrhein-Westfalen elf Prozent sind.

Aus dem Sympathisantensumpf (1)

14. September, Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Mannheim:

Nach dem Besuch einer Disco-Veranstaltung im Jugendzentrum wurden zwei Männer und zwei Frauen an der nahegelegenen Straßenbahn-Haltestelle von zehn Personen zuerst mit rechten Sprüchen beleidigt, dann tätlich angegriffen. Passanten und Besucherinnen des Jugendzentrums eilten zur Hilfe und konnten die Angreifer nach einem kurzen Handgemenge in die Fluchtjagen. Als die Polizei am Tatort eintraf, wurde ein Helfer festgenommen, von mehreren weiteren Anwesenden wurden die Personalien aufgenommen. Nun wurde bekannt, daß gegen einen der Helfer ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch eingeleitet wurde.

Deutsche Zahlen (1)

18. September, Interview mit Christian Pfeiffer, Kriminologe:

»Spiegel«.- Die Bundesregierung hat 26 Todesopfer rechter Gewalttäter seit 1990 gezählt, tatsächlich sind es 93, wie »Tagesspiegel« und »Frankfurter Rundschau« herausfanden.

Pfeiffer: Wenn die tödliche rechte Gewalt fast viermal höher ist, als in der Statistik ausgewiesen, dann ist die Dunkelziffer bei Körperverletzungen wohl auch so hoch. Die gesamte rechte Gewalt ist also mindestens dreimal so schlimm, wie wir bisher glaubten.

Wir erleben einen antideutschen Rassismus. Alle Länder der Welt erlauben es sich, die Deutschen zu beleidigen.

Monika Maron, deutsche Schriftstellerin

Deutsche Zahlen (2)

18. September, »Saarbrücker Zeitung«:

Immer wieder haben wir in der Vergangenheit in Sulzbach, in Friedrichsthal und in Dudweiler von Übergriffen und Belästigungen durch gewaltbereite Jugendliche aus dem rechtsradikalen Spektrum gehört. Doch im offiziellen Polizeibericht war darüber wenig zu lesen ... Und nun die Geschichte des I S Jahre alten Stefan M, der als »Scheißkommunist« angepöbelt und dann zusammengeschlagen wurde, weil er ein T-Shirt mit der Aufschrift »CCCP« trug. Der Vorfall wurde bei der Polizei angezeigt, ist dort aktenkundig. Die Polizei ermittelte sogar. Wieder erfuhren wir nur durch private Informanten von diesem brutalen Übergriff. Immer wieder hieß es auf Anfragen: »So ein Vorfall ist nicht bekannt.« Es dauerte fünf Wochen, bis die Polizei den Überfall bestätigte.

Hokuspokus Schilybus

20. September, »Neues Deutschland“:

Nach jüngsten Vorwürfen an das Bundesinnenministerium, Opferzahlen zu schönen, hat die PDS die Bundesregierung erneut schwer beschuldigt, das Ausmaß rechter Gewalt herunterzuspielen. Der Verfassungsschutz habe unter Verantwortung von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) die Statistik über rechtsextremistische Gewalttaten gefälscht, hei/3t es in einer Erklärung der innenpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke. Die in einer Broschüre des Bundesverfassungsschutzes genannten Zahlen der Gewalttaten in Deutschland lägen fast um die Hälfte unter den in den eigenen jährlichen Lageberichten aufgeführten. So meldete der Verfassungsschutz 1991 insgesamt 1.483 rechte Gewalttaten, nunmehr weist er nur noch 849 Fälle aus. Für 1994 werden 705 Fälle weniger ausgewiesen. »Insgesamt 3.953 rechtsextremistische Gewalttaten der Jahre 1989 bis 1996 sind in dieser Übersicht des Bundesamtes spurlos aus der Statistik verschwunden«, so Jeplke.

Weißwurst-Zone

21. September, dpa:

Urteil im Eisenacher Hetzjagdprozeß: Das Amtsgericht Eisenach hat vier Neonazis zu Jugendstrafen verurteilt. Sie hatten zwei Asylbewerber aus Togo und dem Sudan angepöbelt, gejagt und mißhandelt. Drei der Täter kommen aus Bayern, einer aus Gera.

Gründlich zivilisiert (1)

23. September, »Süddeutsche Zeitung«:

Der 76jährige Auschwitz-Überlebende Adolf Diamant hat alle Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland seit Kriegsende dokumentiert ... Über tausend lassen .sich in der Zeit vom Mai 1945 bis zum Dezember 1999 nachweisen,

Tendenz steigend. Waren es bis Ende der 60er Jahre etwa zehn Taten im Jahr, so stellte er in den 90ern schon 40 fest.

Gründlich zivilisiert (2)

23. September, ap:

Ein Hamburger Internist hat einer Rentnerin attestiert, an einer Allergie gegen Menschen mit schwarzer Hautfarbe zu leiden. Der Mediziner bescheinigte der Frau psychische Beschwerden, wenn sie Dunkelhäutigen begegne. Anlaß der Diagnose war die Begegnung der 66jährigen mit einem 31jährigen Mann aus Kamerun, den die Frau mit den Worten »Gehen Sie aus dem Weg, ich habe eine Allergie gegen Schwarze« beschimpft hatte.

Gründlich zivilisiert (3)

25. September, »Der Spiegel«:

Antje Vollmer, 57, Bundestagsvizepräsidentin (Bündnis 90/Grüne), und Monika Griefahn, 45, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien (SPD) waren dieser Tage unterwegs in Teheran in gewöhnungsbedürftigem Outfit. Bereits an Bord der Iran-Air-Maschine hatten sich die beiden Damen den Sitten der Mullahs zu unterwerfen. »Blickdichte Strümpfe und Kopftücher«, so die evangelische Pastorin Vollmer, waren Vorschrift. Bei Begegnungen mit verschiedenen Funktionsträgern gab es eine weitere Überraschung für die beiden Frauenrechtlerinnen. Vollmer: »Die Männer begrüßten sich mit Handschlag, wir hatten mit einem würdevollen Nicken, die Hand dabei auf der Brust, zu grüßen. Während die SPD-Politikerin sich auf dem Rückflug der fundamentalistischen Bekleidung entledigte (»ein Akt der Befreiung«), genoß die Grüne nach ihrer Rückkehr einen Spaziergang durch Kreuzberg in knielangem schwarzem Mantel samt vorschriftsmäßiger Kopfbedeckung: »Ich fühlte mich dort voll akzeptiert.«

Wir Juden müssen uns fragen, ob es richtig war, Deutschland einen Vertrauensvorschuß zu gewähren und uns hier niederzulassen.

Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Gründlich zivilisiert (4)

25. September, »Hamburger Abendblatt«:

Bundeskanzler Gerhard Schröder sucht von Zeit zu Zeit Rat bei Showmaster Thomas Gottschalk »Ich zögere nicht, ihm einen Redetext zu geben und zu sagen: Du mit deiner großen Fernseherfahrung, guck mal drauf, gibt es da Formulierungen, die man anders machen würde?“

Gründlich zivilisiert (5)

25. September, dpa:

Die frühere Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Gunda Röstel, wechselt Anfang Oktober zum E. ON-Konzern. Die 38jährige wird als Managerin für Projektentwicklung und Unternehmensstrategie bei der E.ON-Tochter Gelsenwasser AG tätig. Röstel sagte zu ihrem Entschlug: »Wasser paßt zu mir, rein und klar - eine Lebensgrundlage.«

Aus dem Sympathisantensumpf (2)

26. September, dpa:

Eine Gruppe von neun Skinheads hat zwei aus dem ehemaligen Jugoslawien stammende Küchenkräfte des Autohofs Northeim überfallen und mit Knüppeln verprügelt. Die 24 und 25 Jahre alten Opfer wurden am Oberkörper verletzt. Weil es einen Streit ums Essen gegeben hatte, glaubt die Polizei nicht an einen fremdenfeindlichen Hintergrund.

Vorschlag auf Schlag

28. September, »Mitteldeutsche Zeitung«:

Halle. Nach dem Willen des Stadtrates soll der Schriftsteller Martin Walser den Preis »Das unerschrockene Wort« der zwölf deutschen Lutherstädte erhalten. Der Stadtrat entschied sich gestern Abend in nichtöffentlicher Sitzung mit großer Mehrheit dafür, Walser vorzuschlagen. Wie die »MZ“ erfuhr, geht die Entscheidung auf einen Vorschlag der CDU zurück. Die Christdemokraten beziehen sich dabei auf Walsers umstrittene Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels von 1998, in der der Autor öffentliches Gewissen thematisiert habe. Walser hatte in seiner Rede vor einer

»Instrumentalisierung von Auschwitz« gewarnt und damit heftigen Widerspruch, unter anderem des damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, ausgelöst.

Wer trägt den Koffer?

28. September, »Handelsblatt«:

Im Iran sieht BDI-Präsident Olaf Henkel große Chancen für deutsche Firmen. Angesichts des hohen Ölpreises verfüge Teheran übergroßen finanziellen Spielraum für Investitionen. Henkel will Ende dieser Woche mit Wirtschaftsminister Müller in den Iran reisen.

Er trägt den Koffer

29. September, »Berliner Zeitung«:

Der Wirtschaftsminister geht auf Investitionsjagd. Eine Last von 20 Milliarden Mark verursacht der hohe Ölpreis nach Berechnungen der Bundesregierung allein in diesem Jahr der deutschen Volkswirtschaft. Am Sonntag zieht Wirtschaftsminister Werner Müller aus, um einen Teil des Geldes zurück ins Land zu holen. Bei einem dreitägigen Besuch im Iran möchte er dafür sorgen, daß der Öldollar-Regen über den Opec-Staaten zumindest teilweise an deutsche Unternehmen weiterfliegt.

Aus dem Sympathisantensumpf (3)

1. Oktober, »Frankfurter Rundschau«:

In diesem Jahr wird es nach einer internen Hochrechnung des Bundesamtes für Verfassungsschutz etwa ebenso viele rechtsextreme Gewalttaten geben wie 1999 ...Auf Grund seiner Beobachtungen sieht der Verfassungsschutz »Ansätze für eine terroristische Bedrohung«. Trotz der »abschreckend“ wirkenden Eingriffe der Sicherheitsbehörden könne jedoch »nicht ausgeschlossen werden, daß weitere Gruppierungen oder Einzelpersonen ***- insbesondere als Reaktion auf gewalttätige Aktionen von Linksextremisten*** *-Anschläge planen oder ausführen«.*

Konkret 11/00, S. 12

Jürgen Elsässer

Endspiel

Der Sturz von Milosevic beendet die Nato-Aggression nicht, sondern heizt sie an. Nach der Aufteilung Jugoslawiens geht es jetzt um die Zerstückelung Serbiens

»Sie greifen nicht Serbien wegen Milosevic an, sondern Milosevic wegen Serbien.«

Milosevic in seiner letzten Rede vor dem Sturz am 2. Oktober 2000

Der Autokrat hatte in den letzten Jahren die Freiheitsrechte de facto abgeschafft, die formal pluralistischen Institutionen und Prozeduren waren zur potemkinschen Fassade seiner totalen Macht verkommen. Mehrfach hatte er renitente Fernseh- und Radiosender geschlossen, teilweise durch brutalen Einsatz von Spezialpolizei und Soldaten, und legale Parteien willkürlich nicht zur Wahl zugelassen. Sein Premier regierte, weil er im Parlament keine Mehrheit hatte, nur mit Hilfe der Armee. Als schließlich ein oppositioneller Kandidat trotz Einschüchterung und Terror mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, akzeptierte der Autokrat die Entscheidung des Volkes nicht. Was Demokratie war, definierte er nämlich selbst, und nur er allein.

Diese kleine Geschichte mag manchem Leser bekannt vorkommen: So hatten die westlichen Medien über den Autokraten (»Diktator«, »Schlächter«) Slobodan Milosevic berichtet, und das nicht erst in den letzten Wochen. Doch in diesem Falle ist der Autokrat ein Mann der Nato: Carlos Westendorp, der Hohe Repräsentant der UN für Bosnien-Herzegowina. Kraft des Vertrages von Dayton hat der Hohe Repräsentant Befugnisse wie ein Kolonialgouverneur. Westendorp schloß zwischen 1997 und 1999 Radio- und Fernsehstationen, behinderte die Kandidatur der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) und der Serbischen Radikalen Partei (SRS) und strich mehrere ihrer Kandidaten von den Wahllisten. Als bei den Präsidentschaftswahlen im September 1998 die prowestliche Amtsinhaberin Biljana Plavsic ihrem Herausforderer Nikola Poplasen von der SRS unterlag, war Westendorp verstimmt. Im März 1999, kurz vor Beginn der Nato-Luftangriffe, setzte er Poplasen kurzerhand ab. Anstelle des Präsidenten, dem laut Verfassung dieses Recht obliegt, bestimmte nun Westendorp den Premier. Seine Wahl fiel auf Milorad Dodik, der sich im Parlament auf keine Mehrheit stützen konnte und deswegen Gesetze per Ordre de Westendorp verabschieden ließ. Unter anderem verfügte Westendorp die Einführung eines neuen Staatsbürgerschaftsrechtes, einer neuen Staatsflagge und einer neuen Währung (der an die DM gekoppelten Konvertibla Marka). Nach dem Kosovo-Krieg übernahm der Österreicher Wolfgang Petritsch den Posten – ein Politiker, der nach seinen eigenen Worten die Dayton-Vollmachten sogar noch »weiter ausführt und entschlossener interpretiert« als sein Vorgänger. Er schloß nicht nur einzelne Kandidaten, sondern die gesamte SRS von der Kommunalwahl im Frühjahr 2000 aus. Die »FAZ«, die sich gegenüber Milosevic als Gralshüter der Demokratie geriert, war begeistert: »Erst seit ... Petritsch reihenweise gewählte Mandatsträger ... ihrer Ämter enthebt, ... erst seitdem er selbst per Dekret Gesetze erläßt, ... kommt das von dreieinhalb Jahren Krieg geschundene Land allmählich wieder auf die Beine.«

Die Wahlfälschung

Vor diesem Hintergrund war die Sorge des Westens über mögliche Manipulationen bei den jugoslawischen Wahlen am 24. September von Anfang an nicht frei vom Verdacht der Heuchelei. Im nachhinein sind jedoch grobe Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung vom jugoslawischen Verfassungsgericht bestätigt worden, die Herren Clinton, Schröder und Blair triumphieren. So droht in Vergessenheit zu geraten, daß die Nato-Staaten selbst das Ergebnis dieses Urnenganges viel massiver verfälscht haben als die serbischen Sozialisten. Die Operationen wurden genau geplant: Der »Sonderstab Bosnien« (Sobos) im Fischer-Ministerium hielt ständigen Kontakt zu den serbischen Oppositionsparteien, das State Department hatte zum selben Zweck eigens ein Büro mit 24 Spezialisten für psychologische Kriegführung in Budapest eingerichtet, in Brüssel war von der EU unter Leitung ihres »Mr. Gasp« Javier Solana zum ersten Mal ein gemeinsames Lagezentrum aller westeuropäischen Großmächte aufgebaut worden.

Mit vorgehaltener Pistole zwang die Nato die jugoslawische Bevölkerung zur Entscheidung. Ein unbotmäßiges Wahlverhalten bedeutete weitere, ja verschärfte Not – und das war angesichts der katastrophalen Lebenssituation in dem strangulierten Land für die meisten eine existentielle Drohung. Erinnern wir uns: Verdiente ein Jugoslawe im Jahre 1990 noch durchschnittlich 1.100 Mark im Monat, waren es 1998 nur noch 203 Mark. Infolge des Kosovo-Kriegs fiel das Durchschnittseinkommen nochmals um mehr als die Hälfte und beträgt derzeit umgerechnet etwa 87 Mark. Nach Angaben der Wirtschaftsberater der Opposition, der G-17, hat jeder Jugoslawe heute durchschnittlich 1,50 Mark pro Tag zur Verfügung. In den acht Wochen vor dem Urnengang verschärfte sich die Lage aus unbekannten Gründen: Öl und Zucker wurden knapp, der Schwarzmarktkurs des Dinar, der trotz des Kosovo-Kriegs zuvor einigermaßen stabil geblieben war, brach von 1:22 auf 1:35 ein.

Pünktlich zum Wahltermin zog die Nato eine Flotte an der jugoslawischen Küste zusammen, Großbritannien allein schickte 15 Kriegsschiffe mit 5.000 Mann Besatzung. In einem kroatisch-amerikanischen Seemanöver wurde die Erstürmung einer Adriainsel geprobt. Der Kommandeur der US-Air Force in Europa, General Gregory Martin, drohte Mitte September sogar den Einsatz von Bodentruppen an, »falls Belgrad Gewalt in Montenegro anwendet«. Bereits Mitte August hatte CIA-Chef George Tenet sich mit seinem bulgarischen Amtskollegen Dimo Gjaurov in Sofia getroffen. »Was von dem Treffen durchsickerte, deutet darauf hin, daß die von Tenet bevorzugte Option die Absetzung der jugoslawischen Regierung war ... Für den Fall, daß infolge der Sezession Montenegros offene Kriegshandlungen ausbrechen, planen die Vereinigten Staaten einen regelrechten Krieg gegen Jugoslawien zu führen, so wie im Frühjahr 1999«, schrieb der US-Analyst Gregory Elich in der »Jungen Welt«. »Ein Schlag gegen Belgrad steht bevor« und »Bulgarien wird dabei als Basis dienen«, berichtete die Presse in Sofia.

Eine direkte Behinderung der Wahlen gab es nicht nur im Kosovo, wo die Sicherheitslage eine reguläre Durchführung unmöglich machte, sondern auch in der Teilrepublik Montenegro. Die prowestliche Regierung von Ministerpräsident Milo Djukanovic untersagte allen öffentlich-rechtlichen Medien die Berichterstattung vor dem Urnengang. Klaus Hartmann, Vorsitzender der Weltunion der Freidenker, registrierte als Wahlbeobachter weitere Pressionen. »Mitglieder des Wahlkomitees berichteten über einen ungeheuren Druck auf die Bevölkerung während der letzten zehn Tage, nicht zur Wahl zu gehen. Es habe persönliche Bedrohung, Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der sozialen Unterstützung gegeben ... Der Direktor eines holzverarbeitenden Betriebes kündigte seinen Beschäftigten an, wer am Sonntag zur Wahl gehe, brauche am Montag nicht mehr zur Arbeit erscheinen. Das gleiche gab ein Schulleiter im Norden des Landes seinem Lehrerkollegium bekannt ... Die Djukanovic-Regierung hatte den Wahlsonntag kurzerhand zum Arbeitstag erklärt. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen und im gesamten öffentlichen Dienst, auch die Arbeiter der größeren staatlichen Betriebe, hatten schlicht keine Zeit für den Gang zum Wahllokal, wenn sie ihren Arbeitsplatz nicht unerlaubt verlassen wollten.«

Neben der Peitsche gab es auch Zuckerbrot. Die Europäische Union versprach in einer »Botschaft an das serbische Volk« eine knappe Woche vor der Wahl die Aufhebung der Sanktionen, Aufbauhilfe und wirtschaftliche Unterstützung, falls die Wähler »die Politik Milosevics deutlich und friedlich zurückweisen«. Am wichtigsten aber war die direkte Förderung des Oppositionsbündnisses DOS: »Man strengt sich nicht sehr an, die Tatsache zu verbergen, daß die oppositionelle Wahlkampagne mit westlichem Geld finanziert wird, mit dem die meisten Umfragen, die Werbung, Druckerzeugnisse und so weiter bezahlt werden«, berichtete die »New York Times«. Und weiter: »Das Geld des Westens geht an die meisten Einrichtungen, die von der Regierung deswegen angegriffen werden – manchmal in Form von Direkthilfe, manchmal als indirekte Unterstützung in Form von Computern und Sendeanlagen, und manchmal in Koffern voller Bargeld, die über die Grenze von Jugoslawien und Ungarn oder Serbien und Montenegro gebracht wurden.« »Allein aus Washington sind in den vergangenen Monaten mehr als 77 Millionen Dollar nach Serbien geflossen«, präzisierte die »FAZ«. Seitens der BRD wurden mindestens weitere 21 Millionen Mark beigesteuert, wie der »Spiegel« in Erfahrung brachte, 17 Millionen davon getarnt im Rahmen von deutsch-serbischen Städtepartnerschaften und vier Millionen Mark »sehr, sehr heimlich« (Balkankoordinator Bodo Hombach) als Sponsoring der oppositionellen Presse. »Die Verteilung der Güter vor Ort übernahmen Hilfsorganisationen wie das Technische Hilfswerk oder das Rote Kreuz« (»Spiegel«). Der Staatssender Deutsche Welle investierte 1999 zudem zehn Millionen Mark in den Ausbau seines serbischen Programms. Addiert man die Einzelsummen, kommt man auf einen Gesamtbetrag an westlicher Hilfe für die Opposition von umgerechnet knapp 200 Millionen Mark.

Die Dimension dieser Einmischung mag folgender Vergleich verdeutlichen: Jugoslawien hat ungefähr ein Zehntel der Wählerschaft Deutschlands. 200 Millionen DM Wahlkampfunterstützung dort würden hochgerechnet also 2.000 Millionen DM hierzulande entsprechen. Kann man sich vorstellen, daß in Deutschland eine Partei zur Wahl zugelassen würde, die mit fast zwei Milliarden Mark von Staaten finanziert wird, die kurz zuvor Krieg gegen Deutschland geführt haben? Zwei weitere Zahlen zum Vergleich: Die SPD hat beim letzten Bundestagswahlkampf ungefähr zehn Millionen Mark aufgewendet; in den schwarzen Kassen der CDU sollen – soweit bisher bekannt – 20 Millionen Mark anonymer Großspender gelandet sein. Wie korrumpierend mag eine weit größere Dollar- und DM-Flut in einer Gesellschaft wirken, die dank westlichem Wirtschaftsembargo und Nato-Bombardement in bitterster Armut lebt?

Die Fehler der Linken

Angesichts dieser massiven ausländischen Einmischung haben sich die bis dahin regierenden Linksparteien, die Sozialisten (SPS) und die Partei der jugoslawischen Linken (Jul), achtbar geschlagen. Zwar war ihr Kommunalwahlergebnis ein Desaster, dafür konnten sie aber bei den Parlamentswahlen die Mehrheit der Sitze in der Skupstina verteidigen. Vor diesem Hintergrund war es ein schwerer Fehler, den Sieg des DOS-Kandidaten Vojislav Kostunica bei den Präsidentschaftswahlen nicht sofort nach dem ersten Durchgang anzuerkennen. Da man weiter die Exekutive gebildet hätte, wäre der Verlust des laut Verfassung fast nur repräsentativen Präsidentenamtes zu verschmerzen gewesen. Doch nach über zehn Jahren als hegemoniale Staatspartei hatte sich in der SPS wohl genausoviel Selbstzufriedenheit und Arroganz ausgebreitet wie

hierzulande in der CDU nach 16 Jahren Kohl: Kompromisse kamen nicht in Frage. Den Fehler nutzte die Opposition aus: Da sie selbst auch keine Kompromisse, sondern die ganze Macht wollte, boykottierte sie die angesetzte Stichwahl. Mit dem Boykott wollte sie die Linke delegitimieren, um neben dem Präsidentenamt auch noch andere Institutionen abräumen zu können, insbesondere um Zugriff auf die Regierungsbildung zu bekommen. Diese Rechnung ist aufgegangen: Nach vierstündigem Straßenkampf gab die Milosevic-Administration am 5. Oktober klein bei.

Dagegen wäre die freiwillige Überlassung des Präsidentenamtes an Kostunica für die Linksparteien auch deswegen eine sinnvolle Rückzugsoption gewesen, weil er unter allen Oppositionspolitikern vermutlich der einzige ist, dem man eine Verteidigung Jugoslawiens gegen die weiteren Zerstückelungspläne des Westens zubilligen mag. Seine bisherige Vita läßt jedenfalls hoffen: 1974 protestierte er hellsichtig, als Tito eine neue Verfassung mit einer Autonomie unter anderem für das Kosovo verabschieden ließ – genau diese großzügigen Regelungen sollten den Sezessionismus der Albaner stimulieren und wenige Jahre später die Krisenprovinz explodieren lassen. 1992 trennte er sich von Zoran Djindjic, mit dem er zwei Jahre zuvor die Demokratische Partei (DS) gegründet hatte, weil ihm dessen Kurs zu prowestlich war, und formierte die Demokratische Partei Serbiens (DSS). 1994/95 kritisierte er – wiederum sehr vorausschauend – , daß die Entsolidarisierung Milosevics von Radovan Karadzic und später das Dayton-Abkommen den Appetit der Nato nicht dämpfen, sondern vergrößern würden. 1999 schließlich ließ er sich im Kosovo mit einer Kalaschnikow fotografieren und machte damit deutlich, daß er – erneut ganz anders als Djindjic, der sich nach Montenegro geflüchtet hatte – die Zugehörigkeit des von der UCK beanspruchten Territoriums zu Serbien auch bewaffnet zu verteidigen gewillt ist.

Die Sezession der Vojvodina

Weil Kostunica auch dem Westen nicht ganz geheuer ist, hat insbesondere Washington beschlossen, ihn sofort auf die Probe zu stellen. Am 2. Oktober, eine Woche nach dem für Kostunica so erfolgreichen ersten Wahlgang, beschloß der Kongreß im Eilverfahren eine dreiste Erpressung des neuen jugoslawischen Präsidenten. Unter dem irreführenden Titel »Serbia Democratization Act of 2000« verspricht das Gesetz FÜR 1.064 zwar die Bereitstellung von 105 Millionen US-Dollar (55 Millionen für die Regierung Montenegros, 50 Millionen für das Oppositionsbündnis DOS) sowie die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen. Die letzte Entscheidung darüber obliegt laut FÜR 1.064 jedoch dem US-Präsidenten und steht unter dem Vorbehalt, daß Jugoslawien in allen möglichen Fragen mit dem Westen kooperiert. Neben den bekannten Knackpunkten wie der Anerkennung des Haager Tribunals und des Dayton-Vertrages macht der Kongreß eine neue Front auf: die Vojvodina. Wörtlich heißt es in FÜR 1.064: »Der Kongreß ist der Meinung, daß ungefähr 350.000 Ungarn sowie viele andere Minderheiten seit Jahrhunderten in der Provinz Vojvodina ... leben; ... die serbische Führung raubte der Vojvodina zur selben Zeit die Autonomie, als sie das auch im Kosovo tat; diese Bevölkerung ist fortwährend Schikanen unterworfen; unter Einschüchterung und Bedrohung wird ihr nahegelegt, das Land ihrer Vorfahren zu verlassen; diese Form ethnischer Säuberung hat in den letzten zehn Jahren 50.000 Ungarn und Angehörige anderer Minderheiten aus der Provinz Vojvodina vertrieben. – Der Kongreß ist der Meinung, daß der Präsident ... das Außenministerium beauftragen sollte, regelmäßig die Situation der ungarischen Minderheiten in der Vojvodina zu überwachen, ... (sowie) an die Nato-Verbündeten der USA appellieren sollte, während aller Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovos auch zufriedenstellende Garantien der Rechte der Bevölkerung in der Vojvodina, insbesondere der ethnischen Minderheiten in der Provinz, streng im Auge zu behalten.« Minderheitenrechte bedroht, Autonomie abgeschafft, ethnische Säuberung, Zehntausende Vertriebene – das ist die Sprache, mit der schon die Nato-Einmischung im Kosovo vorbereitet wurde.

Die Situation in der Vojvodina ist besonders brisant, weil mit Premierminister Orban derzeit ein offener Revanchist an der Spitze der ungarischen Regierung steht. »Die Nato sollte die Autonomie der ungarischen Minderheit (in der Vojvodina) garantieren. Auf die Frage, ob das durch die Anwendung von Gewalt geschehen sollte, antwortete er: ›Wie sonst?‹« (»Washington Post«).

Entscheidung in Montenegro

Die Entscheidung über mögliche weitere Abspaltungen dürfte jedoch in Montenegro fallen. Djukanovic hatte die Wahlen – gegen den Willen der USA, aber mit wohlwollender Duldung Deutschlands – boykottiert (vgl. KONKRET 9/2000). Die deutsche Haltung zahlte sich aus: Auf dem Höhepunkt des Machtkampfs in Belgrad stattete der montenegrinische Privatisierungsbeauftragte Veselin Vukotic mehreren deutschen Großbanken einen Besuch ab. Hinterher kündigte er an, die Deutsche Bank und die Berliner Bank wollten demnächst der Regierung in Podgorica mit Finanzberatern zur Seite stehen, die Commerzbank werde eine Dependance im Land der Schwarzen Berge eröffnen (die Möglichkeit dazu gibt das im August verabschiedete neue Bankengesetz der Teilrepublik). Wozu Podgorica die Beratung der deutschen Finanzinstitute braucht, liegt auf der Hand: Fast die gesamte Staatsindustrie – darunter die Elektrizitätswerke, der Landwirtschaftskomplex, die Hotel- und Tourismusfirma Boka – sind mittlerweile zur Privatisierung angeboten und warten auf ausländische Käufer.

Die montenegrinische Regierung blieb auch nach dem Sturz Milosevics bei ihrer sezessionistischen Position: Man werde weder das neue Bundesparlament noch den neuen Präsidenten Kostunica anerkennen. Joschka Fischer äußerte »skeptisches Verständnis« für diese Haltung. Der deutsche Kontaktmann in der Kostunica-Mannschaft, Djindjic, reagierte gar mit einer Offerte: Der gemeinsame Staat solle nicht mehr den Namen »Jugoslawien« tragen, sondern »Allianz von Serbien und Montenegro« heißen. Damit nahm er einen Vorstoß von Djukanovic auf, der bereits im Juli behauptet hatte, daß »Jugoslawien nicht mehr existiert«. Man darf gespannt sein, was von den gemeinsamen föderalen Aufgaben – laut Djindjic Währungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik – nach den angekündigten Verhandlungen übrigbleibt.

Der Sezessionskurs ist bisher von den Nato-Staaten großzügig unterstützt worden: Montenegro wurde von den Sanktionen gegen Jugoslawien ausgenommen und erhielt zusätzlich von der EU umgerechnet rund 110 Millionen Mark, von den USA umgerechnet über 120 Millionen Mark. Vorreiter waren einmal mehr die Deutschen: Die Bundesbank ermöglichte im letzten November die überfallartige Währungsumstellung von Dinar auf Deutschmark durch eine Lieferung von 35 Tonnen Hartgeld und kleinen Scheinen (vgl. KONKRET 2/2000), im Frühjahr 2000 sicherte die Bundesregierung die Investitionen deutscher Firmen mit einem Kredit von 40 Millionen Mark ab.

Die neue politische Situation stachelt die Konkurrenz der Großmächte an. Dies ist Ausdruck der unterschiedlichen ökonomischen Einflußmöglichkeiten: Die von den USA angekündigte »Demokratisierungshilfe« in Höhe von 105 Millionen Dollar wird von der EU spielend übertroffen – sie hat für ein »Serbien ohne Milosevic« bis zum Jahre 2006 bereits mehr als den zwanzigfachen Betrag bereitgestellt, nämlich 4,5 Milliarden DM. Auch die neue politische Führung in Belgrad scheint die EU, insbesondere Deutschland, als Partner zu bevorzugen (siehe Kostunica-Interview Seite 17), was von Berlin und Brüssel durch ein Entgegenkommen bei der Aufhebung der Sanktionen belohnt wurde: Die EU hat das Ölembargo beendet und will mit der Wirtschaftshilfe beginnen, ohne auf der vorherigen Auslieferung von Milosevic und anderer sogenannter Kriegsverbrecher zu bestehen. Dagegen drängen die USA weiterhin auf Vorleistungen Belgrads und haben mit der genannten Vojvodina-Resolution sogar noch draufgesattelt. Die unversöhnliche US-Linie wird in der Begründung deutlich, die Senator Joseph Biden Anfang Oktober als Antragsteller des »Serbia Democratization Act of 2000« im Kongreß gab: »Sollten unsere westeuropäischen Verbündeten nach Milosevic ein demokratisch gewähltes, aber ultra-nationalistisches Serbien umarmen, dann viel Glück; wir werden unsere Politik im früheren Jugoslawien darauf konzentrieren, ein demokratisches und prosperierendes Slowenien für die nächste Runde der Nato-Erweiterung vorzubereiten, weiterhin beim Aufbau Bosniens und Kosovos zu helfen und ... Mazedonien, Kroatien und Montenegro zu unterstützen.«

Zwei Szenarien

Es ist zu befürchten, daß die Kostunica-Mannschaft auf diesen US-Druck mit einer weiteren Öffnung gegenüber der EU reagiert und dadurch vom Regen in die Traufe kommt. Dennoch ist die Situation nicht ganz so einfach zu bewerten wie bisweilen von der »Jungen Welt«: Dort wurde der Sturm auf das Belgrader Parlament mit dem auf die Moskauer Duma 1993 verglichen. Kostunica erscheint in dieser Optik als ein Widergänger Jelzins, was ihm sicher nicht gerecht wird. So hat er bei seiner Vereidigung zum Verdruß des Westens die Bewahrung der territorialen Integrität der Föderation – einschließlich des Kosovo und Montenegros – als oberste Priorität benannt und bisher jede Anerkennung des Haager Tribunals verweigert. Die Vorstellungen seiner ökonomischen Berater von der G-17 sind zwar furchterregend (vgl. S. 16) – aber er wäre nicht der erste Nationalist, der es damit nicht so genau nimmt. So hat auch der Ultrarechte Vojislav Seselj sein neoliberales Wirtschaftsprogramm aufgegeben, nachdem er von Milosevic in die Regierung aufgenommen worden war, und Putin hat sich bekanntlich sogar von den Oligarchen den Wahlkampf finanzieren lassen und ihnen trotzdem als Präsident den Kampf angesagt. Auch die Anhängerschaft Kostunicas wird man nicht auf den Mob reduzieren können, der wegen des ekelhaften Slogans »Slobo, bring dich um und rette Serbien!« von den westlichen Journalisten ins Herz geschlossen wurde. Immerhin stimmen alle Beobachter darin überein, daß das Gros der Kostunica-Wähler niemals für eine Nato-Marionette wie Djindjic gestimmt hätte. Bemerkenswert ist auch, daß die von den Konterrevolutionen in Prag, Bukarest und Warschau bekannte Sitte, die deutschen und amerikanischen Flaggen zu schwenken, in Belgrad nirgends Nachahmer gefunden hat, und auch die Transparente waren ausschließlich in serbischer Sprache, teilweise sogar in kyrillischer Schrift, gehalten. Ein optimistisches Szenario könnte also so aussehen, daß Kostunica angesichts der fortgesetzten Erpressungsversuche der Nato und der Intransigenz der Sezessionisten mit dem prowestlichen Flügel des DOS-Bündnisses bricht und, unterstützt vom Großteil seiner Anhänger, einen Block von serbischen Gaullisten bis hin zu jugoslawischen Kommunisten formiert, also aus »Souveränisten« jeder Couleur, wie man in Frankreich sagen würde.

Allerdings muß man einräumen, daß die Chancen für ein solches Szenario gering sind. Selbst wenn man Kostunica die besten Absichten zubilligte, so sind doch seine Machtmittel nicht ausreichend. Seine DSS ist nur eine von 18 Parteien im DOS-Bündnis und mit zuletzt etwa fünf Prozent Wählerstimmen bei weitem nicht die größte. Ihre Mobilisierungskraft und Kaderdichte sind gering, jedenfalls verglichen mit Djindjics DS und den verbündeten NGOs. Djindjic hat außerdem als DOS-Wahlkampfleiter die Finanzhilfe aus dem Westen dirigiert und mit Sicherheit für den Aufbau eines Netzes von Günstlingen in den Medien und Kommunen verwendet. Die stärkste außerparlamentarische Kraft, die angebliche

Studentenbewegung Otpor, bietet aufgrund ihrer amorphen und undemokratischen Strukturen ein ideales Betätigungsfeld für Provokateure, die auf eigene oder fremde Rechnung arbeiten. Die zugesagten zwei Milliarden Euro Soforthilfe der EU werden ein übriges tun, um die schwankenden Teile der Meinungsträger und des Machtapparates von Freedom and Democracy zu überzeugen. Wenn Kostunica dann nicht freiwillig mitzieht, wird er beseite geschoben.

Realistisch muß man also mit folgendem rechnen: Es wird eine sogenannte Experten-Regierung gebildet, in der die G-17-Ökonomen den Ton angeben. Der Dinar wird abgeschafft, die Deutsche Mark eingeführt. Das Durchschnittseinkommen rutscht noch einmal ab und pendelt sich auf bulgarischem und rumänischem Niveau ein. Killerkommandos hetzen Milosevic und seine Frau, viele ihrer Anhänger werden als Kriegsverbrecher verhaftet. Bertelsmann bekommt »Politika«, Springer »Novosti«. Zwischen Budapest und Novi Sad entsteht der längste Autostrich der Welt mit einem besonders preisgünstigen Angebot. Schließlich werden die Akten der Staatssicherheit geöffnet. Darin gibt es mit Sicherheit Beweise für alles: eine Kopie des serbischen Vertreibungs- und Ausrottungsplans im Kosovo (»Operation Potkova«), ein Befehl Milosevics an die Schlächter von Srebrenica, ein von ihm und Tudjman unterschriebener Bierdeckel mit der Aufteilung Bosniens. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Konkret 11/00, S. 16

Michel Chossudovsky, Jared Israel

DM statt Dinar

Eine Viererbande will an die Schalthebel der Ökonomie: Das Wirtschaftsprogramm der serbischen Opposition wurde von der Expertengruppe G-17 verfaßt – in enger Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF)

»Wir wollen ein offenes Land, eine offene Kolonie sein«.

Veselin Vukotic, Koordinator der G-17, im US-Fernsehen

Die Wirtschaftsberater der serbischen Opposition vermitteln gern den Eindruck, sie seien unabhängig und an jugoslawischen Interessen orientiert. In Wirklichkeit wird diese Expertengruppe – die sogenannte G-17 – hauptsächlich vom Center for International Private Enterprise (CIPE), dem Zentrum für internationale Privatunternehmen, in Washington finanziert. Das CIPE bezeichnet sich als »eine Schwestergesellschaft der US-Handelskammer«, tatsächlich aber ist es ein zentrales Projekt der Nationalen Stiftung für Demokratie. Stiftungsgründer Allen Weinstein: »Eine Menge dessen, was wir heute tun, tat die CIA vor 25 Jahren heimlich« (»Washington Post«, September 1991).

Vier der führenden Mitglieder der G-17 gehören zum Stab des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank: Dusan Vuijovic, Zeliko Bogetic, Veselin Vukotic und Branko Milanovic. Betrachten wir deren Verdienste: Vukotic wurde 1989 unter dem jugoslawischen Premier Ante Markovic zum Minister für Privatisierung ernannt. Damals arbeitete er in Belgrad an der Seite einer ganzen Armee von westlichen Beratern an der Sanierung der angeblich maroden Arbeiterselbstverwaltung. Das Resultat: fünfzig Prozent der jugoslawischen Industrie brach zusammen. Zwischen Januar 1989 und September 1990 machten – so die Daten der Weltbank – mehr als 1.100 Industrieunternehmen dicht. Und das war erst der Anfang. Über 614.000 von insgesamt 2,7 Millionen Industriearbeitern wurden entlassen.

Vuijovic ist leitender Wirtschaftswissenschaftler bei der Weltbank und agiert als Verbindungsglied zwischen G-17 und Washington. Im August 2000 wurde ihm die Aufgabe übertragen, eins der tödlichsten Weltbankpakete zu verhandeln – die sogenannte Reform der Ukraine. Das Desaster der Ukraine begann im Herbst 1994, der IWF verlangte, die staatliche Kontrolle des Umtauschkurses aufzuheben. Das führte zum Zusammenbruch der Währung. Der Preis von Brot stieg über Nacht – um 300 Prozent. Der Strompreis um 600 Prozent, öffentliche Verkehrsmittel um 900 Prozent. »Dollarisierte« Preise wurden einer Bevölkerung aufgezwungen, deren monatliches Einkommen unter zehn Dollar lag. Mit sagenhaft hohen Strompreisen und einer Kreditsperre wurde die staatliche und private Industrie zerstört. Dann wurden im November 1994 Weltbank-Unterhändler geschickt, um die Regierung bei der Generalüberholung der ukrainischen Landwirtschaft zu beraten. Auf dem Getreidemarkt wurde der freie Wettbewerb eingeführt. Das öffnete die Ukraine für die US-amerikanischen Getreideüberschüsse. Die Ukraine, zuvor Exporteur von Getreide, mußte infolgedessen Nahrungsmittel von der Europäischen Union und den USA erbetteln.

Bogetic war 1994 bis 1996 im Auftrag des IWF in Bulgarien, um dem Land ein Strukturanpassungsprogramm aufzuzwingen. Alle sozialen Maßnahmen – Preiskontrollen, subventionierte Nahrungsmittel, Wohnraum und medizinische Versorgung – wurden abgeschafft. Massenarmut war die Folge, selbst wenn man die offiziellen Zahlen der Weltbank zugrunde legt: Bis 1997 sanken die Renten im Durchschnitt auf zwei Dollar pro Monat, neunzig Prozent der Bevölkerung lebt heute unter der Armutsgrenze. Anfang dieses Jahres wurde Bogetic vom IWF nach Montenegro entsandt. Er riet der prosezessionistischen Regierung von Präsident Milo Djukanovic, sich vom Dinar, der jugoslawischen Währung, abzukoppeln, aber auf keinen Fall eine eigene Zentralbank einzurichten. Statt dessen wurde im November 1999 die Deutsche Mark als Zweitwährung eingeführt. Mit anderen Worten: Unabhängigkeit auf Kolonialherrenart. Bogetic wird unter Präsident Kostunica höchstwahrscheinlich Leiter der jugoslawischen Zentralbank. Das DM-Modell aus Montenegro wird dann in ganz Jugoslawien eingeführt.

Die neue Regierung wird die ökonomische Medizin des IWF verabreichen. Das steht in ihrem Programm. Aber wäre das dieselbe Medizin, die der IWF zuvor Rußland, Bulgarien und der Ukraine verschrieben hat? Die Geschichte zeigt, daß der IWF rebellische Länder im Bedarfsfall besonders brutal behandelt. Und dabei geht es hier nicht um sogenannte Schurkenstaaten wie Jugoslawien. Es geht hier um sehr moderate Rebellen, etwa Peru. In Peru verweigerte sich die Regierung von Präsident Alan Garcia den Direktiven des IWF: 1985 beschloß sie, die Raten zur Bedienung der Auslandsschulden zu reduzieren. Sofort wurde das Land vom IWF und Washinton auf die Schwarze Liste gesetzt, der Außenhandel brach ein. Das war die Stunde von Alberto Fujimori. Bei den Wahlen 1990 wollten viele Leute aufgrund der wirtschaftlichen Misere einen Wechsel. Fujimori war ein Unbekannter, aber die Menschen hatten das Gefühl, er sei ehrlich und vielversprechend. Bei den Wahlen 1990 erhielt er die meisten Stimmen. Kaum im Amt, gab Fujimori dem IWF nach. Was folgte, war die verheerendste ökonomische Reform in der Geschichte Lateinamerikas. Ein Arbeiter in der Landwirtschaft verdiente im August 1990 nur noch 7,50 US-Dollar im Monat. Das reichte für zwei Hamburger und ein Getränk bei McDonald’s. Die Verbraucherpreise waren in Lima höher als in New York. Der Reallohn fiel um 60 Prozent.

Von einem Tag auf den anderen stieg der Benzinpreis um das 31fache und der Preis für Brot um über das Zwölffache. Die Menschen konnten es sich nicht mehr leisten, Wasser zu kochen – eine Cholera-Epidemie brach aus. Und dies war erst der Anfang von zehn Jahren tödlicher Reformen unter Fujimori.

Und erinnern wir uns: Peru gehörte nicht zu den Rebellen. Das Land hat sich nur gegen ein paar Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds gewehrt. Aber Jugoslawien? Jugoslawien leistete im Zweiten Weltkrieg Widerstand gegen die koloniale Dominierung durch Deutschland und jetzt durch die der USA. Washington und Berlin werden nichts lieber tun, als in Jugoslawien ein Exempel statuieren und zeigen, was geschieht, wenn man sich gegen ihre Politik wehrt. Unter einem IWF/G-17-Mandat würde das Land nach dem Modell von Bosnien und dem Kosovo in ein Protektorat verwandelt. Unternehmen würden durch internationale Konzerne aufgekauft und geschlossen – so wie es im Kosovo mit den Trepca-Minen geschehen ist, die nach der Besetzung durch Kfor-Truppen im August der mächtigen »Washingtoner Gruppe«, einem US-basierten Bau-, Bergbau- und Verteidigungsunternehmen, auf einem silbernen Tablett übergeben wurde. Die angekündigten Wirtschaftsreformen würden die Preise in den Himmel schießen lassen, Bauern würden ihr Land verlieren, Arbeiter ihren Job, Familien ihre Wohnung. Natürlich würden Nato-Truppen gebraucht, um »die Ordnung aufrechtzuerhalten« und »Kriegsverbrecher« zu jagen. Die Truppen würden das Land nie verlassen.

Vollständige englische Fassung unter www.tenc.net*. Übersetzung: Britta Dutke*

Michel Chossudovsky ist Professor für Ökonomie an der Universität von Ottawa.

Er ist Autor von »The Globalization of Poverty – Impacts of IMF and World Bank Reforms«,

Penang and Zed Books, 1997.

Jared Israel ist Herausgeber von www.tenc.net, einer Website mit vielen Gegeninformationen zum Balkan

Konkret 11/00, S. 17

Vojislav Kostunica, Nikola Zivkovic

Wer kriegt Belgrad?

Egal, wie es ausgeht: Vojislav Kostunica war der politische Shooting-Star der Saison. Noch vor wenigen Wochen im Westen völlig unbekannt und selbst in Serbien allenfalls ein Geheimtip, avancierte er als Präsidentschaftskandidat der Opposition in kürzester Zeit zu einem ernsthaften Herausforderer von Milosevic und zum Hoffnungsträger der Nato. Was will der Mann, »dem Sie immer geradewegs in die Augen schauen können« – wie es auf seinen Wahlkampfpostern hieß? Und: Was können Washington, Berlin, Brüssel von ihm erwarten?
KONKRET-Gespräch

KONKRET: Weil Sie den Nato-Angriff auf Jugoslawien verurteilt haben, gelten Sie als serbischer Nationalist. Stört Sie das?

Kostunica: Die Serben dürfen diese Nato-Bomben, die 78 Tage lang auf unser Land abgeworfen wurden, niemals vergessen. Wenn ich deswegen ein serbischer Nationalist bin, bin ich eben stolz darauf. Im Ernst: Welcher serbische Politiker würde je sagen, daß er die Nato-Bomben begrüßt? Dennoch: Milosevic hätte den Nato-Krieg verhindern können. Ihn trifft die Hauptschuld.

Ihre Wirtschaftsberater, die »G17«, wollen eine »radikale Wirtschaftsreform« in Serbien mit einer »Liberalisierung der Preise«, die »Prinzipien des Marktes« sollen durchgesetzt werden. Wird diese »Schocktherapie« das Land nicht noch tiefer ins Elend stürzen? Lassen die Erfahrungen aus Bulgarien, Rumänien, der Ukraine oder Rußland, wo mit solchen Rezepten gearbeitet worden ist, nicht das Schlimmste befürchten?

Nein. Das, was in den genannten osteuropäischen Ländern geschah, wird in Serbien nicht passieren. Aber wir müssen unsere Wirtschaft reformieren. Milosevic und seine Regierung haben das Land total ruiniert. Das ist eine Tatsache.

Unsere wirtschaftlichen Interessen liegen in Europa. Es gibt gar keinen anderen Weg, als Kapitalhilfe aus dem Ausland zu bekommen. Vor allem an deutscher Kapitalhilfe sind wir interessiert. Nur so können wir anfangen, unsere riesigen wirtschaftlichen Probleme zu lösen: Es gibt 40 Prozent Arbeitslose in Serbien, das Durchschnittsgehalt liegt bei 60 Mark im Monat, über 500.000 junge, ausgebildete Menschen haben das Land Richtung Westen verlassen.

Im August habe ich mich mit dem Direktor von »G17«, Mladjen Dinkic, getroffen. In wesentlichen Punkten sind wir uns einig: Die Sanktionen müssen weg, die Korruption des Regimes von Milosevic muß bekämpft werden, die Inflation muß man stoppen, die Marktwirtschaft muß kommen. Aber man muß aufpassen, die Fehler von einigen osteuropäischen Ländern nicht zu wiederholen. Wir werden alles tun, um zum Beispiel die sozial Schwachen zu schützen.

Sie sind als Kandidat des aus 18 Gruppierungen bestehenden Oppositionsbündnisses DOS angetreten. Sie haben Kompromisse mit Milosevic abgelehnt und dafür einen Kompromiß mit Djindjic geschlossen, der angeblich ein Freund der Nato ist.

Diese Vorwürfe kommen von Milosevic und seinen Leuten. Nach deren Ansicht ist Djindjic der Mann der Nato, und ich bin nur eine unbedeutende Figur. Die Absicht ist klar: Milosevic versucht, die DOS auseinanderzudifferenzieren, vor allem Djindjic und mich gegeneinander auszuspielen. Dasselbe tun auch einige westliche Medien, wie etwa der »Spiegel« in seiner Ausgabe von Anfang Oktober. Es heißt dort: »Erst 1990 meldete Kostunica sich auf der politischen Bühne zurück, als er in Zoran Djindjics Demokratische Partei eintrat. Djindjics Ideen von Demokratie und Westorientierung gingen Kostunica zu weit.« Erstens trat ich nicht 1990 in Djindjics Partei ein, sondern Djindjic und ich waren gemeinsam, mit noch elf weiteren angesehenen Persönlichkeiten Serbiens, Gründer der Partei. Zweitens ging es gar nicht darum, wer westorientiert ist und wer nicht, sondern wer mehr für Serbien tun kann. Manche im Westen stellen sich, wie das Beispiel zeigt, die politische Lage in Serbien ziemlich einfach vor.

Dennoch ist DOS ein sehr heterogenes Bündnis.

In anderen demokratischen Ländern ist es völlig normal, daß unterschiedliche Parteien zusammenarbeiten. In der Politik muß man Kompromisse machen. Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Es ist natürlich nicht so einfach, bei so vielen politischen Gruppierungen eine gemeinsame Sprache zu finden. Auch politische Gegner müssen miteinander reden. Wir sind uns aber alle in einem einig: Wir wollen, daß Milosevic von der politischen Landschaft Serbiens verschwindet. Solange er an der Macht bleibt, hat Serbien keine Chance, seine großen Probleme zu lösen.

Ich glaube, daß es mir gelungen ist, ein bißchen auf die anderen im DOS-Bündnis Einfluß auszuüben: Ich habe sie überzeugt, gegenüber dem Westen eine gesunde Distanz zu wahren, insbesondere gegenüber den Danaergeschenken, die vor allem aus Washington kommen. Ich konnte sie überzeugen, daß es manchmal besser ist, solche Geschenke nicht anzunehmen.

Manchmal?

Unsere Politik ist Realpolitik. Das heißt, ich habe nicht vor, auf Konfrontationskurs mit der mächtigsten Macht der Welt zu gehen, wie Milosevic es getan hat. Aber ich werde auch kein Quisling sein. Ich wähle den dritten Weg, mit dem man viel mehr für Serbien erreichen kann.

Milosevic hat in den letzten zehn Jahren bestens mit Washington und der Nato kollaboriert. Er wurde oft von Holbrooke und anderen amerikanischen Politikern als »sehr kooperativ« gelobt. Er hat die Serben in der Krajina, in Bosnien und im Kosovo verraten. Er verhängte 1995 Sanktionen gegen die Serben in Bosnien, die viel rigoroser und strenger waren als die des Westens. Mit ihm an der Spitze hat Serbien alles verloren. Er hatte zehn Jahre lang die absolute Macht in seiner Hand. Und jetzt beschuldigt Milosevic die serbisch-orthodoxe Kirche, Djindjic oder mich, daß wir Verräter seien!

Es war die ganze Zeit offensichtlich, daß die Interessen des Westens mit jenen von Milosevic im Einklang stehen. Direkt oder indirekt haben die Amerikaner immer Milosevic geholfen, obwohl sie ihn verbal attackierten. Die Nato hat mit ihrem Krieg gegen Serbien die Opposition zerstört und Milosevic die Pose des Retters der Nation ermöglicht. Die USA haben ihn als Kriegsverbrecher bezeichnet und ihm damit geholfen, sich als Opfer zu präsentieren.

Die USA verlangen von Ihnen die Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal.

Die Amerikaner reden immer von Den Haag, aber Serbien hat andere Probleme zu lösen, und darüber darf nicht nur geredet, es muß auch gehandelt werden: Die Sanktionen müssen weg; unser Land muß wieder in die internationalen Gremien aufgenommen werden; wir müssen die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro neu gestalten; wir wollen die Rückkehr der 250.000 Serben, die von den Albanern aus dem Kosovo vertrieben wurden, und zwar unter den Augen der Nato-Truppen.

Und das sind nicht die einzigen Flüchtlinge: In Serbien gibt es insgesamt 700.000, mehr als in jedem anderen Land in Europa. Es handelt sich um die Serben, die aus Kroatien und Bosnien vertrieben wurden. Über diese Tatsache schwieg und schweigt die westliche Presse immer noch beharrlich. Kurz: In vielerlei Hinsichten werden wir ein schwierigerer Verhandlungspartner des Westens sein als Milosevic. Der Beweis? Obwohl wir die Wahlen gewonnen haben, bekamen wir keine konkrete Unterstützung aus dem Westen, und Milosevic wurde nur verbal attackiert. Offensichtlich haben weder die Amerikaner noch die Russen ein allzu großes Interesse daran, daß Milosevic verschwindet.

In den amerikanischen Zeitungen kann man lesen, daß die Opposition mit 77 Millionen US-Dollar unterstützt wurde.

Einige Politiker im Westen versuchen jetzt, den großartigen Sieg des serbischen Volkes als Erfolg der westlichen Politik darzustellen – der Politik, die indirekt zehn Jahre lang Milosevic geholfen hat, an der Spitze Jugoslawiens zu bleiben. Auch diese Meldung von den amerikanischen Dollarmillionen soll unseren Erfolg als den des Westens darstellen. Überlegt im Westen niemand, wie sehr uns solche Meldungen in Serbien schaden? Wir haben dieses Geld nicht bekommen. Hätten wir es akzeptiert, wäre das »a kiss of death« für uns gewesen.

Zur Person: *Der heute 56jährige Kostunica kritisierte 1974 Titos Verfassungsänderung zugunsten einer Autonomie für das Kosovo und flog daraufhin von der Universität. Als ihn Milosevic Ende der achtziger Jahre zur Mitarbeit in der neugegründeten Sozialistischen Partei einlud, lehnte er ab und gründete statt dessen mit Zoran Djindjic die Demokratische Partei (DS). Mit einer Kritik am prowestlichen Kurs seines Partners trat Kostunica 1992 aus und bildete 1992 die Demokratische Partei Serbiens (DSS).*

Mit Vojislav Kostunica sprach KONKRET-Mitarbeiter Nikola Zivkovic

Konkret 11/00, S. 22

Erwin Riess

Arm, aber nicht jüdisch

Ursprüngliche Akkumulation und ein Gläschen auf Haider. Reiseskizzen aus Ungarn, das schon dort ist, wo Jugoslawien noch hin soll

Von der Donau dringt das Stampfen eines Schiffsdiesels. Aus den Vorgärten erhebt sich wütendes Hundegebell, weil ein später Zecher sein Rad nach Hause schiebt. Schlag zwölf erlischt die Straßenbeleuchtung. Vom Fluß weht leichter Modergeruch ins Dorf. Wer vor das Haus der Szedlacseks auf die Gasse tritt, sieht zur Linken die Hochburg von Visegrád und zur Rechten ein trutziges Denkmal, das an die 48er Revolution und den Kampf gegen die Habsburger erinnert. Seit fünfundzwanzig Jahren besuche ich die Szedlacseks, und seit fünfundzwanzig Jahren scheint die Szenerie unverändert: die Burg, das Denkmal, der Mond überm Donauknie.

Doch die Idylle ist trügerisch. Noch immer leidet die Schiffahrt an den Folgen des Nato-Bombardements – nach wie vor blockieren in Novisad zerbombte Brücken die Fahrrinne – , und manchmal vergehen Stunden, bis ein Schiff durchs Donauknie zieht. Das 48er-Denkmal ziert eine ungarische Fahne mit einer riesigen Stephanskrone. Zu Zeiten der Volksrepublik war das Denkmal nur am Jahrestag der Ausrufung der Räterepublik 1919 geschmückt; neben einer kleinen ungarischen Fahne hing die dunkelrote des revolutionären Proletariats. Und die ungarische Flagge kam ohne Stephanskrone aus.

Noch etwas hat sich verändert. János' einstiger Freund und Nachbar, ein alter Herr und stolzer Ungar, schimpft János Szedlacsek, auch er ein alter Herr und stolzer Ungar, »schwäbischer Faschist«, worauf János ihn »ungarischer Faschist« nennt. Daß János Donauschwabe ist, war früher keine Erwähnung wert, die Nationalität war nur ein Fettauge der Historie. Heute wird alles, was deutsch ist, beschworen, als gelte es, die Ungarn als germanischen Stamm zu etablieren. Visegrád wurde Anfang September zur Stadt erhoben, und die Feier lieferte den Nachweis, daß die Welt des Neuen – das Handy des Ministerchauffeurs und die Alarmanlage des Zwölfzylindermercedes – mit der Welt des Alten – den pathetischen Hymnen, frömmelnden Bischofsworten und tümlichen Trachtentänzen – eine unauflösliche Verbindung eingegangen ist, ja, die beiden harmonieren so gut, daß es den Anschein hat, als sei das eine des anderen Begründung.

Seit ein Spaßvogel vor Jahren entdeckt hat, daß Visegrád, das ungarische Königsdorf mit dem slawischen Namen, in entlegensten Epochen der Schwabenzüge »Plintenburg« hieß, prangt der deutsche Name am Schellenbaum. Und niemand weiß, was eine Plinte ist. Eine Zwetschke, sagen die einen, eine Reineclaude die anderen. Hautptsache, die Stadt hat einen deutschen Namen, und an der Fähre steht ein deutsches Bierzelt. Der »Himmel der Schwaben« aber ist nahezu leer, denn das Bier ist teuer und schmeckt schal.

Die Gasse, in der die Szedlacseks wohnen, trägt ihren alten Namen. Wie Tausende andere Gassen in Ungarn ist sie nach István Széchenyi benannt, jenem Aufklärer in der Mitte des 19. Jahrhunderts, der den Ungarn mit Kettenbrücke, Bahn und Donauregulierung den Weg ins Industriezeitalter wies und 1860 in einer Wiener Irrenanstalt verstarb. Sein Geist sei zerrüttet gewesen. Wahrscheinlicher ist, daß der hellsichtige Mann die Vergeblichkeit seines Tuns eingesehen hatte.

Die Welt nach Ungarn zu holen war ein hehres Ziel, aber die magyarische Gentry vergnügte sich lieber in der Puszta, und das erwachende Bürgertum gefiel sich damals darin, seine Herkunft von den Söhnen Attilas abzuleiten. Wenn der Nationalismus ins Kraut schießt, werden die Ahnen aus den Gräbern gezerrt. Neben der Verkündigung immer neuer Todesstätten des 1849 verschollenen Revolutionsdichters Sándor Petöfi, der, was gern verschwiegen wird, mit einem serbischen Namen geboren wurde, ist die Entdeckung immer neuer Vorfahren der Magyaren eine Art Volkssport geworden. Die Hunnen, Awaren und Mongolen hatten bereits die Ehre, auch die Samojeden kamen zu ihrem Auftritt, nun stehen kleinasiatische Urvölker in Mode. Immer handelt es sich um kühne Eroberer, am Pferd ebenso zu Hause wie in den Künsten. Irgendwann werden germanische Reitervölker aus Zentralasien herhalten müssen.

Um die Weltläufigkeit, die István Széchényi verkörperte, ist es in Ungarn schlecht bestellt. Der ungarische Finanzkapitalismus, der in drei gläsernen Tempeln residiert und einer Börse vorsteht, in der nicht mehr Titel notieren als eine durchschnittliche Fußballmannschaft Spieler im Kader hat, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß das Land verfällt. Zwei Drittel der Bevölkerung sind arm, gestand Ministerpräsident Orbán anläßlich der Eröffnung der parlamentarischen Herbstsession, und ein weiteres Drittel kämpft gegen das Abrutschen in die Armutszone. Die Existenz einer kleinen, aber unübersehbar reichen Schicht, die ihren Wohlstand dem verdankt, was in der Nationalökonomie vornehm »ursprüngliche Akkumulation« genannt wird, erwähnte Orbán nicht.

Was »ursprüngliche Akkumulation« ist, wird an der Geschichte des Donauhotels Sylvanus, des einzigen Nobelhotels im Donauknie, deutlich. Auf einem Hügel neben der Hochburg gelegen und nur durch eine sechs Kilometer lange Bergstraße erreichbar, war das Sylvanus in der kommunistischen Zeit neben dem Budapester Hilton und dem Thermal in Héviz eines

der führenden Häuser im Land. Nach der Wende wurde das Hotel um einen Bettel privatisiert, der neue Eigentümer machte sich rasch daran, die fette Gans auszunehmen.

Henryk, der Sohn der Szedlacseks, arbeitet im Sylvanus als »Assistant Front Office Manager«. Er arbeitet viel, Wochen und Monate vergehen ohne einen einzigen freien Tag. Überstunden werden grundsätzlich nicht bezahlt, Arbeitszeitbegrenzungen gibt es nicht einmal auf dem Papier. Ähnlich ergeht es den Zimmermädchen und Kellnerinnen, überwiegend ungarnstämmige Siebenbürger, die zu allen Konditionen roboten. Auch für sie gilt: Überstundenentgelt unbekannt, zwei Wochen Urlaub pro Jahr, keine Gewerkschaft, Schlafräume für vier und acht Personen. Voriges Jahr wurde das Sylvanus erweitert und mit einem Hallenbad ausgestattet, der Hoteleingang und die Treppe zum Restaurant wurden nicht durch Rampen überbrückt. Doch gibt es an der Rückseite des Hotels, dort, wo die Sonne nie scheint, ein behindertengerechtes Zimmer.

Die Geschichte des Visegráder Frei- und Thermalbades folgt demselben Akkumulationsmuster: Um einen Spottpreis privatisiert, keine Investitionen, berstende Leitungen, lebensgefährliche Löcher auf den Wegen (das Bad erstreckt sich auf mehreren Ebenen an einem Waldhang), überhöhte Preise. Die Bitte der Visegráder Pensionisten, man möge ihnen doch von acht bis neun Uhr morgens zu einem Sozialtarif den Zutritt gewähren, sie könnten sich die horrenden Eintrittspreise nicht leisten, wurde abgeschlagen.

Drittes Beispiel: Die Fähre zwischen Visegrád und Nagymaros, einst kommunal betrieben und preiswert, ist heute ebenfalls privatisiert. Selbst für österreichische Begriffe muß das Ticket als teuer gelten. Viele Visegráder haben Freunde und Verwandte auf der anderen Seite. Früher sahen sie einander fast täglich, heute nur zu hohen Festtagen. Und die schwarz gekleideten Frauen, die die Gräber ihrer Lieben besuchen wollen, sitzen an der Fährstraße und bieten Sonnenblumenkerne feil. Die Plätte und das Motorschiff stammen aus den fünfziger Jahren und werden alle paar Jahre neu gestrichen. Soviel zu den Investitionen. Der Fährbesitzer baute sich allerdings schon im zweiten Jahr nach der Privatisierung im Ortszentrum eine Prunkvilla und läßt derzeit das Fährbuffet zu einem Gartenrestaurant ausbauen. Seine Angestellten arbeiten unter denselben Bedingungen wie ihre Kollegen im Hotel Sylvanus.

Das Restaurant Sirályi an der Umgehungsstraße, ebenfalls für wenig Geld verscherbelt, ist mittlerweile teurer als ein Altwiener Nobelgasthaus. Die Qualität der Speisen verhält sich umgekehrt proportional zu den Preisen. Das stört die Akkumulation aber nicht, denn der Eigentümer lebt nicht von Einzelreisenden, sondern vom sogenannten Bustourismus. Und so laben sich denn die deutschen Brüder und Schwestern an Hischpörkölt vom Schwein, fetttriefenden Fleischpalatschinken und zerkochten Dosenerbsen. Im angeschlossenen Fremdenverkehrsbüro können sie zu überhöhten Raten Geld tauschen, Zeitungen bekommen sie allerdings nur im Juli und August. Früher waren an den Kiosken Zeitungen aus der ganzen Welt erhältlich, heute ist man in Visegrád – abgesehen von den beiden Sommermonaten – von der Welt abgeschnitten.

Viele Privatisierungsgewinner oder »ursprüngliche Akkumulatoren« siedeln im Budapester Nobelbezirk Rosenhügel. Anikó, Henryk Szedlacseks Freundin, arbeitet dort als Lehrerin in einer Grundschule. An Feier- und Geburtstagen wird Anikó von ihren Schützlingen reich beschenkt. Aufs Jahr gesehen übertreffen die Zuwendungen ihr Gehalt, von dem sie nicht einmal die Miete ihrer Plattenbauwohnung bestreiten könnte.

Bis vor wenigen Jahren fuhren János und Irena einen alten Trabant, einmal pro Woche fuhren sie nach Budapest oder Esztergom zum Einkauf. Als nach der Wende von den neuen Herren der Aufschwung beschworen wurde, nahm János die Herren beim Wort und erwarb einen gebrauchten Opel Corsa. Der Aufschwung braucht Investitionen, sagte er zu Irena. Die Investition führte dazu, daß die Szedlacseks jahrelang Schwierigkeiten hatten, das Heizholz für den Winter zu bezahlen, denn János, der vorher als Haustechniker in einem nahen Sanatorium gearbeitet hatte, war in Pension gegangen, und nun war Schmalhans Küchenmeister. Jetzt fahren die Szedlacseks nicht mehr nach Budapest, und nur selten besuchen sie die Tochter in Érd, einer Gartenstadt an der Donau, denn der Benzinpreis ist wesentlich höher als in Österreich und Deutschland.

Die Tochter der Szedlacseks ist mit einem Kulturmanager verheiratet, der aus dem Kreis der kommunistischen Erneuerer Mitte der achtziger Jahre stammt. Längst hat er sich den neuen Verhältnissen angepaßt und wählt konservativ, seinem Beruf aber blieb er treu. Das Kulturzentrum floriert. Kultur, das heißt jetzt: gemeinsamer Musicalbesuch, Bingo-Abende, Pflege der örtlichen Széchenyi-Denkmäler, deutsche Blasmusik.

Viele können sich das Autofahren nicht mehr leisten, bei einem Mindestlohn von 400 Mark wird das verständlich. Miskolc, die zweitgrößte Stadt des Landes, einstiger Sitz von Schwerindustrie und technischen Universitäten, ist heute eine Geisterstadt. Benötigte man früher, von Eger kommend, eine gute Stunde, um die Stadt Richtung Osten zu durchqueren, geht es heute doppelt so rasch. Die Straßen sind wie ausgestorben. Auch das Zentrum von Budapest, früher notorisch verstopft, hat viel von seinem Schrecken verloren. Würde der Asphalt auf den Straßen nicht aufbrechen, käme man gut voran.

Fekete Holló, Schwarzer Rabe, heißt ein Restaurant an der Umgehungsstraße von Visegrád, und das Lokal macht seinem Namen alle Ehre. Ein weiteres Juwel der ungarischen Gastronomie befindet sich landeinwärts, in den Tälern des Pilis-Gebirges. Kis Rigó, Kleine Amsel, nennt sich das Waldgasthaus, früher aß man hier preiswerte Wildgerichte. Nun kann man zwischen Letscho und Schweinekotelett, Kotelett mit Letscho und Letscho-Kotelett wählen und bekommt zum Dessert noch einen Witz vom Kellner serviert: Warum bekommen Juden in Ungarn eine kleinere Pension? Weil sie zwischen 39 und 45 weniger gearbeitet haben.

Der Mann läßt es sich nicht nehmen, seinen österreichischen Gästen beste Wünsche für Jörg Haider mitzugeben. Haider ist der in Ungarn populärste Politiker. Wo man hinkommt, wird man auf ihn angesprochen. Im Weinkeller Nr. 21 des Herrn Horváth im Liebfrauental zu Eger bekommen Österreicher von Herrn Horváth ein Gläschen gratis, als Haider-Bonus. Wenn Ungarn in die EU kommt, wird ein alter Witz wiederaufleben: »Heute spielt Österreich – Ungarn.« – »Gegen wen?« Der Trainer steht schon fest.

Der Antisemitismus ist lebendiger denn je. Der »Sozialismus des dummen Kerls« wird mit erprobten Anspielungen gefüttert: Die Rede ist vom heimatlosen Finanzkapital, von amerikanischen Ostküstenmanagern, von vaterlandslosen Gesellen. Joszef Torgyans latent antisemitische »Kleinlandwirtepartei« gehört zur Regierungskoalition, die offen antisemitische MIEP des Volksschauspielers István Csurka wird im Hinblick auf die nächsten Wahlen vorsorglich umworben.

Die Antisemiten treten mittlerweile ganz offen auf. Als Ungarn voriges Jahr die Teilnehmer an der Frankfurter Buchmesse vorstellte, waren die Namen jüdischer Autoren kursiv gedruckt. Die große Synagoge in Tokaj, vor Jahren mit der Unterstützung des New Yorker Millionärs Ronald Lauder errichtet, verfällt; die Fenster sind eingeschlagen, der Verputz bröckelt. Die Erinnerung an eine einst blühende Gemeinde – Juden und Griechen organisierten in der großen Zeit Tokajs den Weinexport nach Paris und St. Petersburg – ist endgültig verweht.

Tokaj zur Lesezeit. Ich erinnere mich an rauschende Feste und feurige Fischsuppen an Theiß und Bodrog. Heute rät die Rezeptionistin im einzigen Hotel der Stadt dringend vom hauseigenen Restaurant ab, nur die Kakerlaken, die Bad und Zimmer bevölkern, scheinen sich über den Besuch zu freuen. Das Ungeziefer komme jedes Jahr um diese Zeit, sagt die Rezeptionistin. Ich komme auch jedes Jahr zur Weinlese nach Tokaj, sage ich, und noch nie hatte ich Kakerlaken im Bett. Kann es ein, daß die Tiere vor der verseuchten Theiß flüchten? Die Theiß ist sauber, sagt die Rezeptionistin, Fische würde ich allerdings nicht essen.

Irena Szedlaczek ist eine weltoffene, geistreiche Frau. Sie hat Charme und Witz und eine Stimme, die getönt ist von vierzigjährigem Genuß sozialistischer Zigaretten. Mit *der* Stimme, sagt sie, müßte ich Puffmutter sein. Und mit meiner Pension auch. Irena hat ihre Chance gehabt. Kurz nach der Wende wurde ein Erholungsheim der Akademie der Wissenschaften privatisiert, ukrainische Huren brachten Leben nach Visegrád. Mittags promenierten die Mädchen durchs Ortszentrum, sie gingen durch ein Spalier von Hunderten Forstarbeitern, die ihre Mittagspause hierher verlegt hatten. Das Puff bestand keine zwei Jahre. Die Löhne der Forstarbeiter waren zu niedrig, Sozialtarife wurden nicht gewährt. Heute steht das Haus leer.

Schräg vis-à-vis befindet sich eine Sommervilla aus der Jahrhundertwende. Das Schlößchen ist gepflegt, vom First weht die ungarische Fahne. Reichsverweser Hórthy, der Ungarn von 1920 bis 1944 faschistisch regierte, pflegte hier den Sommer zu verbringen.

Erwin Riess schrieb in Literatur Konkret 2000 über Elfriede Jelineks neuen Roman »Gier«

Konkret 11/00, S. 25

Otto Köhler

Wunderbares Land

Wie ihre Vergangenheit bewältigen die Deutschen auch deren Wiederkehr am liebsten mit Kunstgewerbe. Und den Fremdenhaß mit der Entfernung der Fremden

Es war am letzten Donnerstag des Monats September des Jahres 2000, kurz nach zehn Uhr morgens. Da stand im Reichstag zu Berlin der durch Funk und Fernsehen bekannte, wunderbare Abgeordnete Westerwelle am Rednerpult und sagte – wörtlich – dies: »Dieses Land ist ein tolerantes Land, es ist ein Rechtsstaat, es ist eine wunderbare Demokratie, und wir sollten nicht zulassen, daß das Ansehen Deutschlands in der Welt durch Bilder zerstört wird. Das ist unser gemeinsamer Auftrag!«

So sprach er, der gemäßigte Neowalser Westerwelle, und ermahnte die Abgeordneten der PDS: »Diese Neonazikeule dürfen Sie nicht schwingen.« Und die Abgeordnete Kerstin Müller verwarnte er, weil sie an Mitglieder des Hauses gerichtet gesagt hatte, sie würden »hier den Nährboden für bestimmte extremistische Entwicklungen bereiten«.

Nährboden? Ach was, es ist bester deutscher Mutterboden, der da im Reichstag, in dem der Bundestag tagt, bereitet wird.

Zwei Stunden später an diesem Donnerstag sprach der Minister, vor den sich der Abgeordnete besonders entschieden gestellt hatte: Otto Schily. Mit sauber geputzten Schuhen, an denen keinerlei Bodenrest mehr klebte, auch nicht vom Montag, auf den kommen wir noch. Was dieser Minister gegen Neonazis und Rechtsextremisten in diesem Land unternommen hat, das kann man einfach nicht unterschätzen. Da ist, was viele – völlig unzulässig verkürzt – ein Bündnis gegen Rechts nennen. Der Minister nennt es mit seiner gewohnten Präzision ein »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt«, ein Bündnis, das sich, der Minister drückt sich klar aus, »gegen die vagabundierende Gewalt, gleichermaßen gegen die Gewalt von rechts und links« richtet.

So ist es zu erklären, daß, wo Neonazis mit ihren Fahnen und Parolen aufmarschieren, als erste die Gegendemonstranten zusammengeschlagen und festgenommen werden von den Ordnungshütern, denn die Gewalt, sie vagabundiert. Und Faschismus ist kein Verbrechen, Faschismus ist nur eine Meinungsäußerung, wie sie von unserem Grundgesetz geschützt wird, an dessen 51. Jahrestag im Mai Otto Schily sein Gleichermaßen-Bündnis begründet hat. »Da hat es einige Stimmen anfangs gegeben, die meinten, ein solches Bündnis ist doch eigentlich ein ziemlich ohnmächtiges Unterfangen«, sagt Otto Schily jetzt im Bundestag und korrigiert: »Die Erfahrung belehrt uns eines Besseren.« Er lädt »alle ein, sich an diesem Bündnis zu beteiligen«. Das Bündnis erfahre in der Zwischenzeit »große Anerkennung und Zuspruch aus allen Teilen der Gesellschaft«.

Und er nennt ein Beispiel aus seiner Bündnisarbeit: die Stiftung eines hochdotierten Jugendwettbewerbes, des Viktor-Klemperer-Preises, in Zusammenarbeit zwischen der Dresdner Bank, dem Aufbau Verlag und dem Bundesinnenministerium. Tatsächlich hat die Dresdner Bank – vormals Sponsorin des Freundeskreises des Reichsführers SS – heute nicht nur 0,7 Peanuts zur Verfügung gestellt, sie will den Wettbewerb »auch inhaltlich-thematisch mitgestalten«. Ihr Sprecher: »Unsere Mitarbeiter, Kunden und Anteilseigner kommen aus vielen Ländern«, vor allem: »Die Dresdner Bank ist weltweit tätig.«

Ja, da muß man doch einfach tolerant sein.

Die Bundesregierung dagegen ist inzwischen nicht mehr so sehr auf derlei Fisimatenten angewiesen. Ihre weltweite Vertretung übernimmt seit Schröders Amtsantritt vorwiegend die Bundeswehr. Trotzdem konnte mir Schilys Ministerium auf meine Bitte nach dem Nachweis seiner umfangreichen Tätigkeit im Rahmen des vier Monate zuvor gegründeten Bündnisses nicht nur seine Rede zum Klemperer-Wettbewerb schicken, sondern auch noch eine Pressemitteilung über einen weiteren mächtigen Schlag gegen extremistische Gewalt, den ersten offensichtlich seit der Gründung im Mai. Diese Mitteilung des Ministeriums trägt das Datum vom 1. September und die Überschrift »Basketballspiel zugunsten der Opfer des Bombenanschlags von Düsseldorf«.

Was das für ein Anschlag war, wer die Opfer sind, wer die Täter, das verrät die Pressemitteilung nicht, die Polizei hat in aufwendiger Tätigkeit – wie schon in Lübeck und anderswo – alle Spuren verwischt, die zu den Tätern hätten führen können.

Und so gab es statt der Ermittlung der Täter immerhin »gemeinsam gegen Fremdenhaß« in der Sporthalle des Rückert-Gymnasiums ein »Basketballspiel zugunsten der Opfer«.

Wie das Bundesinnenministerium dazu in seiner Pressemitteilung am 1. September kundtat, »unterstützt« es das Spiel »im Rahmen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt«, ja, und das ist ebenfalls der Verlautbarung des Ministeriums zu entnehmen: »Auch einige Prominente werden durch ihre Unterschrift auf Ball und Trikot die Aktion unterstützen.« Das mag für die Welt draußen eine lächerliche Geste sein – in Deutschland sind diese

Ballautogramme ein großer Schritt gegen den Fremdenhaß. Ja, es geht in der Pressemitteilung unerschrocken noch weiter. Der Innenminister: »Unter anderem werden der signierte Spielball und ein Spielertrikot« – 22 Trikots wären ein zu unangemessener Schlag gegen den Fremdenhaß – »auf der Homepage des Bündnisses www. buendnis-toleranz. de versteigert.« *

Und noch stärker: Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, werde, so die Pressemitteilung, das Spiel besuchen.

Was vielleicht tatsächlich sogar geschehen ist, doch unsere Fähigkeit, die ganze Fülle und Breite der Aktivitäten des Schily-Ministeriums gegen die Ausländerfeindschaft auszurecherchieren, ist begrenzt, zumal es von ebenderselben Staatssekretärin wenige Stunden vor dem Spiel eine weitere Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern gab, in der sie bekannt machte: »Mein herzlicher Dank – auch im Namen von Bundesinnenminister Otto Schily – gilt allen, die zum Zustandekommen dieses Spiels beigetragen haben.« Neben seinem »sportlichen Reiz« demonstriere dieses Ballspiel »Solidarität mit den Opfern des menschenverachtenden Attentats und Anteilnahme an ihrem Leid«. Besonders wichtig: »Die Spieler und die Zuschauer« – also in dieser Eigenschaft auch die parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministers des Innern – »stehen stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die nicht bereit sind, Extremismus und Gewalt hinzunehmen.«

Kann man mehr verlangen im Kampf gegen Extremismus und Gewalt? Die Pressemitteilung von der ministeriellen Zuschauerfront gegen den Fremdenhaß entspringt keiner einmaligen Laune des Ministers samt seiner Staatssekretärin. Ende September, am Westerwelletag, gab der Minister vor dem Parlament die Grundsatzerklärung ab: »Wir beobachten, daß gerade die sportbetonten Schulen stärkere Abwehrkräfte entfalten als das bei anderen der Fall ist. Sport ist ein wichtiges Mittel, um Jugendliche von solchen Fehlentwicklungen abzuhalten.«

Schon drei Tage zuvor, am Montag nachmittag, hatte er sich auf seiner Pressekonferenz mit der Dresdner Bank gefreut, daß nun, vier Monate nach der Gründung, sein Bündnis endlich »weitere konkrete Gestalt« annehmen könne. Vor allem bei jungen Menschen müsse nämlich, so sprach er, »der Vergiftung der Köpfe und der Herzen mit rechtsextremistischer Propaganda« entgegengewirkt werden.

Doch schon am Morgen desselben Montages hatte der www.buendnis-toleranz. de-Minister alle Köpfe und Herzen, die sich willig entgegenwirken lassen, mit seiner frohen Botschaft okkupiert: »Es darf keine Denkverbote geben«, erläuterte er auf die wohlformulierte Frage der »Welt«, ob man über den »gesamten Themenkomplex« von Zuwanderung und Asyl »offen reden« könne, »ohne in die ›rechte‹ Ecke gestellt zu werden«. Es dürfe keine Denkverbote geben, sagte da der Minister und fügte ausdrücklich hinzu: »Nichts darf zum Tabu erklärt werden.« Wer das wolle, klagte er am Donnerstag im Parlament, nehme die »Pose der moralischen Überheblichkeit« ein. Er selbst werde weiter für eine »tabufreie Diskussion« eintreten.

Denn, so sprach der oberste Flüchtlingsjäger der Nation, man dürfe diese Debatte nicht den »Rattenfängern von der rechtsextremistischen Seite« überlassen. Die »Welt« bedankte sich: »Daß der sozialdemokratische Innenminister nicht müde wird, im Kontext von Asyl- und Einwanderungsfragen eine tabufreie Diskussion einzuklagen, das soll schlimm sein? Die Bundesrepublik braucht tabufreie Debatten, bitte mehr davon!«

Weiter hinten im selben Blatt stand das Ergebnis: »Deutschland steht in EU mit strenger Asylpolitik allein.« Schily war am Nachmittag zum Innenministertreffen nach Brüssel geflogen.

Das Ende aller Denkverbote – Deutschland gegen den Rest der Welt. Ernst Nolte hatte damit begonnen, sich gegen Denkverbote zu wehren. Er wollte dringend fragen dürfen, ob nicht eigentlich Stalin Auschwitz gebaut habe. Dann kam der zeitweilige Bundespräsidentenkandidat und sächsische Justizminister Steffen Heitmann, der bei den Themen »Frauen, Ausländer, NS-Vergangenheit« keine Tabus und Denkverbote dulden wollte. Tatsächlich war damals das Anzünden von Ausländern noch ein Tabu.

Einen Tag nach Otto Schilys Coming-out in der »Welt« trat bei Biolek in der ARD ein ausgestiegener Jung-Nazi auf, der bewies, wie tabufrei unser Land seit langem ist. 1982 war der 13jährige Diabetiker Jörg Fischer zum Versorgungsamt der Stadt Nürnberg gegangen, um den Schwerbehindertenausweis zu beantragen. Der zuständige Beamte namens Rust war NPD-Funktionär und bei der VVN bekannt dafür, daß er die Versorgungsansprüche von NS-Opfern hintertrieb, wo er nur konnte. Der minderjährige Jörg Fischer aber, der sich von Rust zur Parteiarbeit keilen ließ, bekam seinen Ausweis sofort.

»In den neun Jahren als Rechtsextremer habe ich meine ganz persönlichen Erfahrungen damit sammeln können, wie fließend die Übergänge zwischen Rechtsextremisten und der Mitte der Gesellschaft sein können«, schreibt Fischer (*Ganz rechts. Mein Leben in der DVU,* Rowohlt, 154 Seiten, 14,90 Mark). Als NPD- und DVU-Mann hat er es erlebt: »Während bei linken Demonstrationen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sehr rigide ausgelegt wurde, hatten wir nahezu uneingeschränkte Freiheiten. Ich habe kein einziges Mal erlebt, daß beispielsweise bei NPD-Kundgebungen im Freien die Einsatzleitung der Polizei auch nur auf die Idee gekommen wäre, auf Einhaltung aller Vorschriften, und sei es die Vermeidung unnötiger Lärmbelästigung, zu bestehen.«

So konnte es durchaus vorkommen, daß der Einsatzleiter mit dem NPD-Mann die Polizeitaktik für das etwaige Erscheinen von Gegendemonstranten besprach. Man war unter sich. Die in solchen Fällen eingesetzte Polizeisondereinheit USK (Unterstützungskommando) in Nürnberg feierte Nazipartys mit dem Bild von Rudolf Heß und dem gegenseitigen Erweisen des Hitler-Grußes, was 1996 aufflog, weil die Hüter der Ordnung Fotos ihrer Feierlichkeiten zum Entwickeln gegeben hatten – strafrechtliche Folgen: keine. Denn es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keinen Rechtsextremismus – was man in anderen Länder so nennen mag, findet hierzulande in der Mitte der Gesellschaft statt.

Fischer arbeitete als Neonazi-Funktionär wunderbar auch mit sozialdemokratischen Bürgermeistern, mit der ortsansässigen Presse, dem »Fränkischen Tag«, und mit einem Kopfblatt der »Nürnberger Nachrichten« zusammen. Und er sah gewiß nicht alles. Wie eng sein zeitweiliger Arbeitgeber Gerhard Frey von der »Nationalzeitung« mit dem BND-Chef Reinhard Gehlen, mit dem bayerischen Innen- und Verfassungsminister Alfred Seidl und mit dessen heimlichem Rechtsberater, dem ehemaligen CSU-Minister und führenden Grundgesetzkommentator Theodor Maunz zusammenarbeitete, das mußte ihm entgehen. Jörg Fischer stieg 1991 aus und findet sich seither isoliert in dieser Gesellschaft.

Doch zurück zum Bundestag. Was immer auch der wunderbare Abgeordnete Westerwelle gegen Bodenhaftung einwenden mag, man darf doch nicht vergessen – und Schröder selbst hat durch zwei Jahre Krieg und Frieden dafür gesorgt – , wie erdverwachsen der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident seit dem Ende seiner Dienstzeit als Juso-Vorsitzender wurde. »Gerhard Schröder steht für die Abschaffung der maßlosen finanziellen Unterstützung für Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge. *Auch wir fordern: K*eine Deutsche Mark für Scheinasylanten!« So stand es auf Flugblättern, die zu jener Niedersachsenwahl 1998 verteilt wurden, die Schröder zum Kanzlerkandidaten seiner Partei machte. Die Propagandazettel stammten von einer »Interessengemeinschaft Deutschland zuerst!«, die sich als »überparteilicher Zusammenschluß sozial, konservativ und national gesinnter deutscher Wähler und Wählerinnen« verstand und für die Wahl in Niedersachsen die Empfehlung gab: »Eine soziale und nationale Entscheidung: Gerhard Schröder.«

Warum? »Deutschland zuerst!« hatte gute Gründe: »Gerhard Schröder sagt: ›Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell.‹ Auch wir fordern: Kurzer Prozeß für alle ausländischen Verbrecher! Sofortige Abschiebung aller kriminellen Ausländer!«

»Deutschland zuerst!« war gegen falsche Tabus, schon bevor Schily Bundesinnenminister wurde: »Für Gerhard Schröder sind die liberalen ›Grundrechte‹ kein Tabuthema. Wie zuletzt beim Großen Lauschangriff will er sie überdenken, um sie dem Ziel der Kriminalitätsbekämpfung und der Stärkung des Staates anpassen zu können. Auch wir sagen: Nur ein starker Staat, der keine Rücksicht auf die Sentimentalitäten linker ewiggestriger Spinner nimmt, kann heute noch bestehen.«

Und für »Deutschland zuerst!« gab es erst recht keine Tabus, wenn es um die Frage ging, wie man »heute eigentlich noch sozial und national wählen« könne. Klare Antwort für alle Nationalsozialen: »Trotz Resten verblendet-sozialistischen Denkens steht Gerhard Schröder für eine Politik der sozialen Wende, wie wir sie fordern.« Darum: »In Zeiten der Not: Unser Kandidat Gerhard Schröder.«

Adresse von Schröders Nothelfern: Mainz, Stahlbergstraße 33. Dort residiert die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz. Mitglied dieser Vereinigung: Kurt E. Goldmann vom Bundesvorstand der Republikaner. Die Reps, die sich schon 1997 ehrlich freuten, daß Gerhard Schröder ihr Programm übernommen hatte, kandidierten trotzdem, schon wegen der üppigen Wahlkampfkostenerstattung, und verloren – wenn man das so nennen will – 26.000 Stimmen an Schröders SPD.

»Ich zähle auf Sie, sehr geehrter Herr Koehler«, schrieb mir eine Woche vor der Niedersachsenwahl der Dr. Gerhard Frey aus München, Jörg Fischers zeitweiliger Arbeitgeber. In meiner unverschuldeten Eigenschaft als Niedersachse war ich in seine Adressenkartei geraten (mancherorts werden die Wählerverzeichnisse samt Anschriften auch an Neonazi-Parteien ausgeliefert). Frey erläuterte mir, es gehe »in erster Linie darum, den – wegen seiner in allen Bereichen gescheiterten Politik – abgehalfterten Kanzler Kohl zum Rücktritt zu zwingen und zugleich einen SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine zu verhindern«. Darum sei in Niedersachsen Gerhard Schröder zu wählen: »Der ›Westentaschen-Kohl‹ Lafontaine wird nur bei einem klaren Sieg Schröders am 1. März auf seine Kandidatur verzichten und Schröder den Vorrang lassen.« Zwar seien weder Schröder noch Schäuble »Wunschkandidaten« der DVU, doch entscheidend sei etwas anderes: »Die Euro-Fanatiker, Europatümler, Todfeinde des deutschen Nationalstaats, Überfremdungsbefürworter und Berlin-Gegner Kohl und Lafontaine, die auch gegenüber der lawinenartig zunehmenden Arbeitslosigkeit total versagen, müssen verhindert werden.«

Über diese »obigen Punkte« solle ich nachdenken, bat mich Dr. Frey, und in den wenigen Tagen bis zur Wahl möglichst viele Mitbürger informieren. Er selbst werde mit seiner DVU 1998 in Niedersachsen gar nicht erst zur Wahl antreten, damit keine Stimme für Schröder verlorengehe.

Am Tag, nachdem der Abgeordnete Westerwelle im Reichstag proklamiert hatte, man solle dieses wunderbare Land nicht durch Bilder zerstören, stand in der »Süddeutschen Zeitung« einer von den vielen Berichten, die in diesem Land möglich sind: In dem kleinen Ort Waldsolms-Griedelbach drückte am 20. April ein Mann einem neunjährigen dunkelhäutigen Mädchen sein Messer an den Hals: »Soll ich dir die Kehle aufschneiden? Du gehörst nicht hierher. Geh heim in dein Land.

So was wie dich muß man vergasen!« Soweit das gewohnte Bild, das wir zusammen mit dem Abgeordneten Westerwelle nicht zulassen wollen.

Doch dann trat Westerwelles wunderbarer Rechtsstaat in Aktion. Der zuständige Dezernent der Staatsanwaltschaft Wetzlar machte »Gesicht zeigen«. Er teilte, so berichtete die »Süddeutsche«, dem Anwalt der Familie des Kindes mit, daß man dem Attentäter kein großes Forum bieten dürfe – er sei doch ein »ortsbekannter Rechtsradikaler«. Darum werde das Verfahren nach Zahlung von 300 Mark an das Technische Hilfswerk eingestellt. Im übrigen habe der Mann das Kind nicht bedroht, denn: »So was wie dich muß man vergasen« sei allenfalls eine Beleidigung. Eine Bedrohung wäre es erst gewesen, wenn der Mann gesagt hätte: »So was wie dich werde ich vergasen!«

Dazu aber fehlen ihm die einfachsten technischen Hilfsmittel: In der 735-Seelen-Gemeinde Waldsolms-Griedelbach gibt es keine Gaskammer. Und die 300 Mark für das »Technische Hilfswerk« muß nach der klaren Entscheidung der Staatsanwaltschaft Wetzlar nicht das Kind oder seine Familie zahlen, sondern der Mann mit dem Messer. Ein wunderbares Land.

---

* Etwaige KONKRET-Leser, die zusammen mit Schily den Extremismus bekämpfen möchten, können sich noch bis zum 31. Oktober 2000, 24 Uhr, unter Ausschluß des Rechtswegs per E-Mail pstsonn tagwolgast@bmi.bund.de beteiligen. Auf der Homepage werden bis dahin täglich die Höchstgebote bekannt gegeben

---

Otto Köhler schrieb in KONKRET10/2000 über den »Historiker« Bogdan Musial

Konkret 11/00, S. 32

Ralf Schröder

Staatsräson mit kurzen Beinen

Der Zentralrat der Juden und die Vertriebenen: Wenn der deutsche Kanzler zum Geburtstag gratuliert, biegen sich die Balken

Das Schäbigste an der Neuen Mitte ist, daß sie jeden zum Mitmachen nötigen möchte. Für dieses totalitäre Ansinnen stehen zwei Auftritte, die der Bundeskanzler im September aus Anlaß zweier Verbandsjubiläen absolvierte. Am 3. September feierten Funktionäre der Vertriebenenverbände den Tag der Heimat sowie den 50. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen (KONKRET 10/00). Am 21. September beging der Zentralrat der Juden in Deutschland sein fünfzigjähriges Bestehen. Gerhard Schröder hielt in beiden Fällen ein Referat. Präziser: Vor der Festversammlung des Zentralrats der Juden hielt er ein Referat, vor den Vertriebenen eine Rede. Dieser Unterschied ist nicht unwichtig.

In gewisser Weise hatte Schröder in beiden Fällen mit Randgruppen zu tun. Er weiß, daß viele seiner Untertanen Juden nicht mögen, und hat zum Beispiel Anfang September einer neuen Studie der Universität Potsdam entnehmen können, nur für 25,1 Prozent der männlichen Jugendlichen des Bundeslandes Brandenburg sei die Vorstellung erträglich, mit einem Juden befreundet zu sein. Die Studie hält auch fest, daß insbesondere jene Jugendlichen antisemitisch eingestellt sind, die ihr Leben für »stark fremdbestimmt« halten. Die Vertriebenen hingegen galten immer deshalb ein wenig als spleenige Randgruppe, weil man ihnen unterstellte, ihr Aufenthalt im deutschen Hoheitsgebiet sei nur vorübergehend und sie würden sich in die Sudeten, nach Wroclaw und Kaliningrad aufmachen, sobald die Umstände es erlaubten. Zu diesem Eindruck haben sie nach Kräften beigetragen.

Was der Bundeskanzler zu den Jahrestagen der Vertriebenen und der Juden wirklich sagte, erschließt sich vollständig erst in der Korrespondenz beider Texte. Der eine Text spricht nämlich über den anderen und der andere über den einen. Beide Texte halten zunächst fest, daß beide Gruppen – auf ihre Weise, versteht sich – recht energisch zum Erfolg Deutschlands beigetragen haben. Aus den Anfängen des Zentralrats der Juden, so Schröder, sei rasch *eine herausragende gesellschaftliche Institution erwachsen, die für die Pflege und das Ansehen der deutschen Demokratie im In- und Ausland unschätzbaren Wert hat*. Die Vertriebenen machten sich anderweitig nützlich: *Der Geist der Versöhnung hat die bedeutende Aufgabe der Integration der Vertriebenen ermöglicht. Gelingen konnte diese Eingliederung aber nur, weil die Vertriebenen ihre eigene Charta beim Wort nahmen und, ich zitiere, »durch harte, unermüdliche Arbeit« teilnahmen »am Wiederaufbau Deutschlands und Europas«.*

Jenseits der Lüge über die Gesinnung des rachsüchtigen Revanchistenmobs, der sich in den Vertriebenenverbänden sammelte, sprechen diese Glückwünsche in Habitus und Inhalt jeweils zielsicher das kollektive Empfinden des gewöhnlichen Deutschen an. Die Signalbegriffe lauten einerseits »Institution« andererseits »Arbeit« und »Wiederaufbau«. Institutionen sind für Deutsche abstrakt und anonym, etwas Sekundäres, das dem wirklichen Leben übergestülpt ist. Arbeit, »harte und unermüdliche« zumal, ist das Gegenteil: die Tat, das Schaffen, das Ursprüngliche, das Authentische. Hier macht dieser Kontrast auch den Unterschied zwischen Referat und Rede aus. Das Lob für den Zentralrat der Juden könnte durchaus einem Musterbuch für Jubiläumsfeiern verdienter öffentlicher Einrichtungen entstammen, in der Beschreibung der Verdienste hält es zum Angesprochenen jene Distanz, die zwischen Regierungsdirektoren und tüchtigen Sachbearbeitern üblich ist. Im Vergleich dazu ist der erdige Ton der Rede an die Vertriebenen fast schon als emphatisch zu bezeichnen.

Bei diesem Verhältnis zwischen Höflichkeit und Herzlichkeit bleibt es, wenn Schröder weitere Verdienste aufzählt. Der Zentralrat sei *stets ein wichtiger Impulsgeber für das gesellschaftliche Leben in der Gründungsphase der jungen Bundesrepublik gewesen*, habe *maßgeblichen Anteil am Aufbau einer stabilen und erfolgreichen Demokratie und an der Entwicklung einer toleranten Gesellschaft* und gleichzeitig immer *demokratisches Leben überhaupt gegen Widerstände verteidigt*. Das ist die Abstattung von Dank, Worte, die ebensogut fallen könnten, wenn der Bund der Steuerzahler Geburtstag hat. Anders klingt es, wenn der Kanzler Leuten auf die Schulter klopft, die er wirklich versteht: *Bereits zum Zeitpunkt der Verkündigung der Charta gab es in der Bundesrepublik 5.000 industrielle Betriebe, die Vertriebene und Zuwanderer gegründet hatten und in denen 200.000 Menschen Beschäftigung fanden. Respekt und Anerkennung verlangt auch der Beitrag der Vertriebenen zur Entwicklung moderner Industrien in vormals strukturschwachen ländlichen Regionen. Dank ihres Aufbauwillens und Unternehmensgeistes entstanden in manchen Bundesländern ganz neue Siedlungen und sogar Städte.* Und das, obwohl die Vertriebenen von den Russen bekanntlich um all ihr Hab und Gut gebracht worden waren. Man hört die Taschentücher rascheln.

Sanftes Lügen mit System: Nicht nur, daß niemand Wert auf die »Impulse« des Zentralrats legte, als unter maßgeblicher Beteiligung von Altnazi-Seilschaften die Gründung der BRD in Angriff genommen wurde. Das Lob, die Juden hätten beim Aufbau der real existierenden »toleranten Gesellschaft« entscheidend mitgeholfen, ist leise Drohung und subtiler Schuldspruch in einem. Der Zentralrat wäre dann selbst für eine Sorte von Toleranz haftbar, die – einer aktuellen Studie des Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrums zufolge – zwischen 1945 und 1999 ziemlich exakt 1.000 Mal zur Schändung

jüdischer Friedhöfe führte. Da daran kaum ein Deutscher ernstlich etwas auszusetzen hat, handelt es sich bei Schröders Rede von der »toleranten Gesellschaft« gleichzeitig um eine Präsentation der eigenen Leistungen, die dem Zentralrat der Juden die Rolle des Mediums aufnötigt.

Besonders intensiv ist die Korrespondenz der beiden Reden dort, wo es um die von Deutschen erlittenen und die von Deutschen begangenen Verbrechen geht. Auf der Feier des Zentralrats der Juden sagte Schröder: *Die Erinnerung wachzuhalten an die Verbrechen der Vergangenheit, die Menschen zu konfrontieren mit der Erfahrung von Rassenhaß und Völkermord – das gehört zu den Grundvoraussetzungen einer zivilen, freiheitlichen Gesellschaft.* Im weiteren Verlauf erwähnt werden die *Verbrechen der Deutschen unter dem Nationalsozialismus*, zweimal *die Verstrickung der Menschen in Rassenhaß und Völkermord*, dann die *Ungeheuerlichkeit der Verbrechen von Auschwitz*, der *Schrecken* und die Familie des – von Schröder zitierten – Rabbiners Nathan Peter Levinson, die *grausam aus der Stadt Berlin herausgerissen worden* sei.

Wesentlich anschaulicher hatte der Kanzler zuvor den Vertriebenen vorgerechnet, welchem Leid sie zum Opfer gefallen waren. *Damals, im August 1950, waren allein acht Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten, dem Sudetenland, Ungarn und Rumänien in den westlichen Besatzungszonen angekommen. Weitere vier Millionen hatten auf dem Gebiet der späteren DDR Zuflucht gesucht ... Viele von ihnen hatten innerhalb von Minuten ihre Wohnung verlassen müssen. Das wenige, was ihnen mitzunehmen erlaubt war, wurde ihnen auf der Flucht oftmals noch geraubt. Frauen wurden vergewaltigt. Zahlreiche Flüchtlinge starben auf dem Weg in den Westen. Die entkräfteten Menschen, die schließlich Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein erreichten, hatten nicht nur, wie so viele Deutsche, Hab und Gut verloren, sondern obendrein ihre Heimat ... Die Millionen Menschen, die damals in der jungen Bundesrepublik angekommen waren, litten nicht nur materielle Not. Man hatte ihnen auch die Perspektive genommen, bei sich zu Hause eine Zukunft aufbauen zu können ... Viele Flüchtlinge lebten unter schwierigsten materiellen Bedingungen in überfüllten Lagern. Viele waren arbeitslos oder unterqualifiziert beschäftigt. Viele Vertriebene saßen auf gepackten Koffern und hofften auf eine Rückkehr in die Heimat, deren endgültiger Verlust nicht vorstellbar erschien. Die Menschen kämpften mit ihren grauenvollen Erinnerungen an Krieg und Vertreibung, sie trauerten um die Toten, hofften auf Lebenszeichen von Vermißten und auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen.*

Während die Ausführlichkeit der letztzitierten Schilderungen Schröders tiefe Anteilnahme signalisieren soll, macht der Kontrast der Worte beider Reden – nicht nur da, wo es um Verbrechen und Opfer geht – mehr deutlich. Die ins Auge springenden Gegensätze in der Anrede, hier die Sinnlichkeit der gepackten Koffer, dort die Abstraktion der »Verbrechen von Auschwitz«, zeigen, daß hier die Personifizierung des durchschnittlichen und allgemeinen antisemitischen Ressentiments spricht. Die Worte an die beiden Kollektive spiegeln – je für sich, erst recht aber im Vergleich – ganz spontan die innersten Eigenschaften wider, die den Adressaten vom Redner zugerechnet werden. Sie spiegeln auch das allgemeine Verlangen nach Nähe und Abstand.

Das Motiv einschlägiger Zuschreibung setzt sich in der – mittlerweile gewohnheitsmäßig betriebenen – Gleichmachung der Angeredeten fort. Diese besteht darin, daß Schröder den Vertriebenen erklärt, auch sie seien *Opfer, und zwar in allererster Linie Opfer der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten und des Hitlerschen Aggressionskrieges ... Sie bezahlten, oft ohne persönliche Schuld auf sich geladen zu haben, für die historisch einzigartige Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten.* Auf dem Boden dieser historischen Gleichmachung bietet Schröder dem Zentralrat der Juden und den Vertriebenen auch für die Zukunft eine Mitarbeit am Projekt Deutschland an, mit verschiedenen Zuständigkeitsbereichen, versteht sich. Wenige Tage bevor sein Innenminister erneut lautstark über die Belastungen durch die Zuwanderung von Ausländern räsonieren und nach der »Integrationsfähigkeit« der Deutschen fragen würde, ermuntert der Kanzler die *Jüdischen Gemeinden* dazu, *ihren unermüdlichen Einsatz gegen jede Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, für wahre Menschlichkeit, unabhängig von Konfession und Hautfarbe,* fortzusetzen. Als verdeckte Zuschreibung dockt diese philantropische Aufwertung des mit bestem Recht betriebenen jüdischen Selbstschutzes unmittelbar an dem Ressentiment an, beim vaterlandslosen Juden sei die Zuständigkeit fürs Kosmopolitische bestens aufgehoben.

Der Vertriebene hingegen ist stärker spezialisiert. Deshalb fußen seine Zuständigkeiten auf der Gewißheit, *daß unser Land seine nationale Identität nur als »Kulturnation« finden konnte, wie es deutsche Denker seit Gottfried Herder immer wieder angeboten haben. Wir wissen heute besser denn je, daß Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien, daß Königsberg, Stettin, Breslau und Danzig wie auch das Sudentenland zu unserem historischen und kulturellen Erbe gehören, aber eben nicht zu unserem Staat.* Das macht aber nichts, denn bald, so tröstet Schröder, werden Polen, Tschechien und Ungarn Mitglieder der Europäischen Union sein. *Damit wird sich den Kindern und Enkeln der Vertriebenen auch die Möglichkeit eröffnen, sich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit an den Orten ihrer Eltern und Großeltern niederzulassen und dort am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben*.

Eine solch visionäre Verhöhnung kriegt nur die Neue Mitte hin: Während der völkische Vertriebenenpöbel, den Schmiß überschminkt und die Volkstracht ganz unten im Gepäck, als Vorhut der EU die verlorenen Ostgebiete ganz legal regermanisiert, kämpft der Zentralrat der Juden zwischen Flensburg und Passau gegen die völlige Regermanisierung Deutschlands. Schließlich hat er schon nach dem letzten Weltkrieg *erheblich dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik*

wieder in die Völker- und Staatengemeinschaft aufgenommen werden konnte. Jetzt soll er dazu beitragen, daß sie drinbleiben kann. Jedem das Seine.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 10/2000 über Rußlands freie Mafia-Wirtschaft

Konkret 11/00, S. 34

Christian Y. Schmidt

Ein rundum abhängiger Mann

Dem unaufhaltsamen Aufstieg des Joseph Fischer vom Cocktail bei Molotows zum Empfang bei Albright widmen sich zwei neue Bücher. Eines besser, das andere auch nicht ganz so schlecht

Vor der Bundestagswahl 1998 erschienen zwei Bücher, die sich mit dem Leben und der politischen Karriere Joschka Fischers beschäftigten. Das eine (*Joschka Fischer – Der Marsch durch die Illusionen*) stammt von Sibylle Krause-Burger, das andere von mir (*Wir sind die Wahnsinnigen – Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang*). Jetzt sind zwei weitere Bücher zum Thema herausgekommen. Das eine hat Jutta Ditfurth geschrieben, das andere der »Zeit«-Redakteur Michael Schwelien.

Schweliens Buch heißt schlicht *Joschka Fischer – Eine Karriere*. Es soll, so wirbt der Verlag, der offenbar von *Wir sind die Wahnsinnigen* nichts weiß, »die erste kritische Biographie« des heutigen deutschen Außenministers sein. Ihr Autor allerdings hat durchaus mein Buch gelesen, wenn es ihm auch nicht gefallen hat. Es kranke, schreibt er, »am wutschnaubenden Ton«.

Das hindert ihn aber nicht, von dem so gescholtenen Pamphlet einigen Gebrauch zu machen. Zumindest in den Kapiteln, die sich mit Fischers spontirevolutionärer Vergangenheit in Frankfurt beschäftigen, liest sich manch Abschnitt wie eine Paraphrase meines Buches und finden sich eine Reihe von mir erstmals präsentierter, eher entlegener Zitate. Einen Hinweis auf die Quelle jedoch sucht man vergebens.

Schwelien mag dem entgegenhalten, daß er bei seiner Recherche zwangsläufig auf dieselben Dokumente gestoßen sei wie ich und daß die Ähnlichkeit bestimmter Passagen deshalb ebenso zwangsläufig sei; allein, das ist anhand eines Beispiels leicht zu widerlegen:

»Am Sonntag, dem 9. Mai«, schreibt Schwelien, »war Ulrike Meinhof in ihrer Gefängniszelle in Köln-Ossendorf tot aufgefunden worden, sie hatte sich erhängt.«

Bei mir geht der Satz so:

»Den Anlaß (für die Demonstration) lieferte der Tod von Ulrike Meinhof, die am 9. Mai 1976, einem Sonntag, in ihrer Zelle im Gefängnis Köln-Ossendorf erhängt aufgefunden wurde.«

Kein Beweis? Nun ja: Ulrike Meinhof saß nach ihrer Festnahme zwar einige Zeit im »Toten Trakt« der Haftanstalt Köln-Ossendorf, wurde aber bereits am 28. April 1974 von dort nach Stuttgart-Stammheim verlegt. Hier wurde sie auch erhängt aufgefunden. Deshalb ist in keinem einzigen Dokument, Text oder Buch zum Tod von Ulrike Meinhof davon die Rede, daß sie in Köln-Ossendorf gestorben sei – außer eben bei mir. Ich habe mich damals nicht wenig über diesen Flüchtigkeitsfehler geärgert, der, obzwar von keinem Rezensenten bemerkt, wohl der gravierendste ist, der sich in *Wir sind die Wahnsinnigen* findet (und der in der Taschenbuchausgabe längst korrigiert wurde). Daß Schwelien ausgerechnet diesen einen Fehler kopiert hat, amüsiert mich denn aber doch. Künstlerpech.

Wie kritisch aber ist nun Schweliens »erste kritische« Fischer-Biographie? Die Antwort darauf lautet: ziemlich unterschiedlich. Betrachtet man zum Beispiel den Lebensabschnitt, in dem sich Fischer als militanter Linksradikaler betätigte, so geht Schwelien sehr milde damit um. Zwar stützt sich der Autor, wie gesagt, hier auch wesentlich auf die Ergebnisse meines Buches und kann deshalb seinen Lesern bestimmte, mittlerweile einigermaßen verbreitete Fakten nicht vorenthalten, wirklich Brisantes aber wird von ihm umgedeutet oder weggelassen.

So fehlt zum Beispiel Fischers ganz konkrete Verwicklung in die militante Demonstration anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof, die zu seiner vorübergehenden Inhaftierung führte. Darüber schwer erschrocken, schwor der wilde Sponti nur wenige Wochen später auf einem Antirepressionskongreß in Frankfurt öffentlich der Gewalt ab. Eben diesen – von mir präzise belegten – kausalen Zusammenhang mag Schwelien nicht sehen, sondern führt Fischers Sinneswandel im wesentlichen auf eine Diskussion mit Mitgliedern des linkssozialdemokratischen Sozialistischen Büros (SB) zurück. Das SB, das besagten Kongreß Pfingsten 1976 veranstaltete, habe dem damaligen Sponti mit RAF-Sympathien so lange ins militante Gewissen geredet, bis dieser schließlich das Falsche seiner Position eingesehen und die SB-Argumente in seiner Rede wenigstens teilweise aufgegriffen habe.

Daß Schwelien die Sache so darstellt, hat allerdings seinen Grund. War er doch selbst in den siebziger Jahren Mitglied des SB in Frankfurt und kann sich auf diese Weise als einer präsentieren, der damals schon der Klügere war. Immerhin: Schwelien kennt aus jener Zeit nicht nur Fischer persönlich, sondern sich auch sonst im linken Milieu Frankfurts recht gut aus. So hat er denn in seinem Buch viel Atmosphärisches und Anekdotisches aus dieser Szene zusammengetragen, doch wirklich Neues, eventuell gar Material, das dem deutschen Außenminister heute mehr als nur unangenehm sein könnte, fehlt.

Etwas anders verhält es sich mit den (umfangreicheren) Teilen des Buches, in denen sich der Autor dem aktuellen Fischer widmet. Wie zum Beispiel Joschka Fischer an seinem Bild in den Medien arbeitet, gezielt Informationen und Indiskretionen verbreitet und sich eine ganze Anzahl ihm genehmer Journalisten hält, hat man vielleicht geahnt und im Einzelfall gar gewußt, so schön zusammengefaßt und deutlich lesen konnte man es bisher jedoch noch nirgends. Und auch das Kapitel, das Fischers Rolle im Kosovo-Krieg beleuchtet, ist zu den besseren zu zählen. Hier referiert der Autor ausführlich die wahren Hintergründe des »Massakers« von Racak, stellt fest, daß man in Rambouillet bloß »Scheinverhandlungen« führte, und zieht die Existenz des »Hufeisenplans« in Zweifel. Dabei stützt er sich hauptsächlich auf Heinz Loquai, der mehrmals zitiert wird.

Schwelien kann aber auch hin und wieder mit eigenen Recherchen dienen, und dann ist sein Buch wirklich aufschlußreich. So berichtet er, daß Fischer im Vorfeld des Kosovo-Krieges zu Madeleine Albright gesagt habe (wobei er sich auf den Mitarbeiter des State Departments Ron Asmus beruft): »Wir beide sind den aus dem Kosovo vertriebenen Albanern besonders verpflichtet, weil wir beide Opfer ›ethnischer Bereinigungen‹ waren.«

Fischer spielt hier darauf an, daß seine donauschwäbischen Eltern 1946 Ungarn verlassen mußten. Der Satz aber ist selbst für Fischers Verhältnisse ungeheuerlich, weil er damit das Schicksal der jüdischen Familie Albrights, die aus Prag vor den Nazis nach England floh, mit den Nachkriegsvertreibungen von Deutschen aus Osteuropa gleichsetzt. Und das, obwohl »die Eltern von Joschka Fischer nicht so ganz unschuldig an ihrer Vertreibung gewesen« seien, wie Schwelien aufgrund eines Zeugenberichts vermutet.

Ebenso interessant ist die Information, daß Fischer im Kosovo-Krieg unter den europäischen Außenministern zu den Hardlinern zählte. Wenn der italienische Außenminister Dini gegenüber Frau Albright »mal wieder für Deeskalation plädierte, rief sie erst einmal Fischer und Cook an, damit diese vorab auf den Italiener einwirkten«. Und der ehemalige Pressesprecher von Albright, James Rubin, wird mit den Worten zitiert: »Er (Fischer) war eine entscheidende Kraft beim Angriff auf Jugoslawien.« Wie der Autor bei solchen Belegen auf die Idee kommt, Fischer sei bloß »in den Krieg geschlittert« und keinesfalls ein Kriegstreiber, scheint da auf den ersten Blick rätselhaft.

Ist es aber nicht. Schwelien will nämlich in den Kosovo-Kapiteln seines Buches hauptsächlich beweisen, daß die Amerikaner die wirklichen Kriegstreiber waren. Deshalb lautet sein eigentlicher Vorwurf an Fischer auch nicht, daß er den Krieg geführt hat, sondern daß er sich »dem Marschbefehl aus Washington« beugte, aus »Vasallentreue zu den Amerikanern«. Die Politik Hans-Dietrich Genschers dagegen, der mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens erst die Voraussetzung für die weiteren blutigen Sezessionen auf dem Balkan schuf, beurteilt Schwelien durchaus positiv: »Er sah die Wirklichkeit – und schritt mutig voran.«

Die Hauptkritik an Joschka Fischer in Schweliens kritischer Biographie lautet demnach auch folgerichtig, daß der Außenminister gegenüber den USA die Interessen Deutschlands grundsätzlich nicht energisch genug vertritt (»Der außenpolitische Freiraum Deutschlands ist kleiner geworden, weil Fischer nicht mehr wagt, den Bündnispartner auch einmal vor den Kopf zu stoßen«). Doch wie sollte er auch? Nach Schweliens Meinung ist Fischer »ein Politiker amerikanischen Typs«, also irgendwie sowieso kein echter Deutscher. Und es scheint, als habe er nur deshalb so viel Kritisches über ihn geschrieben.

Einem solchen Engagement für die deutsche Nation steht Jutta Ditfurth bekanntlich fern, und allein deshalb hat sie das bessere Buch über Fischer geschrieben – auch wenn der im Titel gar nicht vorkommt. *Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung* heißt es und zerfällt, wenn man es recht liest, in mehrere Bücher.

Zunächst einmal ist es ein Buch, das nicht nur die Geschichte der linken Opposition in der Bundesrepublik von der Wiederbewaffnung über die Apo bis zum deutschen Herbst recht detailliert nachzeichnet, sondern dazu noch einen kurzen Abriß der internationalen revolutionären Bewegungen seit Ende der sechziger Jahre liefert. Sodann ist es eins über die Anti-AKW-Bewegung, die Vor- und Gründungsgeschichte der grünen Partei, wobei die Parlamentarismusdiskussionen Ende der Siebziger und die diversen grünen Gründungskonferenzen ausführlich abgehandelt werden. Man kann aber Ditfurths Buch auch als ein biographisches Lexikon lesen; in den meisten Kapiteln streut die Autorin Kurzbiographien der unterschiedlichsten grünen Funktionsträger ein, von Udo Knapp über Petra Kelly bis zu Lukas Beckmann.

In erster Linie aber ist das Buch eins über Joschka Fischer. Dabei spart nun Jutta Ditfurth kein Detail aus dessen politischer Entwicklung aus. Sie zeigt, wie sich seine »Kadertruppe« zunächst im hessischen Landesverband der Grünen an die Macht putschte, dann auf Bundesebene, und demonstriert schließlich »am Beispiel von Joseph Fischer sowie seiner Gang«, wie die Grünen zur »Pro-Atom-Partei« wurden. Auch hier kann der aufmerksame Leser vieles entdecken, was bereits in *Wir sind die Wahnsinnigen* so ähnlich steht. In Ditfurths Buch geht das jedoch in Ordnung. Penibel weist die Autorin ihre Quellen nach.

Allerdings: Wer *Wir sind die Wahnsinnigen* gelesen hat, erfährt in *Das waren die Grünen* kaum grundlegend Neues – dafür aber sehr viel mehr. Ditfurth hat in ihrem Buch eine unglaubliche Fülle von Material verarbeitet, allein der knapp fünfzigseitige Anhang mit 851 Anmerkungen belegt das. Doch diese Gründlichkeit des Buches ist zugleich seine

Schwäche. Zu oft hält sich die leidenschaftliche Enzyklopädistin mit Details auf, etwa wenn sie gleich seitenweise die gesammelten Umweltschweinereien der letzten Jahre auflistet, vom geplanten »Riesenflieger A3XX« bis hin zum Verkauf der Berliner Wasserbetriebe. Auch daß sie in dem Buch noch einmal eingehend eine Reihe der Themen präsentiert, mit denen sie sich in den letzten Jahren an anderer Stelle beschäftigt hat – zum Beispiel dem esoterischen Flügel bei den Grünen – , trägt nicht unbedingt zu seiner Lesbarkeit bei.

Und nicht zuletzt der Stil. An vielen Stellen wirkt das Buch wie diktiert. Längeren Erörterungen folgt ohne ersichtlichen Grund eine Garbe von Stakkato-Sätzen, und inmitten angenehm sachlicher Analysen finden sich plötzlich Formulierungen, die vor Pathos vibrieren. Von grammatikalischen Patzern soll lieber ganz geschwiegen werden. Bevor es aber kleinlich wird: Alles in allem ist *Das waren die Grünen* als Antidot gegen die kollektive Amnesie zu empfehlen, und als Nachhilfeunterricht für die Nachgeborenen auch.

»Die Menschen sind wie aus Papier«, dieses Zitat aus Dostojewskis »Dämonen« hatte ich *Wir sind die Wahnsinnigen* vorangestellt. Der Satz sollte nicht einfach nur Joschka Fischers Opportunismus illustrieren, sondern auch darauf verweisen, daß ein radikal substanzloser Mensch wie Fischer festumrissen nur als Papier- bzw. Medienprodukt existiert. Eine Zeitlang las und hörte die deutsche Öffentlichkeit nur Hocherfreuliches über dieses amorphe Wesen, und das aus ganz bestimmten Gründen. Das Bild beginnt sich nun langsam zu wandeln, die beiden Bücher sind nur *ein* Beleg dafür. Doch sehr wahrscheinlich ist dieser Prozeß noch nicht zu Ende. Jutta Ditfurth bemerkt ganz richtig: »Der deutsche Außenminister ist ein rundum abhängiger Mann. Die einen wissen um seine Vergangenheit, die anderen um seine Unkenntnis, seine Fehlentscheidungen und seine diplomatischen Fehltritte – kämen solche Informationen an die Öffentlichkeit, wäre es bald um Fischer geschehen.«

Warten wir also weiter gelassen (oder, je nach Temperament, auch wutschnaubend) auf ein Buch, das genau diese Informationen enthält. Bis dahin aber: Kein weiteres ernsthaftes Wort über Joschka Fischer. Jedenfalls nicht von mir.

Christian Y. Schmidt schrieb in Literatur Konkret 2000 über Viktor Pelewins »Generation P«

Konkret 11/00, S. 36

ARiC Berlin e.V.

Fette Juden, Neger und andere Verbrecher

Ein deutsches Alphabet

A *Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen **A**meise Asyl gewähren.*

Horst Niggemeyer, SPD, ehemaliger Bürgermeister von Datteln (NRW)

B *Die **B**uschtrommeln werden in Afrika signalisieren – kommt nicht nach Baden- Württemberg, dort müßt ihr ins Lager.*

Lothar Späth, CDU, als Ministerpräsident Baden-Württembergs zur Errichtung der ersten Sammellager für Flüchtlinge

*Die Grenzen der **B**elastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten.*

Otto Schily, SPD, Bundesminister des Inneren

Schily hat nur ausgesprochen, was jeder vernünftige Mensch in Deutschland seit 20 Jahren weiß.

Rolf Schlierer, Vorsitzender der »Republikaner«

C *Schönhuber vertritt weithin **C**SU-Positionen, gerade im Bereich der Ausländerpolitik. Der eigentliche Imitator heißt also Schönhuber.*

Max Streibel, CSU, als bayerischer Ministerpräsident

D *Das Bekenntnis zum **D**eutschtum gehört ebenso dazu (zur Anerkennung als Spätaussiedler) wie die Beherrschung der deutschen*

Sprache.

Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef

*Die Pläne der Bonner Koalition stellen eine einschneidende Veränderung des gegenwärtigen Staatsangehörigkeitsrechts dar. Sie werden die Identität und Homogenität des **d**eutschen Staatsvolkes gravierend verändern.*

Roland Gewalt, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

E *Deutschland ist kein **E**inwanderungsland und braucht daher auch kein Einwanderungsgesetz.*

Edmund Stoiber, CSU, als bayerischer Innenminister auf dem CSU-Parteitag im November 1992

F *Viele Ausländer halten sich lieber in deutschen Strafanstalten auf als in ihrem Heimatland in **F**reiheit.*

Junge Union, Bayern

G *Wer unser **G**astrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell.*

Gerhard Schröder, SPD, als niedersächsischer Ministerpräsident

*Nach Öffnung der **G**renzen kam auch viel Abschaum, Kriminalität in die Stadt – von China über Rußland, Rumänien ... Ich bin dankbar, daß der Senat jetzt intensiv gegen die Verslumung Berlins vorgeht ... Es ist nun einmal so, daß dort, wo Müll ist, Ratten sind, und daß dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muß in der Stadt beseitigt werden.*

Klaus Landowsky, ehem. CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus

H *Wer nicht pariert, der gehört gegebenenfalls gefesselt oder geknebelt, bis er den Zielort erreicht. Die **H**umanitätsduselei Menschen gegenüber, die diesen Staat ausbeuten, muß einfach ein Ende haben.*

Hans-Jürgen Irmer, bildungspolitischer Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion

*Wir müssen die **H**omogenität des deutschen Volkes wiederherstellen.*

Edmund Stoiber, CSU, bayerischer Ministerpräsident

I *Die ungeregelte Zuwanderung von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und illegalen Einwanderern belastet die Sozialsysteme und die **I**ntegrationsfähigkeit der Gesellschaft.*

Dieter Hundt, Präsident des Bundesverbands der Arbeitgeber

*Ein **I**ndividualrecht (auf Asyl) können wir im Hinblick auf die damit verbundenen Probleme nicht mehr gewähren.*

Walter Döring, stellvertretender FDP-Vorsitzender

J *Polen und **J**uden sind die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers.*

Heinrich Basilius Streithofen, Dominikanerpater und Berater von Helmut Kohl

*1997 verbot das Landesarbeitsgericht von Schleswig-Holstein der Stadt Lübeck die fristlose Entlassung eines Hafenkapitäns, der gesagt hatte, »daß es so viele fette **J**uden gar nicht gegeben haben kann, wie sie umgebracht haben sollen«. Der Mann sei weiterzubeschäftigen, da eine Störung des Betriebsfriedens nur vorliege, wenn sich »eine erhebliche Zahl« von Arbeitnehmern empört zeige. Die Mehrheit sei nicht empört gewesen.*

K *Die bekannten multikulturellen oder multinationalen Gesellschaften sind in der Regel **K**onfliktgesellschaften. Wenn man es vereinfacht sagt, läßt sich eine homogene Staatsbevölkerung leichter regieren.*

Heinrich Lummer, CDU, ehemaliger Berliner Innensenator

L *Wir wollen nicht, daß sich hier **L**ebensformen etablieren, die nicht deutsche sind, wo man nicht unsere Bräuche pflegt.*

Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef

M *Wir wollen keine identitätslose **M**ultikultur – wer nach Berlin kommt, soll Deutschland vorfinden.*

Thesenpapier für den 13. Landesparteitag der Berliner CDU, 1997

N *Bis ins letzte **N**egerdorf in Afrika muß das Signal von der ersatzlosen Streichung des Asylgrundrechts zu hören sein.*

Christian Käs, Rechtsanwalt, Vorsitzender der »Republikaner« in Baden-Württemberg

*Die Identität der Bundesrepublik Deutschland als **N**ationalstaat der Deutschen darf nicht zur Disposition stehen.*

Jörg Schönbohm, CDU, als Berliner Innensenator

*Der Bedarf an menschlichem **N**achschub ist gedeckt.*

Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef

O *Die haben die Schnauze voll von der laxen Freizeitgesellschaft, die wollen Zucht und **O**rdnung ... Die CDU hat nicht das Kreuz gehabt, sich deutlicher zu den Ausländern zu äußern.*

Harald Lastovka, CDU, Oberbürgermeister von Stralsund, angesichts einer NPD-Demonstration

P *Ist der illegale Immigrant erst einmal an der Grenze angelangt, hat die **P**rävention versagt.*

August Hanning, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND)

Q *Es gibt heute schon **Q**uartiere, die so sind, daß man sagen kann: Dort befindet man sich nicht in Deutschland.*

Jörg Schönbohm, CDU, als Berliner Innensenator

R *Man muß mit aller Kraft des wehrhaften **R**echtsstaats gegen die massive Ausländerkriminalität antreten.*

Manfred Kanther, CDU, als Bundesminister des Inneren

S *Es muß einen Vorrang geben für Leute, die unserem **S**ozialsystem nützen, vor jenen, die es ausnutzen oder zumindest belasten.*

Günther Beckstein, CSU, bayerischer Innenminister

T *Die doppelte Staatsbürgerschaft wird die Sicherheitslage mehr gefährden als die **T**erroraktionen der RAF in den siebziger und achtziger Jahren.*

Edmund Stoiber, CSU, bayerischer Ministerpräsident

U *Mit großer Sorge beobachten wir*

*die **U**nterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur, unseres Volkstums ...*

Heidelberger Manifest 1981, unterzeichnet von elf Professoren

V *Ich habe keinerlei Mitleid, wenn im heimatlichen Kulturkreis einsitzende **V**erbrecher bei der Arbeit Ketten an den Füßen tragen müssen.*

Volker Schimpf, CDU, Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses des sächsischen Landtags

*Jeder Mann begeht biologischen **V**errat, wenn er eine Partnerin fremder Rasse heiratet und Kinder anderer Rassen adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt, so daß dadurch die Bastardisierung hier gefördert wird.*

Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.

W *Jedes Jahr kommen etwa 100.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Davon sind nur drei Prozent asylwürdig. Der Rest sind **W**irtschaftsflüchtlinge. Da darf man wohl die Frage stellen, ob unser System besonders effizient ist.*

Otto Schily, SPD, Bundesminister des Inneren

*Diplomaten, Politiker und vor allem Geschäftsleute, Unternehmer und Wissenschaftler aus allen Ländern der Welt sind bei uns herzlich **w**illkommen.*

Thesenpapier für den 13. Landesparteitag der Berliner CDU, 1997

X *So manifestiert sich die Fremdenscheu (**X**enophobie) bereits sehr früh in der Kindesentwicklung und in allen Kulturen, die wir kennen, in prinzipiell gleicher Weise.*

Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Verhaltensforscher

Z *Nur wenn überall bekannt ist, daß der Versuch, unerkannt über die Grenze zu gelangen, mit großen Risiken verbunden ist und ein unberechtigter Aufenthalt in Deutschland eine schnelles Ende findet, wird es möglich sein, illegale **Z**uwanderung zu stoppen.*

Manfred Kanther CDU, als Bundesminister des Inneren

Die Zitate wurden gesammelt vom Antirassistisch-interkulturellen Informationszentrum ARiC Berlin e.V.

Konkret 11/00, S. 38

Samuel Salzborn

Deutsche zuerst

Weil Rechtsextremismus eine Frage des Glaubens ist, hat der Bund der Vertriebenen ein Glaubensbekenntnis abgelegt: Er glaubt, daß nicht, und es wird ihm geglaubt

Nie, erklärt der Bund der Vertriebenen (BdV), habe er Affinitäten zu »Extremismus und antidemokratischer Haltung« gehabt. Man habe, sagt seine Präsidentin Erika Steinbach (CDU), den Versuchen von rechter Seite, den Verband zu »unterwandern«, einen »Riegel« vorgeschoben. »Extremistisches Gedankengut« habe zu keinem Zeitpunkt im BdV »Fuß fassen« können. Die »Frankfurter Rundschau« lobte sogleich die »neuen Töne«, die »Welt« einen »klaren Trennungsstrich zu rechtsextremistischen Bestrebungen«.

Ganz zufällig war der Zeitpunkt des Bekenntnisses nicht. Die Diskussion über den Rechtsextremismus hatte alle Organisationen im politischen Spektrum zwischen Rechtskonservatismus und Nationalliberalismus in Gefahr gebracht, Gegenstand eines unerfreulichen öffentlichen Interesses zu werden. Der Bund der Vertriebenen erhält jährlich erhebliche Summen aus dem Bundeshaushalt – Beträge zwischen zwei und vier Millionen Mark an institutioneller Förderung waren in den zurückliegenden zehn Jahren üblich, Projektmittel in Millionenhöhe kamen hinzu. Bevor der Verband selber in Verdacht geriet, schob er schnell einen Riegel vor. Vor den Verdacht.

Die Methode ist so neu nicht. 1993 beispielsweise hatte der damalige BdV-Präsident Herbert Czaja versucht, Polen dazu zu bringen, einen »Schlußstrich unter die offenen und verdeckten Versuche zur Ausgrenzung« der Vertriebenenverbände zu ziehen und den Weg frei zu machen für die aktive Ausgestaltung einer »sinnvollen deutschen europäischen Politik«. Die Strategie zur Realisierung dieses Ziels seinerzeit: Der BdV ist so generös, »auch über Untaten Deutscher« während des Nationalsozialismus sprechen zu wollen: »Dabei gilt es, sich auf beiden Seiten von Kollektivschuldbehauptungen gegen die gesamte andere Nation zu distanzieren, auch dann, wenn die Wogen der Gegensätze des Hasses, der Angst, der Überheblichkeit in der Kriegs- und Nachkriegszeit viele erfaßt haben.«

Czaja, der von 1943 bis 1945 als Soldat der deutschen Wehrmacht am Krieg teilgenommen, 1937 aktiv im nazistischen Deutschen Verband zur nationalen Befreiung Europas mitgewirkt und 1939 als Beamter der nationalsozialistischen Besatzungsbehörde im okkupierten Polen gearbeitet hatte, wollte über »Untaten Deutscher« und nicht über deutsche Untaten oder gar deutsche Verbrechen sprechen, über Einzelfälle halt, die es aber eigentlich auch nicht gab – wie den Theodor Oberländer, diese »Symbolfigur für die Ewiggestrigen« (»Spiegel«) und »notorischen Altnazi« (Götz Aly), dem Czajas Verband 1994 seine höchste Auszeichnung verlieh: die »Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht«.

Oberländer war bereits am 9. November 1923 mit Hitler zur Feldherrnhalle marschiert. Er war Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, Gauamtsleiter der NSDAP, SA-Führer, Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), Mitglied des Vorstandes bzw. Beirates der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft gewesen. Er hatte im damaligen Königsberg am Institut für Osteuropäische Wirtschaft, dessen Leitung er Anfang März 1933 übernahm, die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik »wissenschaftlich« vorbereitet. Er forderte die »Reinerhaltung der Rasse« und daß die »Eindeutschung der Ostgebiete« in jedem Fall »eine restlose« sein müsse. Am Angriff auf die Sowjetunion nahm er mit seinem Bataillon »Nachtigall« (als politischer Berater und beaufsichtigender Offizier) teil, dessen Angehörige an Massakern an Juden beteiligt waren. Über Oberländer hieß es im BdV-Organ »Deutscher Ostdienst«, daß »sein Wirken und seine Haltung in politisch sehr bewegten Epochen« unserer Zeit »uns Anhalt und Vorbild« sein sollten.

Eine vergleichbare Vorbildfunktion nehmen dieser Lesart folgend die Vertriebenenfunktionäre der ersten Stunde ein: zum Beispiel der erste BdV-Präsident Hans Krüger, der vor 1945 unter anderem Mitglied der NSDAP, des NS-Studentenbundes, des VDA und des Bundes Deutscher Osten gewesen ist. Er war als NSDAP-Ortsgruppenleiter und Oberamtsrichter beim Amtsgericht im polnischen Chojnice tätig und wurde 1942 an das dort gebildete Sondergericht berufen. Oder Alfred Gille, von 1952 bis 1966 Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der vormals Mitglied der NSDAP-Gauleitung von Ostpreußen und von 1928 bis 1945 Bürgermeister der Stadt Gizycko im ehemaligen Ostpreußen gewesen ist. Oder Otto Ulitz, langjähriger Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, der für seine Beteiligung an der Vorbereitung des fingierten Überfalls auf den »Sender Gleiwitz« mit dem Goldenen Ehrenzeichen der NSDAP ausgezeichnet worden war. Oder der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (1968 bis 1982), Walter Becher, der als Redakteur des NS-Gauorgans »Die Zeit« im Reichsgau Sudetenland tätig war. Oder der langjährige BdV-Vizepräsident Rudolf Wollner, ab 1941 Kriegsfreiwilliger der Waffen-SS, der heute als »Urgestein der Vertriebenen« und »Symbolfigur« gilt und kürzlich Ehrenvorsitzender des BdV-Landesverbandes Hessen wurde.

Völkische Traditionspflege steht bei den Vertriebenenverbänden hoch im Kurs – nicht nur personell. Ohne die identitätsstiftende, regressive Traditionsarbeit (Volkstänze, Bräuche, Mundarten, Trachtenshows) wäre der Zusammenhalt der Vertriebenenverbände nicht bis in die Gegenwart zu organisieren gewesen. Im Zentrum des völkischen Ansinnens steht der Kampf um das »Recht auf die Heimat«, wobei in den letzten Jahren völkisch-partikularistische Modelle den früher gängigen staatlich-expansionistischen vorgezogen werden.

Im »WitikoBrief«, dem internen Mitteilungsblatt des Witikobundes, war bereits vor einigen Jahren die Parole ausgegeben worden, für »unsere in den Oder-Neiße-Gebieten und im Sudetenland verbliebenen Landsleute« ein Volksgruppenrecht zu fordern, das »den dortigen Deutschen in ihrer Gesamtheit deutsch zu bleiben ermöglicht« und das »Autonomieregelungen für solche Gebiete vorsieht, wo sie einen wesentlich mitbestimmenden Faktor darstellen wie etwa in Oberschlesien«. Ferner solle man »öffentlich dafür eintreten, daß die Rußland- und Kasachstan-Deutschen nicht hinter der Wolga, sondern in Nordostpreußen ihre künftige Heimat« bekommen.

Die »Vertriebenen« sollten dabei trotz »aller Hoffnungslosigkeit im Augenblick« die »europäische Karte« im Auge behalten: »Je stärker sich Europa in Zukunft politisch integriert, desto stärker werden als Ausgleich zum zentralen Regiment die Regionalisierungstendenzen.« In der Konsequenz würde sich »mehr und mehr« das Bewußtsein bilden, daß es »bestimmte Volksgruppen gibt, die sich vom jeweiligen Mehrheitsvolk« unterscheiden. Das »Problem deutscher Volksgruppen« werde dann nicht mehr nur »ein spezifisches Problem des deutschen Staates und deutscher Menschen« sein, sondern ein europäisches, dem man sich »zusammen mit europäischen Partnern – mit Basken, Bretonen, Sarden, Aostanern, Szeklern usw. – widmen« könne. »Auf die Dauer gesehen ist hier wirklich etwas drin.«

Schon Herbert Czaja hatte die »Nachklänge der Auffassungen von Nation und Staat« bedauert, wie sie sich seit der Französischen Revolution entwickelt hätten, denn diese »etatistisch-zentralistische Staatsphilosophie« habe dazu geführt, daß in Europa »alle zahlenmäßigen Minderheiten« zur »Assimilation geleitet« werden würden. Das BdV-Organ »Deutscher Ostdienst« stand seinem Präsidenten argumentativ zur Seite: »Bedenklich stimmt, daß der Nationalstaats- und zivilisatorische Nationsbegriff bei einem großen Teil unserer Politiker und unserer Bevölkerung fast selbstverständlich geworden ist. Für Herder war das Volk der höchste Wertbegriff. Alle Lebensbereiche, Sprachentwicklung, Musik usw. sind für ihn spezifische Äußerungen eines Volkes. Jeder Mensch ist Glied seines Volkes, und jedes Volk hat innerhalb des göttlichen Schöpfungsplanes seine Funktion zu erfüllen.«

Daß das deutsche Volk für den BdV bis heute der höchste Wertbegriff geblieben ist, hat jüngst BdV-Präsidentin Steinbach hinausposaunt, als sie erklärte, mit der ersten Strophe des Deutschlandliedes (»Deutschland, Deutschland über alles ...«) »keine Probleme« zu haben, auch nicht mit deren öffentlichem Absingen.

Zum deutschen Volk gehören nach Auffassung der Vertriebenenverbände natürlich nicht nur Sachsen, Bayern und Rheinländer. Sondern selbstverständlich auch Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche und Siebenbürger Sachsen: »Ein Siebenbürger Sachse ist eben kein Rumäne und ein deutscher Oberschlesier kein Pole!«, lautet folgerichtig das Statement des BdV in dieser Frage. Was nach völkischen Kriterien stimmig sein mag, ist es nach rechtlichen noch lange nicht: Ein Großteil der deutschen Umsiedler, wie auch der späteren »Heimatverbliebenen« – so der BdV-Terminus für die »deutschen Minderheiten« im Ausland – , hatte sehr wohl die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Wohnsitzstaates und war damit staatsrechtlich nicht Deutscher – zumindest bis zu dem Zeitpunkt, als die Nazis in die jeweiligen Staaten einmarschierten und aus den »Volksdeutschen« Deutsche machten oder diese »heim ins Reich« umsiedelten.

Und nach Ende des Zweiten Weltkrieges war auch erst wieder politische und definitorische Schwerstarbeit zu leisten, bis schließlich nicht nur die Vertriebenenverbände, sondern auch das Bundesverfassungsgericht 1975 die These vertrat, die nach völkischen Kriterien als solche klassifizierten Deutschen im Ausland hätten ihre deutsche Staatsangehörigkeit nie verloren und seien also Deutsche.

So hingebungsvoll die Vertriebenenverbände die Rechte der Deutschen noch im hintersten Winkel Osteuropas reklamieren, so kaltschnäuzig begegnen sie Nichtdeutschen in Deutschland. Im Frühjahr 1989 erklärte der BdV, daß dem »massenhaften Zustrom von Ausländern« ein – was wohl? – »Riegel vorgeschoben werden« müsse. Vom »Wohlstand und einer blühenden Wirtschaft angelockt«, mißbrauchten die Ausländer »unser Asylrecht«. Eine »unklare Rechts- und Ordnungslage« lasse sie ihre »unter falschem Vorwand erzwungene Einreise« auf einen »jahrelangen Aufenthalt ausdehnen«. Das koste »den Steuerzahler Milliarden«, die »die Bevölkerung nicht länger aufzubringen bereit« sei. Der BdV sei »in Sorge«, daß der »begründete Unmut und Vorbehalt der Bevölkerung gegenüber Schein-Asylanten letztlich auch deutsche Aussiedler bitter treffen« könne.

Glücklicherweise gibt es aber zur Ordnung der Welt den »göttlichen Schöpfungsplan«, der jedem Volk seinen Platz zugewiesen habe. Und welcher es für die Deutschen sein darf, beantwortet die erste Strophe des Deutschlandliedes – mit der BdV-Präsidentin Steinbach wie gesagt »keine Probleme« hat – eindeutig. Da nimmt es kaum Wunder, daß auch die »Ostdeutschen« (was sich keineswegs auf die ehemalige DDR, sondern auf jenseits der heutigen Grenze der Bundesrepublik liegende Territorien nichtdeutscher Staaten bezieht) einen ganz besonderen Platz einnehmen wollen. So

vergeht kaum eine Ausgabe der zahlreichen Publikationsorgane der Vertriebenenverbände ohne die Lobpreisung der Leistungen der »Ostdeutschen«, ihrer Traditionen und ihrer »kulturellen Eigenarten und Fähigkeiten«, die laut BdV-Organ »Deutscher Ostdienst« als »einigende Gemeinsamkeiten« zu verstehen sind. Erfreuen sich die Ostpreußen beispielsweise Immanuel Kants oder Johann Gottfried von Herders, feiern die Schlesier Gerhart Hauptmann – jeweils verstanden als »spezifische Äußerungen eines Volkes«.

Ihre Spezifika erhalten diese Volksäußerungen durch ihre aus dem vorgesellschaftlichen, quasi-natürlichen Bereich stammende Verknüpfung der geographischen Region mit einer politischen oder kulturellen Identität der in dieser verorteten Menschen. Auf welche Weise diese Verknüpfung erklärt wird, spielt in den Vertriebenenverbänden eine untergeordnete Rolle – solange die Annahme einer grundsätzlichen Differenz von Menschengruppen bestehen bleibt. Denn sowohl ein biologisch ausgerichtetes Polaritätsmodell (»Rasse«) als auch ein über den Kulturalismus (»Volkskultur«) geprägter Differenzansatz erfüllt die gleiche Funktion für die völkische Identität: Der Kulturalismus knüpft dabei »ein Band zwischen Ehe, Familie, Religion und Nation«, wie der Politologe und Germanist Jost Müller analysiert, was »zugleich Fortpflanzung, Abstammung, Heiratsritual und Vaterlandsliebe umschließt, indem er sie jener imaginären Identität von Körper und Kultur unterordnet«.

Um den Vertriebenenverbänden ihr antiextremistisches Bekenntnis abzunehmen, bedarf es angesichts ihrer Traditionen und ihrer politischen Orientierung einer gehörigen Portion Phantasie. Der Fairneß halber könnte man aber auch annehmen, der BdV berufe sich bei seiner Distanzierung auf die Kriterien des Verfassungsschutzes, der in dieser Frage die politische Definitionsmacht besitzt: Laut Bundesverfassungsschutzbericht (1999) wurzelt rechtsextreme Ideologie in nationalistischem und rassistischem Gedankengut. Sie sei von der Vorstellung bestimmt, die »ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse« mache den »Wert des Menschen« aus. Diesem Kriterium würden nach rechtsextremer Vorstellung auch die Menschen- und Bürgerrechte untergeordnet, weil das für jedes Individuum geltende »universale Gleichheitsprinzip« abgelehnt werde.

Worin sich die von den »Vertriebenen« vertretene Ideologie der Ungleichheit von einer Ablehnung eines universalen Gleichheitsprinzips unterscheidet, erklärt der Verfassungsschutz in seinem Bericht nicht. Von dem Ministerium, unter dessen Dach auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beheimatet ist, bekommt der Vertriebenenverband dafür einen gewichtigen Teil seiner Bundesmittel: Für das kommende Jahr sieht der Haushaltseinzelplan des Bundesministeriums des Innern 2,1 Millionen Mark an institutioneller Förderung für den Bund der Vertriebenen vor. Die Projektmittel für »Maßnahmen zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Vertriebenen« sind bei 47,9 Millionen Mark angesetzt. Dem Versiegen dieses Geldsegens mußte ein Riegel vorgeschoben werden.

Samuel Salzborn schrieb in KONKRET 10/2000 über Gerhard Schröder beim »Tag der Heimat«

Konkret 11/00, S. 42

Georg Fülberth

Faschistischer Wohlfahrtsstaat?

Wie sozialistisch war der Nationalsozialismus? Eine Geschichte der Arbeiterbewegung unterm Hakenkreuz versucht eine Antwort

Vor einem Vierteljahrhundert noch war es leicht, sich über die sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung lustig zu machen. Außer ein paar windigen Paperbacks war da nichts, während in den Regalen schon seit 1966 die achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, verfaßt von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Walter Ulbricht, stand.

Inzwischen hat sich etwas getan. Von der *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland*, im SPD-nahen Verlag J. H. W. Dietz Nachf. von Gerhard A. Ritter herausgegeben, sind mittlerweile sieben Bände erschienen. Vorerst ist die Reihe auf mindestens dreizehn (bis 1945) projektiert. Es soll aber noch weitergehen. Wäre der Kalte Krieg der einzige Anlaß gewesen, könnte man sich die Anstrengung jetzt sogar sparen. Da die DDR nicht mehr existiert, ist die SPD-Geschichtsschreibung diese Provokation und Konkurrenz los. Dem Achtbänder von Ulbricht soll nicht mehr geglaubt werden.

Der bisherige Ertrag des übriggebliebenen Großunternehmens ist recht unterschiedlich ausgefallen. In den drei Büchern über die Weimarer Zeit zum Beispiel – verfaßt von Heinrich August Winkler – sehen wir einen staatspolitisch verantwortlichen Marxismus-Entsorger am Werk (s. KONKRET 5/1988). Anders steht es mit dem umfangreichen Band über die Jahre 1933 bis 1939, welcher 1999 erschienen ist. Der Autor ist Michael Schneider, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung und Honorarprofessor für Politische Wissenschaft der Universität Bonn. Der Titel seines Buchs verweist auf eine Verlegenheit und auf eine wissenschaftliche Methode.

Da die organisierte Arbeiterbewegung seit 1933 nahezu völlig zerstört war, kann sie nicht mehr ausschließlich Gegenstand der Darstellung sein. Der Verfasser hilft sich durch ein strikt sozialhistorisches Verfahren. Themen sind nicht allein Parteien und Gewerkschaften, sondern die Arbeiterinnen und Arbeiter insgesamt, auch soweit sie bis 1933 unorganisiert waren oder christlichen – der Zentrumspartei nahestehenden – Verbänden angehörten. Daß Schneider auch die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) zur Arbeiterbewegung rechnet, ist insofern wohlbegründet.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen kann sich sehen lassen. Dies gilt auch für die Organisationsgeschichte. Auf fast zweihundert Seiten wird der antifaschistische Widerstand breit und auch gegenüber den Kommunisten fair dargestellt. Kommen – wie angekündigt – später noch die Darlegungen über die Zeit 1939 – 1945 hinzu, dann könnte, separat gedruckt, ein Standardwerk über dieses Teilgebiet daraus werden.

Dabei ist Michael Schneider durchaus ein Parteisoldat und loyaler Zunftgenosse. Es zeigt sich daran, daß er die sehr umfangreiche DDR-Literatur zu seinem Thema zumindest teilweise nicht zur Kenntnis gibt. Er schreibt über die Lage der Arbeiterklasse und nennt Jürgen Kuczynskis Darstellungen nicht. Das ist keine Nachlässigkeit, denn Schneider kennt sich aus. Vor einigen Jahren aber hat – wohl auf deutsche Anregung hin – die europäische Community der Faschismus-Historiker verfügt, daß aus ihrer offiziellen Bibliographie die DDR-Literatur zu streichen sei. Die solcherart Geschaßten haben damals auf eine etwas unmarxistische Art protestiert: Sie hatten in ihrer Empörung vergessen, daß die herrschenden Gedanken immer die Gedanken der herrschenden Klassen und ihrer Trabanten sind.

Schneider nun wieder könnte darauf verweisen, er habe jene andersfarbige Sekundärliteratur einfach nicht gebraucht, denn er habe ja selbst viel herausgefunden, zum Beispiel über Lage und Mentalität der Arbeiterschaft 1933 – 1939. Nämlich: Um 1936 zeichnete sich – teils konjunkturell bedingt, teils durch das Anlaufen der Rüstungswirtschaft – das Ende der Massenarbeitslosigkeit ab. Da es keine Gewerkschaften mehr gab, setzte sich die verbesserte Marktsituation nicht linear in höheren Löhnen um. Aber in den militärisch relevanten Wirtschaftszweigen und auch sonst überall dort, wo sogar Arbeitskräftemangel herrschte, ließen sie sich nicht völlig vermeiden. Anders als vor 1933 wurden nunmehr der Erste Mai, der Oster- und der Pfingstmontag sowie der 25. und der 26. Dezember als Feiertage bezahlt. Das Kindergeld ist eine Errungenschaft des deutschen Faschismus. Der Mieterschutz wurde verbessert.

Hinter diesen meist gesetzlich verankerten Änderungen steckte sogar als immer wieder einmal anstachelnde Kraft eine Organisation: die Deutsche Arbeitsfront (DAF). Deren Chef, Dr. Robert Ley, als Alkoholiker und Langredner nicht sehr geachtet, machte für sich geltend, daß er den »Kampf um die Seele des Arbeiters« führen müsse. Dabei geriet er durchaus immer wieder einmal in Konflikt mit dem Wirtschaftsminister Schacht, mit dem Reichsarbeitsminister und mit Göring. Ein der DAF angegliedertes Arbeitswissenschaftliches Institut (AWI) analysierte den taylorisierten Produktionsprozeß und gab Tips, wie Ausbeutung dadurch besser funktionieren kann, daß die Arbeiter nicht allzu unzufrieden sind. Das hatte organisatorische, propagandistische und materielle Folgen: hier und dort ein paar Werkswohnungen mehr, das Projekt »Schönheit der Arbeit« und Bemühungen um eine Aufbereitung des »Arbeitsumfeldes«. Die NS-Gemeinschaft »Kraft

durch Freude« (KdF) schickte die Volksgenossinnen und Volksgenossen auf Kreuzfahrten und nach Oberbayern. Winterhilfswerk (WHV) und Nationalsozialistische Volksfürsorge (NSV) schwenkten die Sammelbüchsen.

Dies alles – Michael Schneider sieht und sagt das klar – diente der Kriegsvorbereitung und rassepolitischen Zielen. Judenverfolgung und staatlicher Terror gegen jede etwaige Opposition waren nicht etwa die Schattenseiten volksgemeinschaftlicher Sozialmaßnahmen, sondern umgekehrt: Die Zurichtung und Stählung eines Herrenvolks gegen eine Welt von Feinden im Innern und außen sowie die strategisch geplante Eroberungspolitik waren der Zweck, alles andere war Mittel.

Schneider fragt auch, welche Ergebnisse der Kampf um die Seele des Arbeiters zeitigte. Gestapo und Auslandsorganisationen der Arbeiterbewegung haben hierzu recherchiert. Im Bergbau und bei Krupp war die NSBO rasch erfolgreich. Allgemeiner gilt: Daß es wieder mehr Arbeitsplätze gab, wurde insbesondere nach den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise positiv zur Kenntnis genommen. Hitlers außenpolitische Erfolge kamen auch in der Arbeiterschaft gut an. Gegen die sozialpolitischen Verbesserungen ließ sich – wurde man nicht gleich grundsätzlich – schlecht etwas sagen. Die Mobilisierung der Frauen für die Volksgemeinschaft, die Rekrutierung der Mädchen im »Bund Deutscher Mädel« wurde zuweilen weniger als Drill verstanden denn – man soll es nicht glauben – als ein Stück Befreiung oder zumindest Kontrastprogramm, wo doch zu Hause sowieso nichts los war. Unmut über die Drangsalierung der Juden ist kaum einmal laut geworden. (Die Propaganda der emigrierten Parteiführungen hielt sich in diesem Punkt ebenfalls zurück – bei den Kommunisten noch mehr als bei den Sozialdemokraten.)

Dennoch – so Schneider – habe die NSDAP die Arbeiterschaft nicht vollständig gewinnen können. Die tatsächlichen Verbesserungen blieben zu deutlich hinter der Propaganda zurück. Offensichtlich waren einige symbolische Angebote und Rituale – zum Beispiel die angebliche Gleichstellung der »Arbeiter der Stirn und der Faust« – auch ein Versuch, über materielle Mängel hinwegzutäuschen. Die Versorgung war nicht gut, es fehlte weiterhin an Wohnraum. In dem Maße, in dem die Kriegswirtschaft anzog, wurden Lücken im Konsumgüterangebot merklicher. Selbst die touristischen Attraktionen konnten auf dumme Gedanken bringen. Wenn das Dienstmädchen auf einer KdF-Fahrt erstmals den Königsee und den Watzmann sah, war das einerseits sehr schön; andererseits stieß ihm etwas bitter auf, daß die Herrschaft sich das alles schon seit Jahren gegönnt hatte und auch dieses Jahr viel vornehmer reiste. (Drittens war es aber besser, wenn die Herrschaft sie nicht in die Sommerfrische mitnahm. Die Plackerei hätte dann noch nicht einmal in den Ferien aufgehört. Also dann doch lieber KdF.)

Alles in allem entdeckt Schneider »keine massenhafte Zustimmung, schon gar nicht Begeisterung für Nationalsozialismus und ›Drittes Reich‹«, wohl aber »Mitnehmen« und »Hinnehmen«. Er resümiert: »Die Begriffe der ›widerwilligen Loyalität‹ und des ›widerwilligen Mitmachens‹, beides Kennzeichnungen in sich widersprüchlicher ›Überlebensstrategien‹, scheinen Haltung und Verhalten eines großen Teils der Arbeiter und Arbeiterinnen zutreffend zu beschreiben.«

Der Autor quält sich mit der Überlegung, ob man die gesellschaftlichen Prozesse, die er untersucht, am Ende sogar als »Modernisierung« bezeichnen könne. Das will er nicht. Auch die von den Nazis teils propagierte, teils sogar in Ansätzen realisierte Verbesserung der beruflichen Qualifizierung und der Ausbau des Gesundheitswesens dürften nicht übersehen lassen, »daß diese Maßnahmen in eine ebenso rassistische wie imperialistische Gesamtpolitik eingebunden waren«. Deshalb: »Wenn Modernisierung einen allerdings nicht quantitativ erfaßbaren Zuwachs an kompetenter Selbst- und Mitbestimmung meint, dann dürften die Aushöhlung des Rechtsstaates und die Beseitigung demokratischer Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen den Ausschlag dafür geben, den Nationalsozialismus nicht als Motor gesellschaftlicher Modernisierung zu bezeichnen.« So kann man es sagen. Es sei denn, man verfällt auf den Gedanken, daß Rassismus und Imperialismus eben auch etwas Modernes sind.

Michael Schneider schreibt vom Konzept eines »totalitären Wohlfahrtsstaates«. Wie immer, wenn dieses trübselige Adjektiv ins Spiel kommt, entsteht Unklarheit. Marktradikale haben sowieso schon gewußt, daß der Wohlfahrtsstaat allemal totalitär ist. Jetzt lesen sie, daß der ihnen etwas suspekte Wunsch des Grundgesetzes, der Gebrauch des Eigentums solle »dem Wohle der Allgemeinheit dienen«, auch von den Nazis hochgehalten wurde, und diese hätten ihn – wären sie daran interessiert gewesen – auch aus der Weimarer Reichsverfassung zitieren können.

Dem Verfasser aber kommt es natürlich auf den Unterschied an. Der inzwischen gängigen Einteilung von Typen des Wohlfahrtsstaates (entweder liberal oder korporatistisch oder sozialdemokratisch oder gar – meist unerwähnt – sozialistisch; jeweils quer dazu: Gender-Kriterien) fügt er eine weitere Variante hinzu. Dies ist sinnvoll. Dabei entsteht allerdings dasselbe Problem wie mit der Modernisierung.

Ein faschistischer Wohlfahrtsstaat: Das gab es also auch.

Ich danke Dorothee Wolf für Klärung.

Michael Schneider: *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1999, XIII, 1184 Seiten, 98 Mark

---

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 10/2000 über grüne Atompolitik aus einem Guß

Konkret 11/00, S. 44

Werner Rügemer

Als Angela Merkel eines Morgens erwachte...

Die Arbeit der Chefaufklärer von der »Süddeutschen Zeitung« am seidigen Innenfutter der Macht klärt über viele Dinge auf, die keiner wissen muß

»9. Januar 1997: Wolfgang Schäuble und Helmut Kohl treffen sich im Büro des Kanzlers, um sich von Konrad R. Müller fotografieren zu lassen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende hat sein Jackett abgestreift, weil ihm das seidige Innenfutter keinen Halt im Rollstuhl gibt, und einen Pullover mit V-Ausschnitt übergezogen. Deshalb legt auch der Kanzler sein Sakko ab und schlüpft in die Strickjacke, die griffbereit über der Rückenlehne seines Schreibtischstuhls hängt.«

So beginnt das 600-Seiten-Werk von Hans Leyendecker, Heribert Prantl und Michael Stiller über »Helmut Kohl, die Macht und das Geld«. Wir sehen die Chefaufklärer der classe politique bei der Arbeit. Sie lassen uns wissen, wie das Männer- und Psychodrama zwischen dem Dicken und dem Kleinen weiterging. »18. Januar 2000: Ein letztes Mal schwenkt Schäuble mit seinem Rollstuhl in das Abgeordnetenbüro Helmut Kohls. Noch einmal will Schäuble versuchen, was er in den letzten Wochen schon so oft versucht hat: Er fleht den Altkanzler an ...« und so weiter.

Männer ringen in ihren Büros einsam um Aufklärung und Macht. »Aber als der starrsinnige Alte so selbstsicher und uneinsichtig vor ihm thront, bricht es aus Schäuble heraus: ›Ich habe in meinem Leben zuviel Zeit mit dir verbracht, und es wird keine Minute mehr geben.‹ Er wendet den Rollstuhl ...« und so weiter. Aber die Chefaufklärer haben sich am seidigen Innenfutter des starrsinnigen Alten festgeklammert und hören ihn bitter raunen: »Ich habe noch nie in meinem Leben einen solchen Haß gespürt. Das Zerbrechen dieses Verhältnisses gehört zu den bittersten Erfahrungen meines Lebens.« Und aus den düsteren Gedanken des Alten erraten sie, »es müsse wohl damit zusammenhängen, daß er so groß sei und der ohnehin kleine, schmächtige Schäuble seit dem Attentat im Rollstuhl sitze. Da habe sich offenkundig viel bei dem aufgestaut ...« Und so weiter und so fort. Tiefenpsychologie mit drei Sternchen.

Gewiß, unsere Chefaufklärer kennen auch eine Menge Kontonummern und Spendenbeträge von Adenauer und Globke über Strauß und Zwick bis Kohl und Weyrauch. Leyendecker zählt in seinem Abschnitt »Helmut Kohl, die CDU und die Spenden – eine Fortsetzungsgeschichte« schwarze Kassen der Wirtschaft und ihrer Vorzugsparteien CDU, CSU und FDP seit den fünfziger Jahren auf. Staatsbürgerliche Vereinigungen, BDI, Liechtensteiner Tarnfirmen, Kieps Geldkoffer, Prinz Wittgensteins Judenstiftungen. Wer die Details nicht mehr präsent hat, kann hier manches wiederfinden.

Bemerkenswert, was denn doch fehlt: die Kölner Bank Oppenheim beispielsweise, bei der Pferdmenges und Adenauer ihre schwarzen Konten geführt haben und zu der der langjährige CDU-Schatzmeister Leisler Kiep bis heute intensive Beziehungen unterhält, wird nicht einmal erwähnt, auch nicht die Rolle des Industriellen Fritz Ries, jenes Naziprofiteurs, der den aufstrebenden Provinzpolitiker Kohl mit Strauß, Biedenkopf und Flick-Manager von Brauchitsch zusammengeführt hat. Kohls erster Arbeitgeber, der Verband der Chemischen Industrie (VCI), bis heute eine der großen Spendensammelstellen der Wirtschaftsparteien, wäre auch einer Behandlung wert. Die Deutsche Bank als Hauptsponsor der CDU seit Adenauer: Fehlanzeige. Dresdner-Bank-Chef Wolfgang Röller, Kohls wichtigster »Finanzberater«: Fehlanzeige. Kieps Engagement bei Kohls Chefsache Transrapid: Fehlanzeige. Warum Deutsch-Bankier Cartellieri nach dem Ende der Kohl-Ära CDU-Schatzmeister wurde, warum Kohls Kanzleramtschef Bohl nach der Wahlniederlage 1998 zur »Deutschen Vermögensberatung AG« wechselte (und dort zu den CDU-Figuren Wallmann, Ost, Waigel, Klepsch, Vogel, Kanther stieß) und warum zuletzt Kohl dort Beiratsvorsitzender wurde: Solche Fragen stellt Leyendecker nicht.

Statt dessen behauptet er unaufgefordert, Kohl persönlich sei »sicher nie käuflich« gewesen. Woher der Chefaufklärer das weiß, obwohl immer noch nicht klar ist und auch bei Leyendecker unaufgeklärt bleibt, wo beispielsweise Flicks Barspenden an Kohl und nachfolgende schwarze Kassen wirklich geblieben sind? An wen gab Kohl wessen Geld oder einen Teil davon? Welche Entscheidungen wurden damit erkauft oder beeinflußt? Vor allem: Haben die jahrzehntelangen geheimen Geldflüsse eine Partei, die sich einst auf die katholische Soziallehre berief, zur Legitimation der hemmungslosen Bereicherung geführt? Einerseits mit christlichen Werten Wählerstimmen fangen, gleichzeitig mit Hilfe schwarzer Gelder »Wirtschaftsinteressen« durchsetzen – wie soll das ohne Korruption gehen?

Michael Stillers »Strauß, Schreiber & Co – das weißblaue Amigo-System« ist der vergleichsweise informativste Abschnitt des Buches. Das »System Strauß« wird etwas plastischer als das »System Kohl«. Von Sonderkonten in Strauß' Wahlkreis, über verdeckte Industriespenden an die CSU mit Hilfe des Kölner Kolpingwerks, über verdeckte Unternehmensbeteiligungen und Stiftungsverwaltungen des Strauß-Klans bis zu Provisionen von Schalck-Golodkowski reicht die Palette. Stiller stellt einige Daten zusammen, die nahelegen, daß die »Systeme« Kohl und Strauß enger zusammenhängen als allgemein angenommen. Die Strauß-Amigos Schreiber, Holzer und Pfahls gingen im Kanzleramt ein und aus. Daß die Amigos ihre Konten in den achtziger Jahren bei der Münchner Bank Aufhäuser hatten und diese Bank der Bayerischen Landesbank gehörte, erwähnt Stiller in einem Nebensatz. Daß diese Bank nach der Fusion mit der Frankfurter Bank Hauck auch die schwarzen Anderkonten von Kohl und Weyrauch führte, erwähnt Stiller nicht, auch Leyendecker

geht nicht darauf ein. Hier würde es ja erst eigentlich interessant. Aber wenn die von ihren Justizministern gegängelten Staatsdiener nicht ermitteln, dann wissen auch die Aufklärer der »SZ«-Redaktion nicht weiter.

Liechtensteiner Treuhänder wie Batliner, Schweizer und Luxemburger Banken, Briefkastenfirmen in Monte Carlo, Panama und Jersey gehören seit Jahrzehnten zur finanziellen Halbwelt von Kohl, Kiep, Schreiber und ihren Partnern aus den Vorstandsetagen von Thyssen und Elf Aquitaine. Bei Stiller hat es den Geruch des Beiläufigen und Exotischen. Und die Beziehungen von Strauß und CSU zu den Hauptsponsoren Siemens, BMW, zu den Unternehmerverbänden und den bayerischen Staatsunternehmen: Fehlanzeige.

Heribert Prantl möchte den Skandal bewerten (»Herrschaft und Barschaft. Von der Veralltäglichung des Ungesetzlichen – Ein Skandal und seine Folgen«). Er möchte. Vorher schwärmt er aber erst mal vom »Einheitskanzler« und seiner »furiosen und grandiosen Europapolitik«. Erst der Hofknicks, dann die Kritik. Prantl begnügt sich wie die Bonner Staatsanwaltschaft mit dem Vorwurf der möglichen »Untreue« Kohls gegenüber seiner Partei. Die Delikte, die beim verstockten Verschweigen der Spendernamen und beim nach wie vor unbekannten Verwendungszweck für möglich gehalten werden müssen, nämlich Bestechlichkeit, Bestechung, Beihilfe zu Steuerhinterziehung und Geldwäsche, läßt Prantl, der einmal Staatsanwalt war, außer acht. Ein Journalist der »Süddeutschen« darf nicht weitergehen als sein Informant bei der Staatsanwaltschaft.

Die Arbeit der »SZ«-Redakteure am seidigen Innenfutter verschiedener Staatsanwälte hat ihnen schnellen und exklusiven Zugang zu Informationen verschafft. Dieser Konkurrenzvorteil aber ergibt zugleich eine politisch bornierte Sicht. Auch trägt die exklusive Kumpanei der Justiz mit einer Tageszeitung vor allem zur medialen und politischen Deformation bei. Und zur stilistischen. Wir wollen uns nicht weiter lustig machen über die pseudodramatische Schreibe mit Kapitelüberschriften wie »Als Angela Merkel eines Morgens erwachte« und »Wovon der Staatsanwalt träumt«. So muß man schreiben, wenn man einem Kanzler zuarbeitet, der am liebsten »Bild« liest.

Hans Leyendecker/Michael Stiller/Heribert Prantl: *Helmut Kohl, die Macht und das Geld.* Steidl Verlag, Göttingen 2000. 608 Seiten, 48 DM

Werner Rügemer schrieb in KONKRET 8/2000 über den Spartakus a. D. Franz Sommerfeld

Konkret 11/00, S. 46

Joachim Rohloff

broder, deutschland

Er hat entschieden was gegen »Salon-Antisemiten«, die Anwesenden natürlich immer ausgenommen

Einen solchen Briefkopf kann sich nicht jeder leisten: »broder, berlin« steht da und sonst nichts. Unsereiner müßte verwechselt werden, er ist einzig und unverkennbar. Deshalb darf er seine Briefe in aller Bescheidenheit als »broder« unterzeichnen. Oder will er uns damit etwas sagen? Daß auch die Tauf- und Familiennamen mit der Mode gehen und daß, wer vor Zeiten nicht ohne Mittelinitial auskam, sich heute gar nicht kurz genug fassen kann?

Ob er sich »Henryk M. Broder« schreibt, »broder«, »bro:der« oder »Rüssel Flamingo«, interessiert am Ende wohl nur die Meldebehörden, trotzdem entsteht der Verdacht, es müsse einer schon ein ziemlich eitler Trottel sein, wenn er sich bei seinem Namen mehr denkt als beim Wetter.

Neuerdings besitzt broder eine eigene Website, auf die er mächtig stolz ist. Beim Programmagazin »Tip« beschwerte er sich, weil sie im Verzeichnis der »100 besten Internet-Adressen« nicht zu finden war. Und in der Tat sind unter »www.henryk-bro

der.de« einige der augenzwinkerndsten Glossen des deutschen Feuilletons versammelt. Wie Iris Radisch ins »Literarische Quartett« kam, das müssen Sie selbst unbedingt einmal nachlesen, womöglich werden Sie lachen. Und wer Rolf Eden bisher für einen seriösen Intellektuellen hielt, wird von broder aufgeklärt: Der Mann fährt im offenen Cabrio über den Ku'damm, auch wenn es dafür noch viel zu kalt ist.

Manchmal wird broder aber richtig giftig. Artur Brauner kriegt sein Fett, weil er einem französischen Filmkritiker den Tod in Auschwitz wünschte, Barbara Thalheim kriegt das ihre, weil sie vor Jahrzehnten eine IM der Stasi war und heute trotzdem auf Partys geht.

Im August figurierte »Günther Rühle, Rentner in Bad Soden« auf broders Homepage als »Schmock der Woche«. Rühle war 1985 Intendant des Frankfurter Schauspielhauses gewesen und hatte Fassbinders »Die Stadt, der Müll und der Tod« inszenieren lassen. In seinem verdienstvollen Buch »Der ewige Antisemit« hatte broder einen angeblichen Ausspruch Rühles zitiert: Das »Ende der Schonzeit« für die Juden in Deutschland sei erreicht. Rühle hatte das Zitat bestritten und einen Prozeß angestrengt, der mit einem Vergleich beendet worden war. Fortan durfte broder nur noch behaupten, Rühle habe gesagt, die Juden sollten nicht länger in einem Schonbezirk gehalten werden.

Zum fünfzigsten Geburtstag des Zentralrats erschien nun in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« ein ganzseitiger Artikel broders über die Kontroverse zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis: Das sei doch alles halb so wild gewesen und ohnehin nichts Neues, schließlich habe man schon Mitte der achtziger Jahre in Frankfurt vom »Ende der Schonzeit« für die Juden gesprochen. Rühle, der in diesem Artikel nicht erwähnt wurde, protestierte gleichwohl mit einem Leserbrief und verlangte eine »Richtigstellung«. Broder antwortete:

broder, berlin, 24.7.2000. sehr geehrter herr rühle,

frau hart hat mir ihren brief an die allgemeine jüdische wochenzeitung zur kenntnisnahme geschickt. bevor ich auf den inhalt eingehe, erlauben sie mir die nachfrage: was macht das rheuma? machen ihnen die fango-packungen keinen spaß? weigert sich das kurorchester, ihre melodienwünsche zu erfüllen? langweilen sie sich? offenbar ja, sonst würden sie nicht wie ein pawlowscher hund losbellen, sobald von »frankfurt« und vom »ende der schonzeit« die rede ist.

Das war gut gegeben, broder weiß, wie er mit solchen Leuten umzuspringen hat. Hunde allerdings, die bellen, aber nicht beißen, diesen Irrtum muß man korrigieren, heißen nicht Pawlowsche, sondern Potemkinsche Hunde. Rühle solle nun endlich den Rand halten.

Aber wenn sie darauf bestehen, wenn sie aus der beschaulichkeit ihrer rentnerexistenz wieder in die arena steigen möchten, bin ich gerne bereit, ihnen dabei zu helfen und bei der nächsten passenden gelegenheit zu erklären, daß ich sie schon 1985/86 für einen salon-antisemiten gehalten habe und daß ich heute, 15 jahre später, noch immer dieser meinung bin. und dann werden wir sehen, ob sie auf eigenes risiko und eigene kosten vor gericht ziehen werden, nicht so wie damals, als hilmar hoffmann ihr arbeitgeber war und für sie die anwalts- und gerichtskosten bezahlt hat. lassen sie es mich bitte wissen, wo und wann es ihnen recht wäre. im rahmen einer talk-show? am rande der buchmesse? oder beim wassertreten in bad soden?

Da nun hatte brodern das Unterbewußtsein einen üblen Streich gespielt. Ganz ohne Not rührte er plötzlich an den wunden Punkt im weichen Keks, den er so lange Zeit bedachtsam vermieden und verschwiegen hatte. Denn er mag Rühle für einen Salonantisemiten gehalten haben, aber es war doch ein ganz anderer gewesen, den er 1985 einen Salonantisemiten genannt hatte. Nämlich der Rudi. 1985 erkannte broder

nur einen vergleichsweise geringen Unterschied zwischen einem Propagandisten der »Auschwitz-Lüge« und einem seriösen Publizisten wie Rudolf Augstein, der bei vollem Bewußtsein und ohne sich dafür zu schämen erklärt, es gebe »keinen moralischen Unterschied zwischen der schweigenden Mehrheit der Deutschen und der schweigenden Mehrheit der Juden«, denn weder die Deutschen noch die Juden hätten sich damals, im Dritten Reich, für ihre Nächsten geopfert. Augstein muß wissen, daß er damit die Täter mit den Opfern gleichsetzt und darüber hinaus die Täter auf Kosten der Opfer entlastet, indem er beide für gleichermaßen schuldig erklärt, obwohl doch die schweigende Mehrheit der einen im KZ saß und die schweigende Mehrheit der anderen Hitler zujubelte. Daß er es dennoch tut, zeugt von einer Unschuld des Gemüts, die sich nur jemand erlauben kann, der ein pathologisch gutes Gewissen hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß ich ihn für einen gepflegten Salon-Antisemiten halte.

Doch keiner, auch broder nicht, »keiner stand auf und haute dem Rudi eine runter«. Und als der vierzigste Jahrestag des Kriegsendes begangen werden sollte, war Augstein

mit von der Partie und in Hochform. »Was geht uns die Feierei an?« fragte er rhetorisch an, um gleich die Antwort zu geben. Der 8. Mai signiert »nicht nur die Befreiung, sondern auch die Versklavung von Millionen Menschen«, und es sei nicht mal klar, »wer mehr Menschen umgebracht hat, Hitler oder Stalin«, von den »Kriegsverbrechen der Alliierten« gar nicht zu reden. Augstein war es auch, der an die alte jüdisch-bolschewistische Verschwörung erinnerte: »Wer, um des Himmels willen, könnte ein Interesse haben, den 8. Mai zu begehen ...?« Die Sowjets und die Israelis. Die einen, »um Keile und Keilchen zwischen ihre jetzigen Feinde zu treiben«, die anderen »wollen die Erinnerung an die deutsche Schuld wachhalten, um materieller und rüstungstechnischer Gründe willen ...« In solchen Fällen schreibt die »National-Zeitung«, mit der Erpressung Deutschlands müsse endlich Schluß gemacht werden.

Trotzdem fing der Rudi sich keine Schelle ein, statt dessen konnte er ein paar Jahre später mit Befriedigung registrieren, daß auch dieser kleine Kläffer, der immer gleich losbellt, wenn ein besonnener Deutscher die jüdische Weltverschwörung bei ihrem Namen nennt, sich für ein schönes Redakteursgehalt und eine Gewinnbeteiligung kaufen ließ. Augstein ist derselbe Salonantisemit geblieben, das bewies er zuletzt mit seinem Beitrag zum Streit ums Holocaust-Mahnmal. Aber seitdem broders sämtliche Namen im Impressum des »Spiegel« stehen, mag er es dem Rudi nicht mehr sagen. In keiner Talkshow, auf keiner Buchmesse, nicht in Bad Soden und schon gleich gar nicht auf einer Hamburger Redaktionskonferenz.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 10/2000 über das Desinteresse an einem Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma

Konkret 11/00, S. 50

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Arkan, wo bist du?

Drei Weise haben den Österreichern einen Persilschein ausgestellt. Derart exkulpiert, zeigen sie, daß sie eigentlich die besseren Europäer sind, und lehren das Slawenpack Zivilgesellschaft und Neue Mitte.

Zuerst waren die Slowenen dran: Weil die Tschuschen noch immer frech an den Tito-Beschlüssen zur Enteignung der Volksdeutschen festhalten, anstatt den Goiserern halb Laibach zurückzugeben, bescheinigte Kanzler Schüssel ihrem Präsidenten Kucan, immer noch »mit einem Bein im alten Regime« zu stehen. Und das könne, so ließ der Kanzler durchblicken, der Aufnahme Sloweniens in die EU im Wege stehen.

Wer »in das gemeinsame Haus Europa will, der muß die Hausordnung einhalten«, tönte auch Oberösterreichs Landeshauptmann Pühringer und rief zu Blockaden an der tschechischen Grenze auf. Ganz Österreich ist empört, weil Prag ein Atomkraftwerk in Temelin bauen will, einem Ort, der doch recht eigentlich zum Deutschen Reich in den Grenzen von 1939 gehört.

Den Reim darauf macht die publizistische Heldenplatzpatrone, die »Kronen-Zeitung«: »Und ewig bleibe zementiert, / was der Herr Benesch dekretiert, / Vertreibung, Raub und Völkermord. / Man jagte doch nur die Deutschen fort. / Wir aber müssen zahlen, ja / vor allem nach Amerika.«

Den dreistesten Auftritt aber hatte die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, seit dem Ende des Boykotts der EU wieder OSZE-Vorsitzende mit Eichenlaub und Schwertern. Wie die schwarz-blaue Nazisse nach dem Ende des ersten Wahlgangs die Jugoslawen belehrte, wer denn nun ihr Präsident sei und wer nicht – das hätte Thomas Bernhard nicht überlebt. Für seinen Seelenfrieden und meine Nachtruhe beantrage ich bei Petrus eine kurzzeitige Beurlaubung von Milizenführer Arkan für eine kleine Kommandoaktion: Er möge Benita denselben Sanktionen unterwerfen, die der gewöhnliche Belgrader dank ihr und ihresgleichen seit bald zehn Jahren erduldet: ein Winter in einer Neubauwohnung ohne Heizung, Obst und Gemüse. Das wäre ein Verbrechen »gegen die Menschlichkeit«, das zur Abwechslung einmal den Namen verdiente.

Konkret 11/00, S. 50

Fritz Graemlich

In diesem Sinne - Ein Laufbursch als Herrenmensch

Politiker lügen. Andere Leute auch. Damit lebt die Menschheit, und manchmal auch davon. Gerhard Schröder aber ist vor den Zentralrat der Juden in Deutschland getreten und hat gesagt:

Etwas tun – damit sind sicher und zu Recht auch die gemeint, die politische Verantwortung tragen. Es hat lange genug gedauert, bis eine Bundesregierung endlich Verantwortung für das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter übernommen hat. Mit der Errichtung der Stiftung »Erinnern, Verantwortung und Zukunft« haben wir endlich einen ersten Schritt getan.

Schröder gegenüber, in der ersten Reihe, saßen der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und sein Stellvertreter. Beide hatten noch im Ohr und im Kopf, mit welchen Worten und auf welche Weise der Redner endlich, nachdem es lange genug gedauert hatte, Verantwortung übernommen, endlich den ersten Schritt getan hatte, er, als erster. Wie er die Zwangsarbeiter, die keine Mark gesehen hatten, mit dem Satz: »Es wird keine zweite Wiedergutmachung geben!« verhöhnt und wie er, der Laufbursch des VW-Vorstands, den Nachfolgern der Schinder als Hiwi sich angeboten hatte: Es sei seine »Pflicht als deutscher Bundeskanzler«, sich in dieser Sache »schützend vor deutsche Unternehmen« zu stellen.

Paul Spiegel und Michel Friedman wußten, daß Schröder sie anlog, und Schröder wußte, daß sie es wußten. Eine Lüge aber ist nur dann nicht mehr als eben eine weitere Lüge, wenn der Lügner dem Belogenen die Chance läßt, ihm zu glauben oder sich wenigstens gläubig zu stellen. Wer einen anderen vor Zeugen zwingt, eine Lüge, die jeder als solche erkennt, als Wahrheit hinzunehmen, der belügt seinen Zuhörer nicht, der beleidigt, der demütigt und erniedrigt ihn.

Schröder wußte, daß Spiegel und Friedman nur die Wahl hatten, vor ihm auszuspucken oder vor sich selber, und wie ihre Wahl ausgehen würde. Das haben deutsche Herrenmenschen immer gewußt.

Konkret 11/00, S. 50

Michael Schilling

In diesem Sinne - Laß die verwöhnen

»Mit einem mittleren Kredit im Gepäck lassen sich endlich jene polnischen Offiziere finden, die gestehen, den Überfall auf den Sender Gleiwitz kommandiert zu haben.« Was Kollege Gremliza in seiner polemischen Art schon zum Jahresbeginn 1990 als Realität ausgegeben hat, existiert zehn Jahre später wirklich: Im »Spiegel« geht seine Vorhersage Ende September 2000 so in Erfüllung: »Junge tschechische Intellektuelle brechen ein Nachkriegstabu: Sie verlangen von der mährischen Stadt Brünn eine Entschuldigung für die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945.«

»Jahrzehntelang«, sekundiert der »Spiegel« seinen Gewährsleuten, »waren die Greuel an den Sudetendeutschen von der kommunistischen Propaganda als legitimer Rausschmiß deutscher Faschisten abgetan worden.« Man kennt kommunistische Propaganda. In Wahrheit hatte eine verschwindende Minderheit von gerade mal 91,44 Prozent der Sudetendeutschen 1938 die Nazi-Partei des Adolf Henlein gewählt und damit den Führer eingeladen, die »Tschechei« zu überfallen und – zum Zwecke der Ausplünderung, der Arisierung und der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung – an ihrer Stelle ein »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren« einzurichten.

Wenn je der Rausschmiß eines Stammes aus einem Staatsgebiet legitim war, dann die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Bis 1989 war das die Ansicht nicht nur der tschechischen Intellektuellen, sondern auch des »Spiegel«. Wie es gemeinsame Ansicht polnischer Historiker und Hamburger Sozialforscher war, daß die Schuld am Zweiten Weltkrieg nicht bei der Roten Armee und die Schuld für Judenpogrome nicht bei den Juden zu suchen sei. Auch das hat sich geändert, seit der polnische Historiker Musial in Springers »Welt« mit dem Hamburger Sozialforscher Reemtsma seine für die Deutschen und ihre Wehrmacht so erfreulichen und erfreulich antisemitischen Thesen beplaudert.

Um an die Güter zu kommen, mit denen sie der Westen einst gelockt hatte, gehen heute Hunderttausende polnischer, russischer, ungarischer Frauen auf den Strich. Die tschechischen finden ihre Freier auf der Straße von Dresden nach Prag. Die polnischen, tschechischen usw. Intellektuellen haben das nämliche Problem. Sie gehen auf die Brandstwiete oder den Mittelweg 36.

Konkret 11/00, S. 52

Jürgen Roth

Buch des Monats

Albrecht Fabri: Der schmutzige Daumen – Gesammelte Schriften. Zweitausendeins, Frankfurt/Main 2000, 758 Seiten, 48 Mark

»Der erste Fortschritt war der aus dem Paradies.«

Albrecht Fabri: »Sätze«

Wer kennt Fabri, Albrecht Fabri? Ich hatte, ehrlich gesagt, bis vor kurzem keinen Schimmer, wer Fabri, 1911 in Köln geboren und ebenda 1998 gestorben, war. Der Klappentext der 1994 vereinbarten, aber erst heuer realisierten Werkausgabe *Der schmutzige Daumen – Gesammelte Schriften* zitiert Äußerungen Berufener. Eugen Gomringer nannte den Aphoristiker, Kritiker und Essayisten »Nestor des schreibenden Neubeginns nach 1945«, Jörg Drews bejubelte die innovative, ja antizipatorische Interpretationskunst des »Minimalisten«, der wir frühe, unterderhand gewonnene Befunde zur Intertextualität oder zum brüchigen Status des Autors verdankten.

Der Musik-, Philosophie- und Germanistikstudent Fabri verläßt 1934 ohne Abschluß die Universität und schleppt prägende Leseerfahrungen in den Krieg: »gregorianischer Choral, Meister Eckhart, Heraklit ... und vor allem Lao-tse und Dschuang-tse«. Seit 1946, ein »zweiter Lebensanfang«, lehrt er an der Deutschen Buchhändlerschule, Köln, und knüpft feste Verbindung mit Hein und Eva Stünke, Inhaber der Galerie Der Spiegel. Dort trifft er Max Ernst, HAP Grieshaber, Hann Trier, Rolf Sackenheim u. a., dort diskutiert und doziert Fabri privatim und hält Reden, dort findet er Anstöße zu jenen kunsttheoretischen Erörterungen, Aperçus und Interventionen, die – neben Arbeiten für den »Merkur« und diverse eher entlegene Zeitschriften – den Hauptteil seines Œuvres ausmachen.

Adorno unterbreitete Fabri 1953 die Offerte, dem Frankfurter Institut bzw. dessen Zeitschrift als Beiträger zu dienen. Die Kooperation kam finanzieller Probleme wegen nicht zustande. Adorno hatte auf Fabris im selben Jahr erschienene Karl-Kraus-Würdigung reagiert. »Es war mir eine besondere Freude«, dokumentiert der bündige Anhang, »daß Sie in Ihrem Aufsatz über Kraus mich genannt haben.« Bekanntlich beantwortete Adorno Nachfragen, wo denn, bei der augenscheinlichen Verwüstung des Geistes- und des realen Lebens, das Positive bleibe, mit Erich Kästners spiegelbildlicher Replik: »Ja, wo bleibt es denn?« Ebendiesem Motiv weiß sich Fabri resp. dessen Besprechung der ersten wiederveröffentlichten Kraus-Schriften verpflichtet, und zwar durch eine zunächst ideologie-, dann sprachkritische Zuspitzung, die vor Adorno nicht kuschen sollte.

»Wie bekannt«, heißt es zu Kraus, »hat das Wort ›positiv‹ mehr und mehr den Charakter einer Wunschformel angenommen, mit der die Bequemlichkeit ihr Recht auf anregende Redensarten geltend macht.« Demgegenüber postuliert Fabri, Kraus' »heilige(r) Satzung« folgend, »wo es auf das Komma ankommt« (Kraus), das »Komma also als Hebel, die Einrichtung des Satzes als Einrichtung der Welt« (Fabri) erachtend und jeder Wirkungsintention abhold, die rhythmische und klangliche Reinheit der Periode; und frönt dabei, wohl ein Abglanz des verehrten Gottfried Benn, nicht nur dem zumal frei gesetzten Komma, sondern vielerorts ostentativ dem Gedankenstrich, der Zäsuren schafft, Leerräume skizziert und die Sentenz sozusagen aufsperrt, öffnet zum nicht Festgestellten hin, zum nicht der verhaßten »binären Logik« unterjochten Ungewissen, einem womöglich an Adornos Nichtidentischem orientierten Ausdruck, der die Sache und nicht die vorgefaßten Urteile sprechen läßt.

Sosehr Fabri dem mächtigen Konformismus der Verlautbarungen, dem »System« des Hörigkeit erzwingenden Diskurses, kurz: der Allherrschaft der Phrase (»Die Phrase konstruiert die Welt als Sumpf«) mißtraut, sosehr ihn »die Tyrannei, die das phrasenhafte Wort ausübt«, ekelhaft dünkt und er das Ideal des »wirklich widerständig konstruierte(n) Satz(es)« für und für zum alleinigen Kriterium schriftstellerischer Produktion kürt – um dem Text, wie im frühromantischen »unendlichen Gespräch« präjudiziert, seinen Prozeßcharakter zurückzuerstatten – ; sosehr Fabri dem Krausschen Imperativ, die Welt könne nur dann besser eingerichtet sein, sprächen ihre Bewohner eine Sprache, die sie sprechen, und nicht eine, die sie spricht, gehorcht (»indem der Schriftsteller auf die Sauberkeit des Sprachgebrauchs, hält er auf die Sauberkeit des Denkens, und indem er auf das Denken, hält er auf den Menschen«), so unermüdlich kippt ihm das Programm einer »anderen Aufklärung« um in die Apodiktik.

Brandmarkt Fabri die zur »Formelsammlung« erstarrte Semantik und Grammatik und die Verblendung des Wortes zum »Fetisch«, dann gilt ihm, deutlich und unausgesprochen inspiriert durch Nietzsches Topologie der Lebensstile, allein die ästhetische Textur als Erfahrungsmuster von Rang. Gewiß, das herrschende Bewußtsein, das wesentlich die Sprache der Herrschenden ist (was sonst?), hält niemals ein, kennt keine Besinnung – lediglich das Ziel der Exploitation, blinder, rasender Nutzbarmachung, der Zerstörung der Gebrauchswerte, der Realabstraktion, zuletzt: der Vernichtung der Wirklichkeit. »Die Phrase verurteilt zur Unwirklichkeit«, befindet Fabri. »Wo sie zur Herrschaft gelangt ..., herrscht das Nichts: die Dinge verlieren ihren Glanz; das Wesen der Phrase besteht im Zehren.« Doch über der Demontage jener

Simulations- und Versteinerungsmechanismen verliert Fabri selbst die »Aktion des Sprechens« aus den Augen – zugunsten einer »exakte(n) Beschreibung der Welt, nicht als abgehobenes Gegenüber, sondern als allgemeine Promiskuität«, einer Beschreibung, die Halt findet exklusiv am Kunstwerk und die gesellschaftlichen Realien schließlich denunziert.

Die Muster einer solchen Kritik der sogenannten Bewußtseinstheorie, eingeleitet vom Symbolismus, aufgenommen von einigen dem mystizistischen Eskapismus ergebenen Vertretern des »linguistic turns« der Philosophie, waren in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, bisweilen vermengt mit existentialistischen Rochaden, geläufig. Fabris Prosastück »Interview mit Sisyphos« (1951) illustriert die Dramatisierung eines pragmatischer Entäußerungen entbehrenden Denkens – und aktualisiert das Sündenfallparadigma, wonach späterhin der Mensch sich qua Arbeit von der Welt trennte: »Nur Tun nämlich, das einen Zweck außerhalb seiner verfolgt, also nicht vergeblich, vielmehr dieses Zwecks willen geschieht, kann seinen Zweck verfehlen. Tun dagegen, das sich selber der Zweck, das heißt von vornherein – essentiell – vergeblich ist – – Nur als vergebliches hat Tun Unschuld.«

Die Wiedererlangung einer unbestimmt hölderlinsch-hegelschen Einheit, die Umkehrung bzw. Zerstäubung der verteufelten Subjekt-Objekt-Konstellation: beides kulminiert in der Feier nicht des genauen Gedankens, sondern des Unaussprechlichen. Stellt Fabri einerseits E. A. Poe, den Physiker des Poems, und den Dichteringenieur Valéry als jene vor, welche der Kunst ihr Gemachtsein attestieren und das Ehrensiegel höchster geistiger Konzentration und Anstrengung verleihen, verschärft er andererseits den Autonomiebegriff dergestalt, daß er eine Herkunft des ›echten‹ Werks aus und dessen Beziehung zu gesellschaftlicher Arbeit schlankweg leugnet. Hier übersteigt Fabri Adorno; resp. fällt weit hinter ihn zurück. Benns »absolutes Wort« gereicht ihm genauso zur Ehre wie die poésie pure, Flauberts Wunsch, das »Buch über nichts« zu schreiben, genauso wie Novalis: Priesterdienst am Schaffen des Schriftstellers, der den Ausdruck von den angeblichen Kontaminationen der Realität säubert, sämtliche inkriminierten assertorischen Elemente tilgt und auf dem leeren Tableau der Sprache frei kombiniert.

Fabris erkenntnistheoretischer Radikalismus verdankt der verfemten Geschwätzig- und Behäbigkeit der »Kultur« im Gestus der Überwindung den schlechten Elitismus, der »Wahrheit nur als Resultat von Stil« rechtfertigt. Daß Wahrheit sich an der konkreten Erfahrung beweisen und messen lassen müsse, scheint ihm abfällig Beweis für den Abfall von der Uridentität. Keine Literatur wäre da zu erwägen, die der unreinen Sprache, den Jargons, dem Banalen traut. »Alles ... nicht semantisch durch Bedeutung Verseuchte« wird dem »Schriftsteller als Wortspieler«, als Jongleur der Assonanzen, zum Material. Eine derart hergestellte falsche Unmittelbarkeit adelt noch und gerade den sublimsten Unfug: »Gedichte, bloß wohlklingend und voll schöner Worte, aber auch ohne allen Sinn« (Novalis).

Wahrscheinlich ging es ja im Paradies kaum anders zu denn im spätkapitalistischen Verwurstungszusammenhang. Daß man sich deshalb wider die Panzerung des Bewußtseins selbst abzukapseln und den Bewegungen der Sprache zu überantworten habe, dekretieren Fabris sprunghafte, der paradoxen Zuspitzung zuneigende, eine mitunter manieristische Hermetik

kultivierende Miniaturen. Der »Tyrannei der Fakten«, dem »ambitiös im Halbgaren« herumstochernden Stümper E. Jünger, dem musealisierenden Kulturgewese und einem gar zu handgreiflich-voreiligen Inhaltsgehuber las er die Leviten – und verabsolutierte den Kunst-»Willen«; bis, beim Wort des Kritikers genommen, der zu urteilen verdammt sei nach den nicht kommunizierbaren Maßstäben des Ästhetischen, jener raunt und rauscht, emanierend epiphanisch, sprachlos machend.

Ideologiekritik, die Autonomie stilisiert, die sogenannte reine Form inthronisiert und Welthaltigkeit ächtet (als sei der realistische Roman form-, die gegenständliche Malerei ideenlos), pflegt bald den Kult des Eigentlichen. »Zurechtrückend, was Karikatur ist an den Dingen, errichtet es eine Gegenwelt«, erläutert die Marginalie »Ehrenrettung eines von Adorno verketzerten Wortes (aber schon lange davor geschrieben)« (1944), »eine Gegenwelt, in der nicht dem Hohen Niedriges, dem Niedrigen Hohes beigemischt ist. – Das Wort ›eigentlich‹ ist der Orthopäde unter den Wörtern. Es ist das entzerrende, den Spuk zum Reigen, die Fratze zum Antlitz ordnende: das Wort, auf das hin die Masken fallen. – «

Hosen runter, der Arzt kommt! Ob die ordnende Hand den Dingen allerdings ihre Unschuld zurückgibt, bezweifelt, wer den Mythos der Unschuld füglich bezweifelt. Da indes die Phylogenese der Kunst nicht der Auseinandersetzung mit der Welt, nein: der christologischen Imagination entspringe (»aus dem Sündenfall; aus der Promotion des Menschen zum Ich und dem damit einhergehenden Verlust der Eins an die Zwei«), vermag auch Kritik nichts anderes, denn sich dem Namenlosen zu subordinieren, dem Fleck des Irreduziblen, dem »schmutzigen Daumen«, zu huldigen, zu versinken und (-)schwinden im Gegenstand, der nicht sprechen will außer durch die Form. Form aber darf, kann nicht übersetzbar, alterisierbar sein. »Man versteht Becketts Stück (»Warten auf Godot«; J.R.) nur, solange man sich nicht bemüht, es zu verstehen«, expliziert Fabri, um zu verfügen, Interpretation sei gänzlich ein Ding der Unmöglichkeit: »Es ist dunkel, insofern die Wörter in ihm nicht so sehr bedeuten, als sind. Es ist dunkel, indem es zwar erklärt, sich selber aber nicht erklären läßt. Kurz, es ist dunkel, insofern es widersteht«, das Gedicht, und die »Apologie der abstrakten Malerei« (1949) stimmt, nicht zu Unrecht Hans Sedlmayrs *Verlust der Mitte* belächelnd, Gesänge an: Hymnen auf die Sujetlosigkeit, die »Bezauberung«, auf die omnipräsente Ticket-»Musikalität« der Bilder, auf das »Unnennbare«, das »wortlose Ergriffensein«, auf all die inventarisierten Taschenspielertricks der Esorauner und -gauner, das »Orakelspiel« »reinen Anschauns«, welches »etwas Braun, Grün und Schwarz« mit geringfügig verschmockt standardisierten »Ooohs« und »Aaahs« quittiert. Was spräche indes dagegen, trotz nicht unbedingt betrieblich verschmähter Ateliersseinsmystik und trotz des längst etablierten Alleinvertretungsanspruchs einer heiliggesprochenen Moderne die avancierte Position heute, sagen wir, Robert Gernhardt zu bescheinigen? »Gegenstand, das ist so oder so Industrie«, schnaufte Fabri, während Gernhardt, dem Altarspruch »schwer und leer« skeptisch begegnend, vorschlug, Kunstwerke unterm Aspekt der Freude mehrenden »Verklärung des Gewöhnlichen« (A. Danto) zu begucken – so, »daß es ... ein sinnliches Vergnügen bereitet, dem Verlauf jenes schlichten Bindfadens zu folgen, an welchem das Federvieh aufgehängt ist, vom geradezu taktilen Reiz, den das Betrachten all der Flaum- und Schwungfedern bereitet, ganz zu schweigen« (*Der letzte Zeichner*, Zürich 1999).

Daß der Kritiker Fabri, der Schriftsteller und deshalb einzig *befugte* Kritiker Fabri, das Diskursive zu pulverisieren trachtete und dennoch einige hundert Seiten les-, versteh- und goutierbaren *Schmutzigen Daumen* zuwege brachte, grundiert die paradoxale Konstruktion des gesamten Unterfangens. Ein Spiel um nichts und wieder nichts? Ein Zeitvertreib für die stillen, luxuriösen Stunden des Feierabends?

1990 robertlembkete Fabris »Selbstanzeige«: »Was bin ich? – Ein Schriftsteller? – Nein, ich bin ein Taschenspieler, der aus dem Zylinderhut seines Wortschatzes Girlanden, bunte Bänder, Papierblumen, ein Kaninchen und ab und an auch mal niedliche kleine Giftschlangen hervorzaubert. Mir und meinem Arbeitgeber – der Sprache – gefällt's.«

Na bitte.

Bzw.: Der Mensch ruckelt am Komma, Gott schaut zu. – Und gegen den Gedankenstrich / Sieht er keinen Stich.

Konkret 11/00, S. 54

Günther Jacob

Kunst & Gewerbe

Disparität

»Revolution in Belgrad!« Die Revolutionsbegeisterung, die am 5. Oktober 2000 deutsche Nachrichtensprecher und besonders die jüngeren männlichen und weiblichen Auslandskorrespondenten erfaßt hatte, war bemerkenswert. Leute, die sich noch nie eine abweichende Meinung erlaubten, feierten die Inbrandsetzung eines Parlamentsgebäudes und Angriffe auf Uniformierte. Mit einer geradezu »leninistischen« Rhetorik sprachen in diesen Tagen auch gerade die aus der »68er Bewegung« kommenden deutschen Staatssekretäre und Minister über Probleme von Strategie und Taktik im Bürgerkrieg. Generalstreik plus Zersetzung der Loyalität der Staatsbediensten, so lautete ihr Rat an die Milosevic-Gegner.

Seit der »friedlichen Revolution« der Ostdeutschen hat sich in Deutschland eine Revolutionslust ausgebreitet, deren radikale Unnachgiebigkeit erst dann befriedigt ist, wenn irgendwo im ehemaligen »Osten« die Restauration des Kapitalismus hundertfünfzigprozentig durchgesetzt ist. Die Situation erinnert an einen Satz, den Marx 1843 geschrieben hat: »Die Deutschen haben die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Sie waren immer nur einmal in Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Beerdigung.«

Die »Deutsche Revolution« führte genau 51 Jahre vor dem 9. November 1989 zu dem Pogrom, mit dem die endgültige Auslöschung der jüdischen Existenz in Deutschland begann. Das heutige Revolutionsgetöse nährt sich aus dem Wissen um diesen Zusammenhang und soll es zugleich übertönen. Wenn die heutigen Politik- und Meinungsmacher, noch angeheitert von ihren »Einigungsfeiern«, den Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge bedauern und zugleich zwei Tage später weitaus entschlossener die Verfolgung »serbischer Kriegsverbrecher« betreiben, dann haben sie sich gleich zwei Mal auf die »Deutsche Revolution« der Alten bezogen.

Konkret 11/00, S. 54

Hermann Kant

Kunst & Gewerbe

Priorität

Die besinnungslos ausufernden Deutschland-Einheizfeiern waren für die Redaktion Anlaß genug, im näheren Autoren- und Autorinnenkreis spornstreichs herumzufragen, was zum zehnten Todestag der DDR evtl. anzumerken sei. Damit später einmal nicht gesagt werden könne, daß nicht gesagt worden wäre, was hätte gesagt werden können – wenn nicht müssen.

Humanität

Nach altkommunistischem Komment die Selbstkritik der Kritik voran: Im Jahre 1989 bzw. 1990 beging ich entsetzliche Fehler, deren einer in grober Unterschätzung und deren anderer in gröblicher *Über*schätzung bestand. Sträflich unterschätzte ich die Gewalt, welche in allen Fundamentalismen wohnt, seien es nationale, religiöse, ökonomische oder politische. Sträflicher noch überschätzte ich die Fähigkeit des Kapitalismus, sich in der Hand zu behalten. O, dachte ich, schlau wird er diesmal sein und seinem Reichtum ebenso steuern wie dem zu diesem nötigen Elend. Ach, sage ich jetzt, er hat die Schlauheit nicht aufgebracht und nimmt, was das *Kommunistische Manifest* zur Bourgeoisie vorträgt, weniger als seine Beschreibung als einen Verhaltensvorschlag. Die Verfasser M. & E. sind dahin wie die meisten ihrer Leser. Vom Rest dürfen Wallungen in Demokratie erwartet werden – ab drei Mark aufwärts stellen sie ihren Polo quer. Und nach Jolo – so der Reim, den ich mir mache – fahren sie vorerst auch nicht mehr. Um aber nicht mit Trost zu geizen: Stünde die Geschichte *Aufstieg und Fall der Menschheit* in zwölf Kapiteln, hätten wir derzeit Dezember kurz vor Bescherung. Behaupte ich und bin der Meister Nadelstich, der es dem Amboß gibt. Immerhin, eher bequemte sich solch Klotz durchs Nadelöhr, als ich mich aus meinem kamelischen Treiben.

Konkret 11/00, S. 54

Christian Y. Schmidt

Kunst & Gewerbe

Inferiorität

Dieser Tage sah man in diversen Fernsehdokumentationen die »legendäre« Pressekonferenz vom 9. November 1989 noch einmal, in deren Verlauf der SED-Funktionär Günter Schabowski nicht begriff, was er sagte, und versehentlich die Mauer öffnete. Nur aufgrund einiger Zufälle endete dieser Akt nicht in einer wesentlich größeren Katastrophe als der, deren Zeugen wir seit nunmehr zehn Jahren sind. Bedenkt man dies, so stimmt man mir vielleicht zu, wenn ich Günter Schabowski zum größten politischen Trottel des vergangenen Jahrhunderts ernenne. Selbstverständlich aber war Schabowski nicht schuld am Ende der DDR. Abgesehen von der ökonomischen Situation und vielen anderen Faktoren – ein Staat, der von einer Elite regiert wurde, zu der Schabowski gehörte, mußte nicht einfach nur zugrunde gehen, ihn hat dieses Schicksal auch zu Recht ereilt.

Die tatsächlichen Katastrophen, die die Vereinigung in den letzten zehn Jahren gezeitigt hat, sind mehr oder weniger bekannt: ein immer noch schwelender Krieg gegen verschiedene Minderheiten im Inneren, ein erster Angriffskrieg gegen einen äußeren Feind. Eine politische Opposition gibt es nicht mehr, an ihre Stelle sind Irre getreten (allein in den letzen Wochen wurde das Reichstagsgebäude drei Mal von Geisteskranken angegriffen). Von anderen Katastrophen – wie der systematischen architektonischen Zerstörung der Städte und Landschaften in der ehemaligen DDR nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik – nimmt überhaupt niemand Notiz. Aber es gibt auch Positives: Daß ich im Sommer ohne weitere Umstände in einem der Seen Brandenburgs baden kann, gehört dazu.

Konkret 11/00, S. 54

Sahra Wagenknecht

Kunst & Gewerbe

Liquidität

Zehn Jahre großdeutsche *Einigkeit,* das sind 93 durch Naziterror ausgelöschte Menschenleben, unzählige von östlichen Straßen und Plätzen verbannte Antifaschisten-Namen, beschmierte Gedenkstätten und brennende Synagogen, ein Innenminister Schily, der über Niedertracht und Mißbrauchswillen ausländischer Flüchtlinge sinniert, und ein Außenminister Fischer, der auf Bitten von Degussa, Deutscher Bank und Allianz, einst agile Stützen renditesteigernder KZ-Betriebe, ein amerikanisches Gericht über deren Faschismus-Connection belügt.

Zehn Jahre großdeutsches *Recht,* das ist eine zum Nulltarif verschleuderte und weitgehend liquidierte ostdeutsche Volkswirtschaft, das sind sechs Millionen Arbeitslose, eine Million Kinder, denen es am Allernötigsten fehlt, und ein Plus für den Deutschen Aktienindex von 300 Prozent.

Zehn Jahre großdeutsche *Freiheit,* das sind Ausflüge der deutschen Bomberflotte in Richtung Belgrad, die Belieferung türkischer Folterkeller durch deutschen Abschiebevollzug und ein internationales Firmenfressen deutscher Konzerne, durch das sich immerhin 22 von ihnen in die Weltliga der größen und mächtigsten vorgeschoben haben.

Was kommt? Hoffentlich bald ein neuer Anlauf zum Sozialismus, der dann auch durchgehalten wird und den blutigen Spuk endgültig beendet.

Konkret 11/00, S. 54

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Majorität

Etwas ist faul und haut nicht hin: mit den Mehrheiten. Für die DDR gab es am Ende, wenn es sie je für sie gegeben hatte, keine mehr. Für den Sozialismus waren auch keine zu haben. Nicht einmal die Bolschewiki hatten, wenn sie auch so hießen, eine. Die Wahrheit ist, daß es die Mehrheiten sind, die alles verderben, und man wird, um nicht ganz unkundig zu bleiben, zur Kenntnis nehmen müssen, daß geschichtliche Lösungen, für die Mehrheiten benötigt werden, untauglich sind. Daß Überlegungen und Ideen, die Mehrheiten brauchen, vernachlässigt werden können. Daß Mehrheiten nur gedient werden kann gegen den Willen von Mehrheiten. Die Diktatur des Proletariats war, da selbst auf einer Art Mehrheit basierend, unbefriedigend. Die Herrschaft des Apparats, da nach ihr schielend, dito. Wo Mehrheiten sind, ist kein Weg. Bleibt kein Stein auf dem anderen. Kann keine Mauer sein.

Konkret 11/00, S. 55

Peter O. Chotjewitz

Kunst & Gewerbe

Mobilität

Östlich von Rommel ist die Wiedervereinigung nebensächlich. Hier ist heute Unabhängigkeitstag, aber keine Feier, und der Dreck häuft sich in den Straßen, als wäre nix gewesen. Natürlich hätte man die deutsche Frage auch anders lösen können: Alle Berliner nach Alexandria und umgekehrt. Aber das hätten die Ägypter nicht mitgemacht. Kluges Volk. Ich lerne lieber erstmal die hiesigen Zahlen und übe mich im Tee-Trinken.

Konkret 11/00, S. 55

Robert Kurz

Kunst & Gewerbe

Zu spät

Erst waren sie das Volk und noch dümmer als die Demokraten von 1848, dann ein Volk mit dem Auslaufmodell DM, jetzt sind die Ostdeutschen nur noch völkisch und erst recht unbrauchbares Menschenmaterial fürs Kapital. Das war s dann: unnütze Landschaften gespickt mit nagelneuen Autobahnkreuzen, Mobilfunkantennen und Einkaufszentren. Kostenpunkt: soviel wie ein besserer Rüstungshaushalt, der trotzdem nicht zur Weltmacht reichen würde. Franziska von Almsick sieht im Profil allmählich aus wie Helmut Kohl, und die albanische Einflußzone macht auch nicht viel her. Die deutsche Vereinigung war so anachronistisch, wie es die koreanische wäre. Und tschüs, sagte die Geschichte.

Konkret 11/00, S. 55

Fanny Müller

Kunst & Gewerbe

Flexibilität

Zu unseren 60 Millionen Deppen noch 17 Millionen dazu? Interessiert ja wohl keinen, außer dem Ausland. Das möge sich wünschen, daß irgendwer doch den Morgenthauplan durchgezogen hätte, aber ein einzig Volk von Bauern? Wäre auch nicht das Wahre gewesen. Bauern sind nicht bekannt für ihre toleranten Einstellungen.

Da es ja Mode ist, sich über ehemalige DDRler (Frisuren, Apostroph s, Broiler) lustig zu machen, möchte ich jetzt mal was Gutes über sie sagen. Ich selbst kenne nur einen, der dreht mir immer die Matratzen um. Das nenne ich gute Nachbarschaft. Außerdem kann er noch Lampen reparieren. Das hieß bei denen polyglotte Erziehung. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden, und ich wünschte, wir hätten früher auch sowas gehabt.

Konkret 11/00, S. 55

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Modernität

»Günter Grass hält die Erinnerung nicht für teilbar«, frohlockte Seite eins der »FAZ« am 4. Oktober 2000, einen Tag nach den vornehmlich Dresdner Aufmärschen zum Zehnten und wegen des Prosakumpels Berechnungen bzgl. der »Leiden« der »Deutschen«, die sich jetzt gegenüber Auschwitz nicht mehr so schlecht machen.

Unterm Strich der deutschen Indifferentialrechnung verbucht die engagierte Einigungseinheit neben dem runderneuerten Grass den Sender MDR, der gelegentlich des 3. Oktober die Sendung »Die Mauer in den Töpfen Deutschland ist, was es ißt« hat werden lassen, in welcher dem »Moderator mit Moral«, Ulrich (*Buch der Tugenden*) Wickert, der strahlend schöne Chorus erwuchs: »Deutschland ist politisch plötzlich wieder eine Nation geworden, sucht seine Identität ... Ich glaube, daß Deutschland ein sehr moderner Staat wird.«

Ich möchte das alles erneut scharf begrüßen. Man lauscht ihr nicht jeden Tag, dieser frauenkirchlich radikalrestaurierten und symbolsatten Sittlichkeit der Kotzbrocken.

Konkret 11/00, S. 55

Fritz Tietz

Kunst & Gewerbe

Identität

Anfängliche Zweifel an einer wie auch immer gearteten Verwandtschaft von Zonis und Restdeutschen reiften in den letzten zehn Jahren zu dieser sicheren Erkenntnis: Wenn überhaupt, ist Deutschland West mit Deutschland Ost ungefähr so verbrüdert wie mit Österreich, Mexiko oder mit der Mongolei und um keinen Deut mehr, aber auch nicht weniger verschwistert als mit Holland, Peru oder Transsilvanien.

Kaum vierzig Jahre in zwei verschieden organisierten und konsequent voneinander getrennten Gesellschaftsformen genügten jedenfalls, um aus einer angeblich ewig einigen deutschen Nation zwei höchst unterschiedlich tickende Bevölkerungsgruppen zu machen: mit ebenso verschiedenen Ampelmännchen wie zwei völlig divergenten Vornamenskulturen. Zwar haben sich die Marios und Mandys und die Kevins und die Jessicas bei ihrer zwanghaften Zusammenführung vor zehn Jahren immerhin noch zaghaft beschnuppernd befremdelt. Inzwischen sind sie sich jedoch nurmehr wildfremd, wenn nicht sogar spinnefeind. Mitunter regiert der blanke Haß.

Wenn aber eine Feindschaft jemals für etwas gut war, dann diese. Anders nämlich und eindrucksvoller als durch sie wäre nie bewiesen worden, daß es eine auf Herkunft, Geschichte, Blut oder sonstige Körpersäfte sich gründende nationale Identität nicht gibt.

Zehn Jahre danach wird also immer klarer: Weder gehört hier noch wächst da in Deutschland irgendwas zusammen. Die nationalistische Lehre vom ewigen und einigen deutschen Volk und Vaterland hat sich durch die Realität gründlich widerlegt. Nie waren Ost- und Westdeutschland auseinanderer.

Konkret 11/00, S. 55

Horst Tomayer

Kunst & Gewerbe

Zehn Thesen auf Spesen zur sogenannten »deutschen Einheit«

Dem allergeringsten von keinem MaxPlanckMikroskop eruierbaren Spurenelement von Feinheit
Und Reinheit ermangelt es der deutschen Einheit

Im WeltComputer ist die deutsche Einheit
Dementsprechend gespeichert unter www.de.gemeinheit

Die deutsche Einheit ist weder petzepellepingoputzig noch ingeniös
Die deutsche Einheit ist bloß schmutzig und desaströs

Die deutsche Einheit ist keine Musik und kein Gedicht
Sie ist nur der uralte Trick bei gedimmertem Licht

Die deutsche Einheit kommt sehr gern daher
Als Glatze wie als Bundeswehr

Die deutsche Einheit dünkt Deutschlands Nachbarn soo bitter
Daß sie das Deutschlandlied spielen auf ihrer Zither

Die deutsche Einheit ist kein Elixier
Sie mundet wie vom Gottseibeiuns frisch erbrochnes Bier

Die deutsche Einheit ist kein adornitisches Bacchanal
Sie ist das Multiplikat aus bananenbanal und kapitalbrutal

Die deutsche Einheit ist nicht nur die Schändung
Der heiligen Idee (a. D.) der deutschen Teilung – sie ist die Schändungsfrechheit in perfidester Vollendung

Wer die deutsche Einheit mehr liebt als alle Tassen
In seinem Schrank gehört an die Wand gestellt – und dort stehen gelassen

Konkret 11/00, S. 55

Mathias Wedel

Kunst & Gewerbe

Kontinuität

Wie ich zehn Einheitsjahre überlebte: 1990 betrunken (»Aus Kummer oder aus Freude?«, wurde ich in Interviews gefragt. »Aus Durst!«, habe ich mir vorgenommen zu antworten – aber jetzt fragt mich keiner mehr). 1991 abgewartet und überlegt, ob es für mich – geborener Thüringer – nicht besser sei, mich zu Bayern zu bekennen.

1992 nach Vermont, USA, emigriert, wo aber die Mädchen ab Mitte 20 noch dicker als in Russland sind, dann in Berlin eine Zeitschrift herausgegeben, als ein letzter Redakteur DT 64 beerdigt und als letzter Redakteur »Die Weltbühne« zu Grabe getragen. 1993 Henryk M. Broder liebengelernt. 1994 Heimatfilme gedreht, die von Wirtshauswirten bezahlt wurden, die jede Menge Chappi in der Kammer hatten – für die Gulaschsuppe. 1995 unglückliches Verhältnis mit Markus Meckel (SPD), einiges Einkommen als Cannabiszwischenhändler im Tiergarten. 1996 zugenommen. 1997 aufs flache Land emigriert. 1998 eigene Cannabisernte – von der Schwiegermutter aufgeraucht. 1999 feierliche Eröffnung meiner Praxis als Pilz- und Sexualberater (Stahlrohr-Feder-Stühle mit schwarzem Leder!). 2000 erste Beratungsfehler, Wahlbeobachter bei den Gemeindewahlen in meinem Dorf (überwältigender Sieg der Alkoholiker-Fraktion), der Katze das Apportieren beigebracht, abgenommen.

Konkret 11/00, S. 56

Oliver Tolmein

Recht und Moral: keine Zwillinge

Kulturkolumne

Bis zum 22. September ließ sich die Geschichte als Tragödie erzählen: Sie war traurig, aber unabänderlich. Ein junges, seit einem Jahr verheiratetes Ehepaar, beide arbeitslos, erfährt, daß es siamesische Zwillinge bekommen wird. Weil der arme Mittelmeerstaat Malta einen entsprechenden Vertrag mit dem Vereinigten Königreich hat, können die beiden nach Manchester, wo die Ärzte des National Health Trust eine komplikationsarme Entbindung und optimale medizinische Versorgung der Zwillinge sicherstellen sollen.

Als die Kinder auf der Welt sind, stellt sich heraus, daß beide zusammen eine schlechte Überlebenschance haben, die Trennung des Zwillingspaars aber den sicheren Tod eines der Kinder zur Folge haben wird: Marys Herz ist zu schwach, ihren eigenen Blutkreislauf in Gang zu halten. Die Eltern, beide gläubige Katholiken, entscheiden sich, die Operation, die Jodys Leben vielleicht erhalten und Marys Leben sicher beenden würde, nicht durchführen zu lassen. Die Mediziner in der Klinik respektieren diesen Behandlungsverzicht nicht und gehen vor Gericht.

Großbritannien, das für die Eltern Zuflucht in einer schwierigen Lage bieten sollte, droht zum Ort ihrer Entmündigung zu werden. Der Richter der ersten Instanz entscheidet, keine 24 Stunden nachdem der Antrag der Ärzte ihn erreicht hat, für Operation. Ein Leben auf Kosten eines anderen zu retten erscheint ihm richtig, wenn die Alternative ist, sonst beide Leben zu riskieren. Die Eltern ziehen zum Court of Appeals. Drei Lord-Richter haben jetzt die Entscheidung zu treffen. Es werden Gutachten eingeholt, in den Medien wird diskutiert, die Medizinethiker geben ihre Ansichten zum besten.

Am 22. September, zehn Tage später als erwartet, wird der Spruch der drei Lord-Richter veröffentlicht. Einmütig haben die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes entschieden, daß die Operation, in deren Verlauf Mary sterben wird, stattfinden muß. Der Rechtsstaat hat das Schicksal der beiden Kinder und ihrer Eltern in die Hand genommen. Und statt von einer Tragödie muß jetzt von einem Präzedenzfall berichtet werden. Gibt es Bedingungen, unter denen die Tötung eines Menschen zur Rettung eines anderen Menschen erlaubt ist?, lautete die eine, die einfachere Rechtsfrage, die die obersten englischen Richter zu entscheiden hatten. Die andere, schwierigere: Unter welchen Umständen ist ein solcher tödlicher Eingriff sogar zwingend geboten?

Die Lord-Richter betonen in ihren Urteilsgründen zwar mehrfach die einzigartigen Umstände dieser Entscheidung; die Prinzipien, auf die sie ihr Ja zur Operation, die lebensrettend und tödlich zugleich sein soll, stützen, sind aber von allgemeiner Gültigkeit. Charakteristisch für das Urteil und bedeutsam für dessen Auswirkungen ist auch, daß sich die Richter wiederholt und ausführlich auf die Entscheidung des House of Lords (dasOberhaus, das in Zivil- und Strafsachen oberste Berufungsinstanz ist) berufen, die im Bland-Fall ergangen ist:

Damals, vor fünf Jahren, mußten die Richter darüber befinden, ob es rechtmäßig ist, einem Menschen im Wachkoma die künstliche Ernährung vorzuenthalten. Auch in diesem Urteil strichen die Richter heraus, wie einzigartig der Fall sei – und befanden: Wenn es im besten Interesse des Patienten sei, nicht mehr zu leben, könne die medizinische Behandlung, worunter auch die künstliche Ernährung über eine Magensonde falle, abgebrochen werden. Bland werde, so die Fiktion der Richter damals, nicht sterben, weil beabsichtigt sei, ihn zu töten, sondern weil er selbst nicht in der Lage sei, sich ohne medizinische Hilfe zu ernähren.

Diese Überlegung spielte auch jetzt eine zentrale Rolle: Die Operation, so die Richter in ihrer ausführlich begründeten Entscheidung, habe nicht das Ziel, Mary zu töten, sondern werde diesen Tod nur als Folgeerscheinung nach sich ziehen. Daß sie sterben werde, habe seinen Grund nicht im Eingriff der Ärzte, sondern darin, daß ihr Körper nicht in der Lage sei, sie aus eigener Kraft am Leben zu erhalten.

Auf einen auch für künftige bioethische Problemstellungen folgenreichen Rechtssatz gebracht, lautet das Ergebnis der Lord-Richter: Ein Mensch, der sich aus eigener Kraft nicht am Leben erhalten kann, darf in besonderen Fällen durch einen medizinischen Eingriff getötet werden, wenn dieser Eingriff Bedingung dafür ist, ein anderes Leben zu erhalten.

Lord-Richter Ward hat diesem Todesurteil den einleitenden Satz vorausgeschickt: »Wir sind keine Instanz, die über Moral zu befinden hat, wir sind ein Gerichtshof, der Recht spricht, und wir müssen unsere Entscheidung auf der Basis gesicherter rechtlicher Prinzipien finden.« Das ist eine Feststellung, der insbesondere Juristinnen und Juristen beipflichten müssen und die in der Erkenntnis, daß Recht und Gerechtigkeit nicht viel miteinander zu tun haben müssen, ihren populären Ausdruck gefunden hat. Da Recht und Moral keine objektiven Größen sind, sondern von normativen Vorgaben und damit zeit- und stimmungsabhängig sind, klingt diese Feststellung einleuchtender, als sie ist. Immerhin ist sie insoweit von Bedeutung, als sie die Legitimität eines Systems abstrakter Grundsätze behauptet, das Schutz gegen Maßnahmen bietet, die sich auf nicht mehr als auf ein oft vages und intuitives Empfinden von dem, was »richtig« sein soll, stützen.

Problematisch wird der Verweis auf die eigene Qualität und die Unabhängigkeit des Rechts von der Moral aber dort, wo es nicht eigene, entwickelte und abgesicherte Prinzipien gegen die Moral in Stellung bringen kann, sondern sich auf Neuland begibt, von dem aus es selbst massiv in geschützte Rechtspositionen eingreift. So ist es sowohl im Bland-Verfahren als auch im Prozeß um das Leben der siamesischen Zwillinge geschehen: Sowohl die Entscheidung, einen Menschen verhungern zu lassen, weil man sein Leben nur noch für Leiden hält, als auch die Entscheidung, eine Operation durchzuführen, in deren Verlauf ein Mensch getötet wird, um einen anderen zu retten, läßt sich nicht unter Berufung auf Rechtsprinzipien von moralischen Überlegungen entkoppeln. Hier kann das Recht keine eigenen übergeordneten, abstrakten Verfahrensprinzipien geltend machen, die geschützt werden müssen, will man das System nicht insgesamt in Gefahr bringen.

In Fällen wie diesen führt die Entkoppelung von Recht und Moral dazu, daß Moral zu einer für die gesellschaftliche Wirklichkeit vernachlässigbaren Größe wird, und Recht, dessen Geltung und Reichweite von einer professionellen Elite verhandelt wird, sich immer größere Bedeutung verschafft. Für die Bioethiker wird das Recht durch Richtersprüche wie den der Lord-Richter zu den siamesischen Zwillingen Jody und Mary zusehends zum besten aller denkbaren Terrains für die künftige Auseinandersetzung. Im Gerichtssaal können sie, von Profi zu Profi, ihre abstrakten Prinzipien, die gegen Intuition und jede tradierte Moralvorstellung stehen, besser als irgendwo sonst an den Mann bringen. Und das ist für sie die wichtigste Voraussetzung, ihrem Ziel näherzukommen: die Ideologie durchzusetzen, daß menschliches Leben kein Wert an sich ist, sondern stets optimiert und von der Zeugung bis zum Tode effizient verwaltet werden muß.

Einen Link zum Urteil der Lord-Richter gibt es auf http://www.tolmein.de

Konkret 11/00, S. 60

Georg Seeßlen

Der Zauberwald ist abgebrannt

Kann man einen Film über Skinheads machen? »Oi! Warning« ist ein Angriff auf den Mythos des Mainstreams

Die allgemeine mediale Identifizierung des Skinhead ist längst so einfach wie abgeschlossen; einige wenige Modelle scheinen uns zu genügen: das Sozialarbeiter-Modell vom allein gelassenen und verführten Jugendlichen, das Alien-Modell von der Unbewohnbarkeit der Städte, das Gröl- und Sauf-Modell und das der NPD-Aufmärsche mit ihren Trommeln. Der Mainstream hat sich diese Bilder nach Art einer Induktionsschleife eingeschrieben; Bild und Wirklichkeit fangen an, sich miteinander zu verwechseln. Was freilich aus diesen Bildern ausgeschlossen ist, das ist die Geschichte, die Geschichte der »Bewegung« und die des Individuums. So ist das Skinhead-Bild des medialen Mainstreams auch insofern propagandistisch, als es vor allem ein Bild der Angst ist, die es erzeugt. Und umgekehrt: Ein wenig Mut muß man schon haben, wenn man sich auf ein anderes Bild einlassen will.

Der Film beginnt mit zwei Einstellungen, die sich einem ziemlich tief in die Netzhaut brennen. Ein Messer, das ein Zeichen in Menschenhaut ritzt. Ein Mann und eine Frau im Wald, in seltsames, irreales Licht getaucht: der nackte, düstere, tätowierte Mann läßt seine Muskeln spielen. Die helle Frau ist hingerissen von diesem Posing. Es ist, als hätte sich da ein natürlicher Faschist seine Leni Riefenstahl gleich mit ins Bild geträumt. Ein unmögliches Bild, das eine ganze Anzahl von fix gespeicherten Vorstellungen hinwegfegt. Aber auch dieses Bild selber kann nicht bestehen: Der Mann nimmt von irgendwoher eine Handgranate und reißt mit den Zähnen den Zünder ab. Ein greller Blitz leert die Leinwand. Der ganze Film »Oi! Warning« funktioniert zwischen diesen beiden Bildern, zwischen dem Schmerz und dem Glück einer barbarisch-körperlichen Männlichkeit. Und er erzählt von einer Suche danach, und davon, warum sie scheitern muß.

Der siebzehnjährige Janosch lebt und leidet am schönen Bodensee. Als er von der Schule fliegt, nimmt er das zum Anlaß, sich auf seinen Motorroller zu schwingen, schwäbelnde Mutter und spießige Freundin zu verlassen. Dominik und Benjamin Reding benutzen dabei eine Technik, die der frühe Martin Scorsese geliebt hat: Eine Off-Narration des Helden, die sich ständig selbst der Großsprecherei überführt und von den groben Schwarzweißbildern ebenso rigoros kommentiert wird wie von den undramatisch-trivialen Dialogen.

Janosch kommt nach Dortmund, wo er seinen ehemaligen Kumpel Koma wiedertrifft, Vorbild und Bruder schon damals. Koma arbeitet in einer Brauerei und wuchtet Bierkisten; mit seiner schwangeren Freundin Sandra wohnt er in einer kleinen Wohnung. Aber das ist nur das halbe Leben. Die andere Hälfte gehört dem Kickboxen, den Skinheads, Trinken, Ska und Gewalt. Vom Stolz auf die working class singt die Skin-Band; mit den Nazis hat man hier noch nichts zu schaffen, Männerbund und tribe scheinen sich noch selbst zu genügen. Aber da ist schon genügend, was nicht funktioniert. Koma wird von einer großen Unruhe, einem großen Zorn ohne Gegenstand getrieben. Er muß hassen, wenn er die Widersprüche seines Lebens aushalten soll.

Janosch läßt sich die Haare abrasieren, läßt sich tätowieren, läßt sich mitschleifen durch die Skin-Nächte. Und auch eine neue Freundin könnte er haben, das Kleinbürgermädchen Blanca, das nur raus aus dieser muffigen Wohnzimmer- und Fernsehwelt will – und doch auch mit dem Traum von gemeinsamer Wohung und Karriere gleich wieder hinein. Die Begegnung mit ihr gehört zu den Schüben von Desillusionierung, die Janosch seit seiner Ankunft erlebt. Dann lernt Janosch den Punk Zottel kennen und lieben, dessen Lebensstil offensichtlich radikaler und selbstverständlicher ist als der von Koma und seinen Freunden. Er hat, so scheint es, wirkliches Vergnügen am Bruch mit der bürgerlichen Welt.

Koma muß sich gleich doppelt ausgestoßen vorkommen. Er sieht sich, nachdem er Vater von Zwillingen geworden ist, nicht nur dem bedrückenden Alltäglichen ausgesetzt, sondern, schlimmer noch vielleicht, die Bewunderung in den Blicken der anderen, vor allem in dem von Janosch, schwinden. Janosch ist mit der Entscheidung zwischen den beiden überfordert. Und als die Gewalt sich in einem sinnlosen Kreis entladen hat und für niemanden Hoffnung geblieben ist, kann er nur noch hoffen, daß ihm das Leben noch einmal eine zweite Chance gibt. Wie im Kino.

Eine Lesart für diesen Film mag es sein, die Skin- und Punk-Szenen nur als »Beispiele« für den stets desolateren Durchgang des Menschen, des Mannes vor allem, zu nehmen, durch die tribes und Zwischenkulturen zum bürgerlichen »Erwachsenen«. Was man früher »Freiraum« genannt hätte, ist nun zu einer auch semiotisch – und am Ende auch ideologisch – ausgesprochen engen Welt geworden. Nicht die Idee, nicht die Reise, der Körper selbst wird zum Schlachtfeld, aber auch zur Begrenzung. Denn nicht zuletzt ist es ja auch ein Film über so vieles, was im Ritual nicht zu sich kommen darf, und es ist ein Film über die Liebe und die Enttäuschung. Janosch muß den Kreis des männerbündischen Bannens der Homosexualität verlassen, um das Glück im Schlamm eines leeren Schwimmbassins zu finden. Nicht auf der Ebene der Argumente, auf der Ebene des Körpers, auf der Ebene des Begehrens wird in »Oi! Warning« die Skinhead-»Kultur« verurteilt, als ein unmöglicher und besinnungslos gewalttätiger Versuch der Maskierung. Der Maskierung der bürgerlichen Apathie ebenso wie der Maskierung des unerfüllten Begehrens. Koma und die Seinen, das sind Männer, die weder zur Frau noch zum Mann noch zu sich selber kommen können. Merkwürdigerweise berührt gerade

hier der Film die mediale Repräsentierung des Skins. Er ist nichts ohne sein Bild, er überwindet im Wahrgenommenwerden die Unmöglichkeit seines Zustandes, und er braucht dazu die Gewalt, um wenigstens so den Körper, der ihm fremd bleiben muß, zu bewahren. Deshalb kann man »Oi! Warning« vielleicht auch als Tragödie (oder Groteske) des Männerkörpers in unserer Zeit ansehen.

Wir kennen den Typen, der längst schon ein zweites, bürgerliches Leben führt und zugleich um so militanter im Zwischenreich der Pubertät das Einhalten der Regeln und das Bewahren der Ideale verlangt, aus den unterschiedlichsten Kulturen. Nicht zuletzt der Männerbund Militär funktioniert auf diese Weise. Während Rocker und Mods zunächst vor allem von einer nomadischen Alternative zum stationären Spießer-Dasein der Eltern träumten, hat sich schon bei den Punks die Bewegung festgefressen, No Future hieß vor allem auch, daß es keinen Ort mehr geben würde, zu dem aufzubrechen sich lohnen würde. Man grub sich in die Ruinen ein (und schon die Hausbesetzer-Szene war ja durchaus ambivalent in der Besetzung eines bürgerlichen Lebensraums, den man immer nur zugleich in Frage stellen und fortsetzen konnte), und der Film findet dafür das richtige Bild im Rest der »Wagenburg«, im Spaß des Punks, sich in den Schlamm zu graben, in der Schwierigkeit aller Protagonisten, den Blick zu irgendeinem Horizont zu heben. Wenn der Skin seinen eigenen Körper zum letzten gültigen Bild, zur letzten Währung erhebt, so ist der Punk im Film der Redings eine Art Natur-Kobold, einer, der mit den Elementen spielt. Den heimlichen Neid, die Konkurrenz zur bürgerlichen Gesellschaft und die Affinität kennt er nicht. Und so wissen wir von Anfang an, daß wir nicht nur einem Kampf der kaputten lost boys des Spätkapitalismus zusehen, sondern auch dem Kampf zweier Geister aus den Wäldern der Endzeit. Caliban ist schizophren geworden.

»Oi! Warning« beschreibt die Skin-Erfahrung von innen nach außen: Die drei Hauptdarsteller bringen ihre direkte Lebenserfahrung ein, sie haben erlebt, was sie darstellen, und sie sind stolz darauf – die Mädchen und Frauen werden dagegen von Schauspielerinnen verkörpert, was nur noch betont, wie sehr sie ausgeschlossen sind aus dieser Kultur der Männeridentifikation. Die Welt der Skins und Punks wird unmittelbar und, doch ja, zärtlich geschildert, die Welt der Bürger und der Erwachsenen in verzerrten, grotesken Einstellungen. Es ist, als müsse uns der Film beständig davor warnen, im falschen Umkehrschluß die Welt der guten Bürger zu rehabilitieren. Als wüßten wir nicht, wo der zweite Keim der Faschisierung zu finden wäre. Und der Film beschreibt eine Szene, die sich zwar gegen die eigene Faschisierung noch explizit wehrt, die aber gar nicht denkbar ist ohne diesen möglichen Umschlag. Koma und die Seinen wissen sehr genau, daß es die »Dummheit« ist, die zwischen ihnen und den Naziskins steht. Aber ist dies die einzige Widerstandslinie? Vom ersten Bild an wissen wir, daß diese Faschisierung tiefer steckt, als es dann mit den manifesten Übernahmen faschistischer Ideologie, mit der rassistischen Füllung der Haß-Bilder, geschieht – es ist gleichsam eine Art von Faschismus im Rohzustand, die wir mit Janosch erleben und die wir, mit ihm und ohne Hilfe von Wissen, Ideologie und Solidarität, auch wieder zu verlassen suchen. Wie schwer das ist, darüber macht sich »Oi! Warning« keine Illusionen. So nahe dran der Film ist, so präzise ist er auch darin, sich zu entfernen. Gerade weil er den Mythos von Körper und Raum, weil er das Sexuelle aufnimmt, steht er nicht in Gefahr, das Geschäft der Mythisierung zu betreiben. Er zerlegt das Bild vielmehr, in seine sexuellen, seine sozialen, seine ideologischen und seine biographischen Komponenten, und das nicht durch eine diskursive und ästhetische Anstrengung, sondern durch den Blick seines Helden, der sich, ganz buchstäblich, von den ersten traumhaften Bildern an verengen und erweitern muß. Auf einer tieferen Struktur ist dies nichts anderes als die Geschichte eines Jungen, der seiner bürgerlichen Gefangenschaft entflieht, um in eine noch furchtbarere präfaschistische Gefangenschaft zu geraten. Psychoanalytisch gesprochen, entflieht er der vaterlosen Anpassungswelt von Mutter und Freundin in die Welt eines dunklen Vaters, und den zu entlarven ist wesentlich schwieriger. Natürlich ist jede psychoanalytische auch eine politische Metapher, deshalb benutzt »Oi! Warning« die Skin-Szenen nicht nur als Maske dieses Familienmärchens, man kann den Vorgang auch umkehren.

Es ist etwas da, was ihn hält, und es geht nicht weiter. Das verändert die fundamentale, archaische Erzählung vom Kind, das suchen muß: nach Liebe, nach Anerkennung, nach Richtung. Der Zauberwald, von dem das erste Traumbild noch spricht, ist abgebrannt. Das Stationäre scheint also beinahe so etwas wie eine Grundbedingung der Faschisierung der Skinhead-Bewegung, gegen die sich die Protagonisten aussprechen, die aber in jedem Bild als Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit aufscheint. Und der sie am Ende vermutlich, wenn sie nicht schon vorher an ihrer Szene selbst kaputtgegangen sind, nichts entgegenzusetzen haben. Ihrem Elend, so scheint es, können auch diese Noch-Nicht-Nazi-Skins nicht entkommen, weil sie zu nichts aufbrechen können.

»Wir wollen«, sagen die Redings, »den Zuschauern große Probleme bereiten.« Das ist ihnen, vermute ich, durchaus gelungen. Denn weder führt »Oi! Warning« zurück in die wohlfeile Mythisierung (wie der fürchterliche »Romper Stomper«) noch in die Medien-Modelle von Sozialfall und Alien. Der Film erzählt zwar – ein Skandal, gewiß – zärtlich und direkt, abgestoßen und zornig von Skinheads, aber er erzählt gegen den Mythos, gegen das Bild. Wer ist schuld, wenn das Leben schon zu Ende ist, bevor es richtig angefangen hat? Die Frage ist so klug gestellt, daß es die dumme Antwort der Naziskins darauf nicht geben kann. Auch wenn »Oi! Warning« vielleicht vor allem ein Hippie-Film über Skinheads ist, komplett mit Sexualtheorie und Aussteigerkitsch (und damit bei weitem nicht so ideologiefrei, wie er sich selber gerne hätte), so gehört er doch zum Besten, was uns derzeit passieren kann. Weil, vielleicht, wenigstens im Kopf wieder etwas in

Bewegung kommt.

»Oi! Warning« von Dominik und Benjamin Reding läuft seit 19. Oktober im Kino.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 10/2000 über das Porträt in der Kunst des 20. Jahrhunderts

Konkret 11/00, S. 62

Marit Hofmann

FilmTheater

Kanak Attack - Liebesluder

Kanak Attack

Regie: Lars Becker; mit Luk Piyes, David Scheller, Tyron Ricketts; BRD 2000 (Concorde); 84 Minuten; ab 16.11. im Kino

Die Vorstellung, »Kiel-Verbot« erteilt zu bekommen, hat etwas Belustigendes. Für den Junkie und Kleinkriminellen Ertan Ongun und seine Kumpels ist diese Drohung seiner Rivalen so ziemlich das Härteste, was ihnen passieren kann, denn die provinzielle schleswig-holsteinische Landeshauptstadt ist ihr Kiez – hier sind sie groß geworden, hier hängen sie ab oder vertreiben sich die Zeit mit Drogenhandel und anderen Geschäften. »Wir sind die Kanaken, vor denen ihr Deutschen immer gewarnt habt. Jetzt gibt es uns, ganz eurem Bild und euren Ängsten entsprechend«, lautet Ertans Botschaft.

Doch sind die »Kanaken« nicht die Sieger, jedenfalls nicht in der Wirklichkeit und nicht in Feridun Zaimoglus Buchvorlage zum Film. Am Ende von *Abschaum. Die wahre Geschichte des Ertan Ongun* steht – im Buch und in der Wirklichkeit – die Abschiebung. Der Film dagegen endet durchaus hoffnungsvoll: Zwar hat ihn sein bester Kumpel verpfiffen, aber zwei Freundinnen stützen den verletzten Ertan in einem der letzten Bilder. Daß der wahre Ertan zu freundschaftlichen Gefühlen am Ende seiner Drogenkarriere kaum fähig ist und Frauen für ihn nicht zählen, sondern aufzuteilen sind in Schlampen und Nutten, läßt Regisseur Lars Becker beiseite. Ertan muß cool sein, ein smarter James-Dean-Verschnitt, wie Zaimoglu kommentiert. Der war zwar Koautor des Drehbuchs, hat dem Regisseur aber künstlerische Freiheit zugestanden. Becker nutzte sie einerseits, um den »reinen Stoff« zu strecken, den Ertan Ongun an Zaimoglu weitergab (»Du bist mein Dealer. Geh und verkauf das Zeug!«), andererseits hat er die episodische Erzählweise perfekt auf die Leinwand gebracht. Und daß es tatsächlich einen Kieler Kiez gibt, weiß man jetzt auch. Mainstreamkompatibel ist »Kanak Attack« also noch lange nicht, auch wenn der angemessenere Titel, um es mit Zaimoglu zu sagen, »Kanak light« gewesen wäre.

Liebesluder

Regie: Detlev Buck; mit Mavie Hörbiger, Anke Engelke, Pierre Besson; BRD 2000 (Delphi); 91 Minuten; ab 2.11. im Ki-no

Wir wollen Buck noch einmal verzeihen. Für seine letzten Filme »Männerpension« (starring Til Schweiger) und »Liebe deine Nächste« (Moritz Bleibtreu) hätte er eigentlich eine nicht minder brutale Strafe verdient, wie jener untreue Ehemann, der durch sein britisches Heimatstädtchen ein Schild tragen mußte mit der Aufschrift: »Ich habe meine Frau betrogen. Sorry, Darling.« Solche Anekdoten aus der Provinz waren es, die Detlev Buck zu seinem neusten Werk inspirierten. Und »Liebesluder« ist nun der Grund dafür, daß wir ihn doch nicht zusammen mit seinen Kollegen Fatih Akin, Tom Tykwer, Jan Schütte etc. abhaken unter »ehemals hoffnungsvoller Jung-Regisseur; mit dem Erfolg der Belanglosigkeit anheimgefallen«.

Zugute kommt dem Film, daß Buck sich auf das Wesentliche beschränkt und – abgesehen von Engelke – mit Schauspielern ohne nennenswerte Vorstrafen auskommt. In der Provinz des Hochsauerlands, zwischen Fachwerkhäusern und adretten Vorgärten, treten die menschlichen Eigenschaften offen zutage, erst recht wenn eine »Fremde«, angeblich eine Studentin in den Semesterferien, ins geregelte Kleinstadtdasein eindringt und allen Männern des Kaffs, wie ihre Gattinnen zetern, »die Köpfe verdreht« – und dann just am Hochzeitstag eines ihrer Opfer mit der trinkselig vereinten Männerriege auf deren Vaterschaft anstößt. Von wem »das hinterhältige Miststück« schwanger ist, will es gar nicht wissen. Aber eine hübsche Summe ist fällig, für den Unterhalt des Kindes und fürs Stillschweigen gegenüber den Angetrauten und der Gemeinde. Wie nun alle für den Erhalt der bürgerlichen Ordnung mindestens so leidenschaftlich kämpfen wie die deutschen Autofahrer gegen die Erhöhung des Benzinpreises, das ist schon schön anzusehen. Daß dabei auch ein paar Unschuldige draufgehen mußten, nimmt man gern in Kauf. Und schon herrscht wieder Frieden in der deutschen Provinz.

Konkret 11/00, S. 62

Tobias Nagl

FilmTheater

Cecil B. Demented

Regie: John Waters; mit Melanie Griffith, Stephen Dorff; USA 2000 (Advanced); 84 Minuten; ab 26.10. im Kino

»Wenn jemand beim Anschauen meiner Filme kotzen muß, ist das für mich wie Standing ovations«, schrieb John Waters Anfang der achtziger Jahre in seiner Autobiographie *Shock Value: A Tasteful Book About Bad Taste*. In der vorangegangenen Dekade hatte sich Waters mit (zum Teil selbstfinanzierten) Filmen wie »Multiple Maniacs«, »Pink Flamingos« und »Female Trouble« den Ruf eines Camp-Auteurs maudit des Exploitation-Kinos erworben: als – wahlweise – Andy Warhol der Drive-Ins oder Low-Budget-Fellini der Trailerhomes. Fand Waters transgressive Trash-Ästhetik irgendwo ihren programmatischen Ausdruck, dann in jenem von der Drag-Queen Devine begangenen Akt der Koprophagie am Ende von »Pink Flamingos«.

Wenn heute jedoch keine Geste so leer erscheinen mag wie die des Tabubruchs, hat das nicht nur Gründe des Geschmacks, sondern auch solche der Ökonomie: »Independence« benennt im Hollywood der Gegenwart kaum mehr als das »anspruchsvolle« Marketing-Segment eines flexibel integrierten Studiosystems. Waters kann davon ein Lied singen: Seit Mitte der achtziger Jahre operiert er erfolgreich innerhalb dieses Markts – entsprechend medioker waren die Resultate. Daß ihm diese neue Mainstream-Underground-Konfiguration zum Verhängnis werden könnte, ahnt er nur allzu genau. »Hollywood hat uns Sex und Gewalt gestohlen«, heißt es in der für New Line, einen der größten Major Indies, entstandenen Komödie »Cecil B. Demented«.

Angesichts dieser Koordinatenverschiebung wirkt das ins Filmmilieu verlegte Remake der Patti-Hearst-Entführung samt seiner Reminiszenzen an den Verbalradikalismus der Weathermen, Abbi Hoffmans oder Jerry Rubins allenfalls noch wie ein hilfloser Versuch, den Kuchen gleichzeitig zu haben und zu essen. »Im Namen des Underground-Kinos« kidnappt ein mit Namen wie Sam Fuller oder Kenneth Anger tätowiertes Filmkollektiv um den – immer wie Campino aussehenden – »Filmterroristen« Stephen Dorff die alternde Hollywood-Diva Melanie Griffith. Mit ihr als unfreiwilliger Hauptdarstellerin drehen sie einen »filmischen Molotowcocktail« im Dogma-Stil über ihre »realen« Anschläge auf Filmfunktionäre, der die Herrschaft von »Patch Adams«-Director's-Cuts, »Forrest Gump«-Sequels und Cineplexen auf ewig brechen soll.

Wer so sehr um die bohemistische Synthese von Kunst und Leben ringt, hat natürlich bald den geballten Staatsapparat gegen sich, und so finden die Guerillafilmer in den letzten Bastionen des »schlechten Geschmacks« Unterschlupf: den Porno- und Martial-Arts-Kinos von Baltimores Rotlichtviertel. Spätestens da beschleicht den Zuschauer die vage Ahnung, daß jene Filmkultur des geloopten »filth« mit ständigem Einlaß ebensosehr der Vergangenheit angehören könnte wie die naiven Überschreitungen dieser nostalgisch ironisierten Kulturrevolutionsposse selbst.

Konkret 11/00, S. 63

Georg Fülberth

Ästhetischer Kommunismus

»Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage« hatte Peter Hacks sein Lied vom Ende des Imperialismus überschrieben (KONKRET10/2000). Es hat ein Echo

Shakespeare war der größte Dichter der Welt. Er schrieb englisch, also in der Sprache des heutigen Imperialismus. Dies verschaffte ihm einen Konkurrenzvorteil. Der Brite war gedopt. Es half ihm aber nichts. Noch über ihm steht in der Kunst der Deutsche Johann Sebastian Bach. Er brauchte kein Englisch und keinen Übersetzer.

Der Zweitgrößte – sei es nach Bach, sei es nach Skakespeare – ist für mich Peter Hacks. Daß er selbst sich hinter Goethe, der bei ihm wohl auch vor Tomayer zu stehen kommt, plaziert, zeigt, wieviel geringer sein kritisches Vermögen ausgebildet ist als sein schöpferisches. Auf das politische kommen wir jetzt. Kürzlich ist er nämlich gleich zweimal schwach geworden.

Erstens: Er hat mit seiner sehr großen Kanone auf ein wahrscheinlich nur imaginiertes Insekt geschossen.

Zweitens: Er hat einen Unwürdigen bekämpft. Endet (um ein weiteres niederes Geschöpf zu bemühen) der Wurm, bleibt doch die Sonne, welche schon vor ihm da war. Sie schreibt keine Pamphlete gegen ihn. Anders gesagt: Politologischen Professoren antwortet man nicht. Es ist eine imperialistische Wissenschaft.

Jetzt ist aber der Fehler in der Welt und kann ebenso studiert werden wie die Heilige Schrift, welche sich ja ebenfalls einer unbegreiflichen Schwäche verdankt. Gott hätte sich nicht in dieser Weise offenbaren müssen. Seit er sich, statt lediglich prachtvoll zu schaffen, mit Hilfe unsicherer Zeugen schriftlich äußerte, werden ihm – u.a. durch Giordano Bruno, Galilei und Darwin – seine Schnitzer nachgerechnet.

Warum imitierte Peter Hacks das? Armin Stolper (in der »Jungen Welt«) unterstellt ihm Liebe als Hauptmotiv seiner Produktion. Dies war auch der Affekt, aus dem heraus Gott seinen eingeborenen Sohn gab.

Peter Hacks liebt nicht mich, sondern den Kommunismus und damit die Menschheit, sich selbst hoffentlich nicht ausgenommen. Diese Leidenschaft läßt ihn den Imperialismus als obsolet, mittlerweile als quantité négligeable sehen.

Ich lese meine alten Sachen nicht. Damit gewinne ich Zeit für die Entschlüsselung von Hacks' späten Dramen. (Zum Beispiel »Genovefa«: Wer sind Hans, Gregor, Markus?) Deshalb schlage ich nicht nach, ob ich jemals behauptet habe, ausgerechnet der Imperialismus mache es noch fünfhundert Jahre. Ich halte das für unwahrscheinlich. Die Frist 1900-2000 ist für diese Erscheinung üppig bemessen. Da gebe ich Hacks recht. (Die Stechmücke, welche ihn verwundete, ist somit, falls es sie je gab, weg.) Fragt sich nur, was danach kommt. Denkbare Antwort: eine andere, möglicherweise nichtimperialistische Sorte Kapitalismus. Das vorläufig höchste Stadium muß nicht das letzte gewesen sein.

Der Kapitalismus ist nicht blöd. Wenn ihm der Imperialismus zu gefährlich wird, ersetzt er ihn durch etwas anderes.

Der imperialistische Wissenschaftler Arnulf Baring sagte einst der sowjetischen Diplomatie belustigt nach, sie halte sich an schriftliche Abmachungen. Diesen Glauben ans Gedruckte teilt Peter Hacks. Deshalb zitiert er ausführlich Autoren, die ihm den Untergang des Imperialismus mitteilen. Es sind fremde Zeugen außerhalb seiner eigenen Schriften.

Marx lasse ich gelten.

Von Hobson unterscheidet sich Hobsbawm nicht nur durch ein paar Buchstaben, sondern auch dadurch, daß der eine zu Beginn des Imperialismus geschrieben hat, der andere gegen Ende hin.

Ob Rosa Luxemburg den mathematischen Begriff für den Augenschein geliefert hat, weiß ich nicht. Ich habe mich mit ihrer Anwendung der vier Grundrechenarten gequält, scheiterte aber aus neurologischen Gründen. Dafür kann sie nichts. Ihre marxistischen Gegner – zum Beispiel Otto Bauer – haben andere Zahlenspiele veranstaltet. Auch hierzu kann ich nichts sagen. Oder doch so wenig: Diente die mathematische Modellierung nur der Verdoppelung des Augenscheins, fiele sie mit ihm dahin.

Lenin verwechselte, als er sich von Hilferding abheben wollte, innerkapitalistische Vergesellschaftung des Vertriebs mit einer solchen der Produktion, hielt diese Entwicklung überdies für irreversibel und setzte stillschweigend eine Vereinheitlichung des proletarischen Bewußtseins voraus, welche mittlerweile tatsächlich stattgefunden hat, zum Beispiel durch den Musikantenstadl.

Die Schwächen Bucharins, Vargas, Stalins, der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Walter Ulbrichts und Sahra Wagenknechts sind diejenigen Lenins.

Ob Otto Reinhold sich unmarxistisch äußerte, will ich nicht entscheiden. Es reicht, wenn das, was er sagte, stimmt. Zur Höflichkeit ihm gegenüber ist denjenigen zu raten, die auf Moden ebensowenig hereinfallen wie Peter Hacks. Eine solche besteht darin, die – an der Oberfläche auf Lenin zurückgehende – Lehre vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus deshalb

zu verwerfen, weil die Gesellschaften, in denen sie hochgehalten wurde, nicht mehr bestehen. Die Ansichten der DDR-Wissenschaft über den Sozialismus (die häufig nur ein lautes Stillschweigen gewesen sind) mögen falsch gewesen sein, ihre Meinungen über die BRD waren, solange sie noch ohne Rücksicht auf Kredite geäußert wurden, zutreffend.

Zwar hören wir von Peter Hacks seit längerem den Fluch über den Untergang des Klassischen Zeitalters. Doch in einigen seiner Gedichte und auch in dem vorliegenden Aufsatz entsteht zuweilen der Eindruck, als stünde der Sozialismus noch.

Nehmen wir die vier Strophen »Rote Sommer«: Preußens dünkelhafte Kommunisten begeben sich da nicht in der Vergangenheit in ihre Dörfer und Residenzen, sondern in der Gegenwart. In KONKRET 10/2000 versieht Peter Hacks die Annahme, die Ergebnisse zweier Weltkriege seien für seine und meine Sache verloren, mit einem »vielleicht« und setzt sogar hinzu: »Vielleicht auch noch nicht.« An derselben Stelle spricht er vom »existierenden Sozialismus«. Mag sein, daß ich ihn im letzten Punkt mißverstehe.

Aber er hat ja recht. Der Kommunismus lebt, nämlich in den Stücken, Versen, Erzählungen und Essays von Peter Hacks. Einen anderen Ort hat er gegenwärtig nicht, und unter anderem deshalb lieben wir diesen Dichter, mag ihm der hier in Rede stehende Aufsatz auch eher nachzusehen sein.

Die Annahme, daß bei Bloch, Marcuse und – negativ – Adorno ebenfalls eine solche Verortung stattfand, wäre beleidigend. Erstens konnten sie nicht dichten. Zweitens: Wie schon in Schillers Ästhetik handelte es sich bei ihnen nur um irgendeine nicht näher bestimmte Angelegenheit und ein Als-ob. Zu Hacks verhalten sie sich wie Zwingli zu Luther und Pius dem Neunten.

Es ergeben sich somit zwei Rechnungen.

Entweder:

1. Januar 2001 – 31. Dezember 2500: Restlaufzeit des Kapitalismus.

1. Januar 2501 – Silvester 5500 (bzw. 6500): Sozialismus.

Vom 1. Januar 5501 oder 6501 bis zum Ladenschluß der Galaxie: Kommunismus.

Oder:

Kommunismus sofort, jeden Morgen, durch die Lektüre von »Venus und Stalin«.

Beide Rechnungen schließen einander nicht aus. Die Relativität muß uns nicht schrecken. Sie wird etwas mit Einstein zu tun haben. Für die Sofort-Möglichkeit danken wir Peter Hacks. Ich bin einverstanden.

Konkret 11/00, S. 64

Armin Schreiber

Picasso in Münster

Neben Barcelona, Cap d´Antibes und Paris gehört seit September auch Münster mit einer exorbitanten Grafiksammlung zu den Orten, die ein Picasso-Museum beherbergen

Multiple Bildwerke sind durchaus nichts Neues. Ihre Geschichte beginnt vor etwa 550 Jahren und erlebt kurz darauf schon den ersten Höhepunkt. Denn die alten Meister stürzen sich mit Vehemenz auf die neuen Medien, auf Holzschnitt und Kupferstich. Martin Schongauer, Albrecht Altdorfer, Hans Baldung Grien gehören dazu, beide Cranachs, beide Holbeins und vor allem Albrecht Dürer, der seine Klientel nicht nur mit kunstvollen Darstellungen religiöser Themen bedient, sondern auch, wie »Die wunderbare Sau von Landser« offenbart, ihre Sensationslust befriedigt. Sensationen anderer Art liefern im 17. Jahrhundert die legendären »Rubensstecher«. Bei ihnen läßt der Meister barock-plastischer Großformen Gemälde vervielfältigen: »Amazonenschlacht« und vergleichbare Events zum privaten Kunstgenuß fürs 2. Drittel des 3. Standes.

Für die Weiterentwicklung der grafischen Künste indes spielt ein anderer, nämlich Rembrandt die herausragende Rolle. Warum? Erstens wegen seiner großartigen Radierungen. Zweitens, weil er sie als gleichwertige Kunstwerke neben Ölbilder und Zeichnungen stellt. Damit löst er die Initialzündung aus zur Nobilitierung dieser Technik.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts bleibt die Radierung das bevorzugte Medium, zumal sich durch die Erfindung der Aquatintatechnik die Ausdrucksmöglichkeiten deutlich erweitern. Sie erlaubt, neben Schwarz und Weiß auch flächige Halbtöne zu drucken. Unter den maßgeblichen Künstlern steht Francisco de Goya an erster Stelle. Angesichts seines 80 Blätter umfassenden Zyklus »Desastres de la guerra« verflüchtigt sich die Frage nach dem künstlerischen Eigenwert grafischer Arbeiten.

1825, kurz vor seinem 80. Geburtstag, legt Goya eine bemerkenswerte Grafik mit nahezu malerischen Qualitäten vor. »Spanische Unterhaltung«, eine Stierkampfszene und als Steindruck erkennbar, wie er seit seiner Entdeckung (1796) vor allem zur Vervielfältigung von Noten, Formularen, Briefköpfen etc. genutzt wird. Goya setzt ihn ein zur Realisierung komplexer Bildvorstellungen und trägt so – neben Delacroix, der sich große Verdienste erwirbt um die »Befreiung der Lithographie aus den Klauen der Reproduktionskunst« – mit dazu bei, den Steindruck als künstlerisches Medium zu etablieren: Das 19. Jahrhundert – Daumier, Toulouse-Lautrec, Menzel kann man hervorheben – gehört der Lithographie.

Das 20. gehört Picasso. Um zu verstehen, was nun eigentlich Picassos Leistung – auch im grafischen Bereich – ausmacht, muß man sich in Erinnerung rufen, daß gegenständliche Bilder – entgegen einem volkstümlichen Vorurteil, dem auch die oberen Etagen der Kunstkritik anhängen – ihre spezifische, ihre ver- oder bezaubernde Wirkung nicht durch naturgetreue Wiedergabe des betreffenden Motivs entfalten. Sondern weil die gestalterischen Grundelemente, die sogenannten Mittel, die der jeweilige Gegenstand »von Natur aus« in gebundener Form – diffus und in wechselseitiger Neutralisierung – wirken läßt, auch in Bildern eingesetzt werden, aber – und das ist ausschlaggebend – organisiert und zielgenau plaziert. *Das* löst den Kick aus im Museum, deshalb rennt man hin.

Allerdings nicht zu Genre- und Historienbildern. Da nämlich, in der traditionellen Malerei des 19. Jahrhunderts, ist von den Mitteln nichts zu spüren. Nach wie vor wirken sie bei Holbein & Co., wo sie – für den Betrachter unsichtbar – in der Gestalt des jeweils dargestellten Objekts aufgegangen sind. Die Malerfürsten hingegen, die dem Kaiserreich mit großflächigen Illustrationen großer Schlachten und anderweitig bedeutsamer Momente zu Herzen gehen (»Er spricht mit Mutter« – wird sie die Verlobte akzeptieren?), sie scheinen vergessen zu haben, daß und zu welchem Zweck es so etwas wie gestalterische Grundelemente gibt. Mit weitreichender Konsequenz: die Verfremdung der dinglichen Erscheinungen etc., die »Erneuerung der Welt via Kunst«, die jede Generation neu zu leisten hat, findet nicht mehr statt.

Genau das ist Picassos kalte Stelle des Kopfkissens, die nach seiner Diktion jeder Künstler finden muß. 1906 spätestens – da ist er fünfundzwanzig – sind ihre Dimensionen erkannt, und er beginnt mit der Besetzung des Terrains: Wie Chemiker Substanzen einer Verbindung isolieren, so isoliert er die Mittel (Punkt, Linie, Fläche, Farbe), befreit sie aus der traditionellen Verschmelzung.

Und dann kommt der Geniestreich. Nach neun Monaten, nach einem Entwicklungsprozeß, bei dem – inzwischen gezählt – 809 Studien (Zeichnungen, Aquarelle, Ölbilder) entstehen, weiß er sicher: Eine Figur bleibt eine Figur (Gertrude Stein »saß« im Vorfeld Modell), auch wenn die Darstellungsmittel nicht »naturgemäß«, also in konventioneller Manier genutzt werden. Mehr noch: Sie kommt in Form, lebt geradezu auf, wenn die Mittel anders, nämlich frei zusammengesetzt werden. Fünffach bestätigen »Les Demoiselles d´Avignon« (1907) diese revolutionäre Erkenntnis. Sie bildet das vitale Zentrum einer neuen Formensprache.

Ausgestattet mit neu sortiertem Wahrnehmungsbesteck und grenzenloser Neugier auf alles, was kreucht, fleugt oder auf irgendeiner Sitzgelegenheit Platz nimmt – in Wirklichkeit oder (später auch) in Bildern alter Meister – , bürstet er die

tradierten Seherfahrungen gegen den Strich. Was passiert, wenn die Farbfläche (z. B. eines Gesichts) von ihrer Kontur gelöst und daneben gesetzt wird? Wie verändert sich der Ausdruck, wenn sie nicht durch glatte Farbe, sondern durch parallel geführte Streifen, Striche konstituiert oder – durch Punkte aufgelöst wird? Er findet Antworten, Serien von Antworten, und jede ist ein bis dahin nicht gesehenes Bild.

Weniger spontan, als lange Zeit angenommen, eher systematisch geht er dabei vor. Zwar bedient er sich primär der Malerei, aber er bezieht auch andere Medien in sein Fragespiel ein, wobei Grafiken, und zwar *alle* Verfahren, immer eine wichtige, im Spätwerk sogar die Hauptrolle übernehmen. Zwischen 1930 und 1937 z. B. erscheinen die 100 Blätter der »Suite Vollard«, Radierungen, oft mit Aquatinta wie sein erster (1899) und letzter Druck (1972), und die 347 grafischen Arbeiten aus dem Jahr 1968. 1958/60 rücken Linolschnitte (in der Mehrheit farbig) vorübergehend ins Zentrum. Sie sind kunsthistorisch insofern interessant, als sich hier der erwähnte Rollenwechsel erstmals andeutet: Die formale Disziplin, die das Medium erzwingt, stabilisiert eine Qualität, die in den Ölbildern teilweise schon nicht mehr erreicht wird. Die Lithographien schließlich – um sie geht es im Grafikmuseum Münster – entstehen konzentriert in der Zeit vom Spätherbst 1945 bis 1962.

Weit über 800 Blätter, das lithographische Gesamtwerk Picassos, hat Gert Huizinga (1927 in Lengerich/Westfalen geboren) in 50 Jahren zusammengetragen. Über die »zufällige« Bekanntschaft mit Marie-Thérèse Walter, Lebensgefährtin des Künstlers in den dreißiger Jahren (Picasso 1927: »Mein Name ist Picasso, ich möchte Sie malen«), vor allem aber durch die freundschaftliche Beziehung zu Picas-sos Drucker Fernand Mourlot, kommt er an seltene Blätter, an Arbeiten, von denen keine Auflagen, sondern nur Künstlerdrucke in geringer Anzahl existieren. Eine grandiose Sammlung, die seit kurzem in Münster gezeigt wird: ca. 200 Exponate im ersten Angang und souverän präsentiert.

Aber nur Lithographien? Hätte Huizinga nicht, bei soviel Sachverstand, anders sammeln können? Von jeder Disziplin die Spitzenwerke beispielsweise, womit über die Linolschnitte – ein Nebeneffekt – auch etwas mehr Farbe ins Spiel gekommen wäre? Zehn Minuten in der Ausstellung, und der Skeptiker mutiert zum Bewunderer. Auch deshalb natürlich, weil permanent unbekannte Blätter auftauchen. Insbesondere aber sind es die beispiellosen und *so* nur per Lithographie möglichen Serien wie »Mädchen mit vollem Haar«, »Der Stier« oder »Die zwei Frauenakte«, die offensichtlich besondere Anziehungskraft entfalten und Besucher – selten registriert vor Bildern in den letzten Jahren – zu leidenschaftlichen Debatten animieren.

Und da es bei diesen Reihen sechs-, elf-, einundzwanzigmal um das gleiche, leicht überschaubare Motiv geht, schiebt sich das »Spiel der Mittel« in den Vordergrund, evoziert einen anregenden Ausbildungsgang über künstlerisches Sehen. So geht man entlang am »Mädchen mit vollem Haar«. Schrittweise verschwinden die Plastizität andeutenden Farbspuren der Gesichtsfläche, wird das Papierweiß durch leichte Straffung der Kontur des Kopfes optisch gestaucht, so daß über ein neu formuliertes Volumen ein veränderter Ausdruck entsteht: Unübersehbar in der Schlußversion die zeichenhaft-archaische Ausstrahlung des Kopfes. Zugleich aber wirkt er wie frisch geschminkt für eine Präsentation im 21. Jahrhundert.

Zu sehen ist, wie »Der Stier«, der als impressionistischer dösiger Jungbulle startet, mit Hilfe plastischer Formen, Funktions- und Kraftlinien, als wollte er ausdrücklich (!) mit Dürers »Rhinozeros« konkurrieren, bedrohliche Stärke entfaltet und schließlich, im 11. Zustand, doch als Umrißlinie endet. Zum Event werden »Die zwei Frauenakte«, die zwischen November 1945 und Februar 1946 ihre dem Augenschein angenäherte Plastizität verlieren und als kubistische Figuren in einem kubistischen Boudoir landen.

Das Publikum der fünfziger und sechziger Jahre feierte diesen Endzustand, der das Motiv nach einem Prozeß der Distanzierung vom Abbild irreversibel auf das ominöse »Wesentliche« reduziert. Inzwischen, da seit langem auch Serien bekannt sind, die sich solcher Rezeption widersetzen, richtet sich das Interesse verstärkt auf die einzelnen Blätter. Weniger als Elemente einer zielfixierten Entwicklungsreihe, sondern nebeneinander, sogar rückwärts lesbar. Das Jonglieren mit gestalterischen Grundelementen setzt das Motiv in Bewegung, bringt die unterschiedlichen, z. T. divergierenden Möglichkeiten einer Person zur Entfaltung. Signifikantes Beispiel und ein Höhepunkt der Ausstellung: die 35 Zustände der »Frau im Lehnstuhl«. Die sichtbare Präsenz der Mittel sorgt dafür, daß die Tatsache des Hergestellten nie unter den Tisch fällt.

Gibt Münster den Anstoß zu einer neuerlichen Debatte über das formale Kernproblem Picassos und des 20. Jahrhunderts, zu einer Diskussion über Wert und Wirkung bildbezogener Mittel? Vielleicht verhilft ja das neue Grafikmuseum der Kunst auf ihrem scheinbar alternativlosen Weg »vom Produkt zum Prozeß« (Karlheinz Schmid) zu einer erhellenden Verschnaufpause.

Armin Schreiber schrieb in KONKRET 12/99 über Robert Gernhardts »letzten Zeichner«

Konkret 11/00, S. 66

Boris Gröndahl

E-Mail und die Detektive

Sind Hacker die Widerstandskämpfer der Zukunft oder nur Trüffelschweine der Industrie? Was Sie schon immer über Computersabotage wissen wollten

Zweimal in diesem Jahr haben Fälle von Computersabotage für Schlagzeilen gesorgt. Vom 7. bis 9. Februar wurden die Websites von Amazon.com, Buy.com, CNN, Ebay, E-Trade, Yahoo und ZDnet gezielt mit massenhaften sinnlosen Datenabfragen überflutet. Die »Denial of Service« genannten Attacken zwangen die Server der Websites schließlich in die Knie. Sie waren für bis zu drei Stunden außer Gefecht.

War dieser Angriff noch auf wenige prominente Angebote beschränkt, waren vom nächsten, drei Monate später, Millionen von Rechnern auf der ganzen Welt betroffen. Am Morgen des 4. Mai trafen bei den ersten europäischen Sicherheitsexperten Meldungen über einen Computervirus ein, der sich schneller verbreitete als Ebola: Der »I love you«-Virus pflanzte sich unter Mithilfe eines populären E-Mail-Programms fort.

Offenbar wird sich für diese beiden Fälle weder ein materielles noch ein politisches Motiv finden. Doch Computersabotage ist inzwischen auch ein häufiger Bestandteil politischer Kampagnen. Im Umfeld von Tagungen des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation beispielsweise werden immer wieder deren Websites »defaced«, ihres Gesichtes beraubt: Die Computer werden geknackt, die Eingangsseiten ersetzt.

Bevor nun die Computersabotage angesichts solcher Aktionen zur Widerstandsform du jour ausgerufen wird, ein paar Anmerkungen zu dem Umfeld, aus dessen Werkzeugkasten sich ihre Akteure bedienen: den Hackern.

Hacker können auf eine gut vierzigjährige Geschichte zurückblicken. In diesen vierzig Jahren haben sich die Formen, in denen Hacker auftreten, permanent geändert. Zudem waren Hacker, welchen Zeitpunkt ihrer Geschichte man auch betrachtet, nie ein einheitlicher Block, sondern stets geteilt in unterschiedliche, zum Teil einander feindliche Fraktionen: studentische Zirkel an Eliteschulen, die sich in den sechziger Jahren die ersten Minicomputer unter den Nagel rissen und die Grundlagen für das Internet legten; linke Aktivisten, die in den sechziger Jahren das Stehlen von Telefonanrufen als politische Taktik verfolgten; die kriminalisierte Szene der Phone Phreaks, die sich auf den Vermittlungsrechnern der Telefongesellschaften austobten; die Hippie-Hacker der amerikanischen Westküste, die Ende der Siebziger mit einem politischen Anliegen starteten und schließlich die PC-Industrie gebaren; der deutsche Hackerclub CCC, der sich seit Mitte der Achtziger durch das geschickte Spielen auf der Klaviatur der Medien als eine Art digitaler Robin-Hood-Klan etablieren konnte; die dämonisierten »bösen Hacker« der neunziger Jahre; der erneute Höhenflug einer von Hackern initiierten Industrie durch die jüngste Blüte der Linux- und Open-Source-Programmierer.

Was Hacker auszeichnet und was alle ihre Fraktionen gemein haben, ist ihr besonderes Verhältnis zur Informationstechnik. Hacker bemächtigen sich dieser Technik und wenden sie zu Zwecken an, für die sie eigentlich nicht vorgesehen ist. Das ist durchaus ohne Beispiel: Es gibt keine Chemie-Hacker, Atom-Hacker, Gen-Hacker oder Auto-Hacker. Noch die tollsten selbst angebrachten Heckspoiler, Kotflügel und Rennfahrergurte machen aus einem Autobastler noch keinen Hacker. Er wird seinen vierrädrigen Freund nach wie vor nur nutzen, um sich fortzubewegen und um anderen zu imponieren, also vollkommen im Rahmen der vorgesehenen Zwecke eines Autos bleiben.

Die politischen Aktivitäten von Hackern sind allerdings seit jeher Anlaß für Mißverständnisse gewesen. Sowohl die Zuschreibungen von außen als auch das Selbstverständnis von Hackern sind schillernd. Hacken selbst ist noch kein politisch festgelegter Akt, und Politik ist selten der Zugang, der jemanden zum Hacken bringt. Doch seit in den achtziger Jahren politische Debatten über die Informationsgesellschaft aufkamen, die dann auch teilweise Konsequenzen für die Hacker hatten, sind Hacker auch stärker politisch in Erscheinung getreten.

Auf der Suche nach charakteristischen politischen Gemeinsamkeiten von Hackern trifft man immer wieder auf eine Art Vulgär-Anarchismus: eine individualistische rebellische Attitüde, die Autoritäten in Form von Staat, Konzernen oder Universitäten mißtraut, Gesetze und Regeln tendenziell mißachtet und lieber handelt als darüber diskutiert. Diese Haltung kann je nach Kontext unterschiedliche politische Ausformungen haben. In den USA, wo es eine starke antistaatliche Tradition auf seiten der politischen Rechten gibt, vertreten viele Hacker marktradikale libertäre Positionen. In den Niederlanden bestehen dagegen starke Verbindungen der Hacker zu Autonomen und Hausbesetzern; hier ist die politische Konnotation, wie auch in Deutschland, eher links. Es gibt überdies eine Reihe von im engeren Sinne politischen Bewegungen, die sich das Wissen und die Techniken von Hackern in ihrer Arbeit zunutze gemacht haben. Die spektakulärsten Polit-Hacker waren vielleicht die Yippies, eine spontaneistische Bewegung, die in den USA in den sechziger Jahren einiges Aufsehen erregte und die massiv auf das Phone Phreaking zurückgriff.

Die politischen Ziele und Interessen von Hackern haben eindeutig Schlagseite: Ihr wichtigstes Thema sind die bürgerlichen Freiheitsrechte. In den USA und in Deutschland gehörte zu den ersten politischen Projekten, mit denen Organisationen und

Magazine der Hacker auftraten, vor allem der Kampf gegen ihre eigene Kriminalisierung durch den Staat. Von allgemeinem Interesse ist zum Beispiel ein politisches Lieblingsthema von Hackern – der Datenschutz und die bürgerliche Privatsphäre. So wenig Respekt Hacker vor der Geheimhaltung von Informationen durch staatliche und institutionelle Stellen haben, so wichtig ist ihnen die eigene Privatsphäre, die bis an die Grenze zur Paranoia verteidigt wird. Typisch für Hacker ist dabei, daß sie sich nicht allein auf die gesetzliche Durchsetzung verlassen. Der Glaube, daß die Antwort auf gesellschaftliche Probleme in der Technik zu finden ist, hat dazu geführt, daß einige Hacker ihre ganze Kraft in die Entwicklung und den Betrieb von Systemen stecken, die Anonymität und Vertraulichkeit ermöglichen. Dazu gehören Programme und Geräte zur Datenverschlüsselung ebenso wie der Betrieb sogenannter Anonymer Remailer: spezieller Server, mit denen eine E-Mail versendet werden kann, ohne daß sich eine Spur zum Absender zurückverfolgen läßt. Diese Techniken waren wiederum Anlaß für eine Kriminalisierung der Hackerszene.

In charakteristischer Manier reagieren Hacker auf derartige Eingriffe des Staates mit einer Mischung aus Größenwahn und Paranoia. Auf der einen Seite weisen sie – häufig überzeugend – nach, wie sich Gesetzgeber und Exekutive an technischen Gegebenheiten die Zähne ausbeißen, wie man mit hinreichender Kenntnis gesetzliche Regelungen elegant umgehen kann. Doch statt sich angesichts dessen beruhigt zurückzulehnen, imaginieren sie im selben Atemzug einen allmächtigen Staat, der kein anderes Ziel zu kennen scheint, als ihre Freiheit zu beschränken. Das verweist auf einen grundsätzlichen blinden Fleck in der politischen Weltsicht von Hackern. Hacker tendieren dazu, den Staat – und tendenziell die ganze Gesellschaft – als eine Entität zu sehen, der sie meilenweit überlegen sind, die aber dennoch ungerechtfertigterweise große Macht über sie hat. Es ist deshalb kein Zufall, daß im Mittelpunkt der politischen Ziele von Hackern steht, wie man sich vor dem Staat schützt. Projekte, die breiteren Bevölkerungsschichten Computer zugänglich machen sollen, hat es dagegen auf Initiative von Hackern nur vereinzelt gegeben, etwa im San Francisco der siebziger Jahre und in der Amsterdamer Hackerszene. Das seit den achtziger Jahren entstehende digitale Proletariat hat sich tendenziell eher abseits der Hackerkreise organisiert.

Die Ausbreitung der Informations- und Kommunikationstechnik in alle Lebensbereiche und die gesellschaftlichen Verwerfungen, die damit einhergehen, haben in der Bevölkerung, bei Unternehmen und im Staatsapparat ein Unbehagen bewirkt, für das in vielen Bereichen Hacker die Folie bieten. Interessant daran, und in gewissem Sinne durchaus ein Kompliment an die Hacker, ist die Veränderung des Bedrohungsszenarios. Noch Mitte der achtziger Jahre dominierten Vorstellungen wie die Arbeitsplatzvernichtung durch den »Kollegen Computer«, der drohende Überwachungsstaat, vor dem in Deutschland im Zusammenhang mit der Volkszählung gewarnt wurde, und die Angst vor einem durch Computerfehler versehentlich ausgelösten Atomkrieg. In diesen Szenarien waren Computer stets ein Werkzeug in der Hand großer Organisationen: Staat, Industrie, Militär.

Heute hat dieser Diskurs eine vollkommen andere Note. Allenfalls die Angst vor dem Mißbrauch persönlicher Daten hat sich noch einen kleinen Platz in der politischen Debatte erhalten können. Ansonsten dominieren Vorstellungen von Cyberterroristen, die als Einzelkämpfer die »Informationsinfrastruktur« der industrialisierten Welt lahmlegen, die dies im Verein mit und organisiert durch »Schurkenstaaten« wie Irak, Nordkorea oder Libyen tun oder die, etwa im Auftrag der Organisierten Kriminalität, eine parallele Informationsinfrastruktur aufbauen und Geld- und Kommunikationsströme des internationalen Drogen- und Waffenhandels an der Strafverfolgung vorbeidirigieren.

Für derartige Szenarien gibt es in der Realität kaum Belege. Selbst die Aktionen, die die größten Schlagzeilen gemacht haben, wie die Sabotageangriffe gegen große Websites im Frühjahr 2000 oder der »I love you«-Virus, haben sich, nachdem der Staub sich gelegt hat, für die betroffenen Organisationen letztlich bloß als kleinere Störfälle erwiesen. Den Betrieb haben sie nicht mehr unterbrochen, als im wirklichen Leben Graffiti an einer Schaufensterscheibe den Handel aufhalten.

Hacker sind dabei auf das ihnen zugeschriebene Image des Saboteurs alles andere als stolz. Innerhalb der Hackerszene gibt es auch Differenzen darüber, wie diese »bösen« Hacker zu beurteilen seien. In den USA ist die Argumentation verbreitet, sie durch die Wahl besonderer Begriffe (»Cracker«, »Script kiddies«) auszugrenzen. In Europa verweisen die prominenten Sprecher der Hackerszene eher auf die reinigende Funktion, die solche Aktionen erfüllen: Durch die Aktionen von Hackern, selbst wenn sie, für sich genommen, rein destruktiven Charakter haben, würden objektiv vorhandene Sicherheitslücken aufgedeckt. Die Industrie erhalte so Gelegenheit, diese Fehler zu beseitigen oder weitergehende Überlegungen über eine sichere Infrastruktur anzustellen.

Tatsächlich kann man die These vertreten, daß die Informationsinfrastruktur weniger angreifbar wäre, wenn man auf die Ratschläge der Hacker hören würde. Die im Bereich der Computersicherheit vorhandene Funktion als »Trüffelschweine der Industrie«, wie es der CCC-Gründer Wau Holland einmal in kritischer Absicht formuliert hat, erfüllen Hacker aber auch in einem allgemeineren Sinne. Das Konzept des persönlichen Computers, das Internet und die Open-Source-Bewegung sind ebenfalls solche Trüffel, die von der Computerindustrie mißachtet, aber von Hackern ausgegraben wurden.

In gesellschaftskritischen Debatten stehen zwei Einschätzungen der Hacker gegeneinander: Für die einen sind sie die Oppositionskraft der Zukunft. Es kursieren romantische Vorstellungen von einem Computer-Untergrund, der sich mit seiner technischen Gerissenheit in den Datennetzen bewegt wie die Partisanen im Gebirge, unerreichbar für die nur scheinbar mächtigeren Verfolger. Vor allem das literarische Science-fiction-Genre des »Cyberpunk« hat diesen

Vorstellungen die Bilder gegeben, etwa in den Werken von Autoren wie William Gibson (*Neuromancer*), Neal Stephenson (*Snow Crash*) oder Bruce Sterling (*Islands in the Net*) und in Kinofilmen wie »Blade Runner«, »Hackers« (1995) oder »Matrix« (1999). Im Cyberpunk kombiniert sich, wie der britische Soziologe Paul Taylor sagt, »das technische Wissen der Hacker mit der Anti-Establishment-Haltung des Punks«.

Cyberpunk beruhe, sagen die anderen, trotz seines gegenkulturellen Habitus bloß auf den nihilistischen Zukunftsängsten der weißen Mittelklasse. Hinzu komme, daß Hacker zwar eine Opposition innerhalb der Computerindustrie und -wissenschaft darstellen, im übrigen aber zahlreiche dominante soziale Werte, insbesondere die Ideologie des freien Marktes, explizit unterstützen und dem kreativen Draufgänger, »der überall vom unternehmerischen Individualismus gefeiert wird«, laut US-Kritiker Andrew Ross, nicht unähnlich sind.

Gerade in der kulturellen und politischen Sphäre herrscht unter den Hackern eine solche Vielfalt, daß man für jede These über ihre politische und soziale Wirkung einen Beleg finden wird. Eine Bewertung ihres oppositionellen Potentials kann deshalb nur bei ihrer gemeinsamen Leidenschaft ansetzen: der Technik. Der von manchen angestellte Vergleich der Hackerkultur mit der Hexerei des Mittelalters ist in vielen Aspekten sicher irreführend, aber er weist in die richtige Richtung: Hacker verfügen über »verbotenes Wissen« über eine Schlüsseltechnologie dieser Zeit, und sie teilen dieses Wissen miteinander und mit der Gesellschaft. Sie demonstrieren damit, daß diese Technik nicht allmächtig ist, nicht zwangsläufig Herrschaft verstärkt, daß es für sie Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Das ist ein Verdienst, das man nicht für selbstverständlich halten sollte.

Boris Gröndahl ist Redakteur der »Financial Times Deutschland«. Dieser Beitrag beruht auf einem Auszug aus seinem Buch *Hacker,* das in der Reihe Rotbuch 3000 erschienen ist

Konkret 11/00, S. 68

Tjark Kunstreich

Buch & Deckel

Irit Neidhardt/Willi Bischof: Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. Unrast, Münster 2000. 192 Seiten, 26,80 Mark

Die Herausgeber dieses Bandes fragen: »Wie ist es möglich sich einem Tabu zu nähern?« (fehlende oder falsch gesetzte Kommata gehören zum Programm) und beantworten ihre Frage: »Mit der Beschreibung unserer Erfahrungen und Entdeckungen, beim Versuch Antisemitismus in den eigenen Kreisen« – gemeint sind die Überbleibsel der westdeutschen Autonomen – »zu enttabuisieren«. Daß der Antisemitismus in der radikalen Linken ein Tabu sei, ist eine gewagte Behauptung. Außerdem heißt: den Antisemitismus »enttabuisieren«, ihm Raum zu verschaffen. Allein schon der Umgang mit Sprache bestätigt die Vermutung, daß es bei *Wir sind die Guten* auf Genauigkeit, also Widersprüche, nicht ankommt. Die Herausgeber wollen in der Auseinandersetzung mit Walsers Friedenspreis-Rede bemerkt haben, »daß wir uns solange mit fundamentaler Kritik im Kreis drehen und uns im Kern von Walser nicht unterscheiden, wie wir mit dem Finger auf andere zeigen und uns selber für die Guten halten«. Fundamentale Kritik dreht sich im Kreis und unterscheidet sich nicht von Walser, deshalb muß man sich bekennen – daß Walser genau das tat und sich nicht in »fundamentaler Kritik« übte, ist ihnen erstaunlicherweise entgangen.

Vier der sechs Beiträge sind dementsprechend auch Ausflüge in deutsche Seelenlandschaften im Stil der Betroffenheitsliteratur der achtziger Jahre. Irit Neidhardts Märchenprinz war die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation: »Das Vorbild der BO sollte der Rotfront-Kämpfer-Bund sein ... Der Rotfront-Kämpfer-Bund war antisemitisch und da ist es doch allen Ernstes in der Antifa zu der Diskussion gekommen, ob wir uns in dessen Tradition stellen wollen ... Einer sagte: Alle machen mal Fehler, das muß man verzeihen können. Ich verwandelte mich in eine vibrierende Pfütze Elend und als ich nur noch floß hörte ich seine Stimme wieder – heulst du schon wieder wegen mir?! Zum Glück heulte ich.« Da nutzen nicht einmal mehr Kommata; lyrisch aufgemotzter antikommunistischer Müll wird als Selbstreflexion verkauft.

Der »eigenen Erfahrung« verleiht auch Frank Lohscheller Ausdruck, indem er sich darüber wundert, wieso seine Szene und er trotz aller Widerstände so werden wie ihre Eltern: »Es gibt viele Fragen, auf die ich keine Antworten habe. Als Autonomer habe ich geglaubt, ich könne mich außerhalb dieses Systems stellen. Dies glaube und praktiziere ich nicht mehr ... Oft genieße ich es in diesem System zu leben, manchmal kann ich tagelang keine Nachrichten lesen, ohne in Ohnmachtsgefühl zu versinken und immer wieder habe ich Angst davor, verloren zu gehen.« Weil es jedoch nicht ums »System«, sondern um Deutschland geht, wird aus der niederschmetternden Erkenntnis über das Nachleben des Faschismus in der eigenen Familie flugs das Bekenntnis zur Berliner Republik – der Autor ahnt wohl, daß hier keiner verlorengeht.

Auf dem gleichen Niveau bastelt Irit Neidhardt eine »Collage« über »die radikale Linke, Israel und Palästina«. Ihre Intention könnte man so zusammenfassen: Wenn »wir« Deutschen gut geworden sind, können »wir« endlich Israel kritisieren, »ohne gleich antisemitisch zu sein«. Tatsächlich wird in *Wir sind die Guten* das eigentliche Tabu perpetuiert: Warum immer nur eine Minderheit der Linken in Deutschland bereit war und ist, den Antisemitismus zu bekämpfen.

Konkret 11/00, S. 68

Gunnar Schubert

Buch & Deckel

Sebastian Haffner: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933. DVA, Stuttgart 2000, 200 Seiten, 39,80 Mark

Wie man sie auch liest, sie sind ein seltsames Buch – nein, eher ein Schreibversuch – diese *Erinnerungen*. Etwas Neues erfährt man weder über den im Vorjahr verstorbenen Haffner noch über die in Rede stehende Zeit. Man hat das alles anderswo schon gelesen. Eine Biographie, wie es der Titel suggeriert, sind sie nicht. Die Personen dienen lediglich als Statisten für die Geschichte und Geschichtchen.

Das 1939 geschriebene Buch des knapp 30jährigen war bereits für den Druck auf Englisch und Deutsch vorbereitet, zu dem es dann aber nicht kam. Weshalb, erfährt der Leser von der DVA, die den Text nun aus dem Nachlaß veröffentlicht, nicht. Auch nicht, ob es damals noch keinen Korrektor gab bzw. ob der Verlag heute noch keinen hat. Buchstaben sind vertauscht, es fehlen ganze Wörter. Oder sollte das so, als eine Ausgabe letzter, zittriger Hand?

Vielleicht handelt es sich aber doch um ein „wunderbares Buch", welches „bereits allen Stärken, die Haffners spätere Werke auszeichnen, besitzt: eine klare, einfache Sprache, das originelle Bild" („Welt"). Ebenfalls ein Irrtum. Es besitzt lediglich eine Ansammlung von Adjektiven, Metaphern, Wiederholungen und Steigerungen. Da wird mal etwas „immer spürbarer" oder „widerstandsloser". Wiederholt erklärt der Autor auf einem Blatt, er sei als Bürgersohn „gut ernährt, gut angezogen" gewesen. Auf drei aufeinanderfolgenden Seiten ist die Rede vom „feinen nässenden Novemberregen", der ein „feiner Novemberregen" war bzw. die Erfahrung, wie ihn „der feine Regen allmählich durchnäßte". Schreibt so ein „Publizist der Sonderklasse" (dpa)?

Was schützte Haffner, der das in seinem Vater personifizierte Preußentum – hier Beamter, da Mensch – alles andere als geringschätzte, was schützte ihn davor, selbst Nazi zu werden? Die Bildung, der Humanismus, die Geschichtskenntnis? Es war „meine Nase". Mit einem „ziemlich ausgeprägten Geruchssinn" hatte sich der Heranwachsende seine „wenigen feststehenden Überzeugungen vermittels meiner Nase" gebildet. Man glaubt es kaum.

Dieses Buch ist in etwa so vollkommen wie seine Rezensenten von „Welt" bis „SZ" des Lesens unkundig. Allerdings bedenklich wird es, wenn das Buch von Haffner, der noch 1932 trotz aller Erfahrungen sich als „eher rechts" einordnete, ein solch giftiges Lob erfährt, wie das des „Welt"-Redakteurs Jacques Schuster, der im Jargon seiner Kaste erklärt, der junge Autor sei „aus einem entarteten Deutschland hinein ins ungewisse Exil" gegangen.

Ein Gutes hat das Buch. Unfreiwillig deutet Haffner nämlich auf ein Gebrechen seiner Klasse. Er verteidigt Deutschland vor Hitler, der von außen über das Land gekommen sei, und das gesunde Nationalbewußtsein vor übersteigertem Nationalismus. Wobei er sich in der Argumentation dermaßen verheddert, daß er nebenbei, ebenfalls unfreiwillig, den erst noch im Entstehen befindlichen Begriff vom „anderen Deutschland" schon präventiv erledigt.

Konkret 11/00, S. 69

Martin Büsser

Das Gerangel um den ›richtigen‹ Pop

Warum die Debatte zwischen Polit- und Pop-Linken seit Jahrzehnten nicht vorankommt. Eine Entgegnung auf Kai Degenhardt

In *Kunst und Befreiung*, dem soeben erschienenen zweiten Band der nachgelassenen Schriften von Herbert Marcuse, ist eine 1968 vor Absolventen des New England Conservatory of Music gehaltene Rede abgedruckt. Marcuse bezeichnet die klassische Musik darin als »Musik der Ober- und Mittelschichten«, als Sublimationsakt, der unfähig geworden ist, zeitgenössische Erfahrung von Leid und Protest auszudrücken. Mit Jazz und Rockmusik seien dagegen Formen einer »entsublimierten Musik« entstanden, »freudige Rebellion, Ausgelassenheit ob der abgeschüttelten Hemmungen bei gleichzeitigem Bewußtsein von Unterdrückung und Erniedrigung, unmittelbare Explosion ohne die Zügel traditioneller Formen von Schönheit und Ordnung«.

Bereits drei Jahre später behauptet Jost Hermand in seinem Buch *Pop international*, einem Abgesang auf Happenings, Beat Poetry, Psychedelic und Pop-art, daß die Tabubrüche der Popkultur lediglich zu einer kulturellen Liberalisierung des Kapitalismus geführt haben: Statt die Gesellschaft zu verändern, festigt Pop gerade dort, wo er möglichst enthemmt auftritt, das Bild vom Kapitalismus als maximal freiem und tolerantem System. Sollte Marcuse, der den Begriff der »repressiven Toleranz« prägte, diese ideologische Nutzbarmachung der »Entsublimierung« etwa in einem kurzen Moment der Euphorie übersehen haben?

Die Debatte, von der hier die Rede ist, liegt bereits dreißig Jahre zurück. Interessant ist das deshalb, weil sie bis heute innerhalb der Linken ganz ohne jegliche Akzentverschiebung geführt wird, so auch wieder einmal, eröffnet durch einen Text von Kai Degenhardt, in den letzten Ausgaben von KONKRET. Der Tonfall und die Argumente sind dieselben geblieben: Eine Linke, die sich selbst als aktivistisch, also als Polit-Linke definiert, sei es auch nur dank der Handhabe einer Wandergitarre, wirft der sogenannten Pop-Linken vor, Politik aus eigennützigen Gründen – Hedonismus und Profitinteresse – kulturalisiert zu haben. Die Pop-Linke, sofern sie denn überhaupt noch existiert, behauptet dagegen, daß gesellschaftliche Veränderung ohne Erfahrung von Spaß und einer eigenen, nonkonformistischen, in Selbstverwaltung aufgebauten Kultur gar nicht möglich ist.

Wer aber, muß da gefragt werden, spricht in wessen Interesse? Und vor allem: Von welchem Pop ist da im jeweiligen Fall die Rede? Einiges nämlich hat sich seit dem Jahr, als Marcuse seine Rede »Musik von anderen Planeten« hielt, verändert. Popkultur ist längst nicht mehr Sprachrohr von Protestbewegungen, die wenigen, kulturell und politisch völlig wirkungslos gewordenen Punks, die es in unseren Fußgängerzonen noch gibt, einmal nicht mitgezählt. Schlimmstenfalls fühlt sich Pop heute sogar einer Ästhetik verpflichtet, die den gesellschaftlichen Mainstream nicht nur spiegelt, sondern ihn sogar rechts zu überholen versucht.

Auf der anderen Seite sind aber auch die Parameter, mit deren Hilfe sich Pop- und Hochkultur noch in den sechziger Jahren voneinander haben abgrenzen lassen, unbrauchbar geworden. Bereits zur Blütezeit von Punk und New Wave, also Mitte der Siebziger, sind in popkulturellen Nischen Bands wie Gang Of Four, The Pop Group, The Mekons und This Heat entstanden, deren dezidiert linke Kritik sich auf einem materialästhetischen Niveau abspielte, das nicht nur in Sachen »entsublimierter« Intensität (Marcuse), sondern auch in der zeitgemäßen Behandlung von Entfremdung in der Neuen Musik vergeblich nach ihresgleichen sucht.

Bis heute ist ein solcher quasi avantgardistischer, nichtkommerzieller Strang innerhalb der Popkultur erhalten geblieben. Daß die Namen seiner Vertreter, zum Beispiel Jim O'Rourke, The Red Crayola und Shellac, gerne auch mal in den bürgerlichen Feuilletons auftauchen und dort als exotischer Schmuck dienen, trägt noch immer nicht zu deren kulturindustriellem »Ausverkauf« bei. Solche Musiker verkaufen nach wie vor nicht mehr als 500 bis bestenfalls 5.000 Exemplare ihrer Platten – weltweit. Kulturindustrie findet anderswo statt, im Mainstream-Pop ebenso wie anläßlich des Bach-Jubiläums.

Die Debatte um Pop, Kulturindustrie und die Linke wird bis heute von beinahe allen Seiten deshalb völlig verzerrt, weil der Pop-Begriff so schwammig geworden ist: Er umfaßt alles von Rio Reiser bis Stefan Raab, von den Kakophonien des japanischen Noise-Musikers Merzbow bis zum Kirmes-Hossa von DJ Bobo. Während sich bei Filmen alle darüber einig sind, daß sich die einzige Gemeinsamkeit zwischen Pasolini und einer Familien-Soap auf technische Fragen von Produktion und Wiedergabe beschränkt, wird Pop noch immer von seinen Kritikern unterschiedslos mit schneller, vergänglicher, oberflächlicher Massenkultur gleichgesetzt. Pop-Befürworter wie Diedrich Diederichsen, die sich aus »Scheinaffirmation« heraus trotzig lange Zeit auf ebendiese Grundwerte von Pop berufen haben, halfen dabei nur, die Gegner in ihrer Ansicht zu bestätigen.

In Deutschland, wo jegliche intellektuelle Beschäftigung mit Pop noch immer von Adornos »Kulturindustrie«-Verdikt überschattet ist, hat es bis heute keine nennenswerte öffentlich ausgetragene, differenzierte Auseinandersetzung gegeben,

die zwischen Pop als affirmativer Spaßkultur und einer kritisch reflektierten Popkultur zu unterscheiden weiß. Linke Kritiker gehen in der Regel, sämtliche Pop-Entwicklung in ihren Randbereichen ignorierend, liebgewordenen Favoriten nach, die mal Beethoven und mal Eisler heißen, mal Charlie Parker und mal Bob Dylan. Scheußlichkeiten wie Rammstein oder die symbolische Natobomben-Unterstützung durch Bap reichen ihnen schon, den heutigen Pop an sich an die Verbrecher verloren zu sehen.

Die Pop-Kenner dagegen, die wissen, daß auf ein Phänomen wie Rammstein pro Monat mehr als zwanzig Neuerscheinungen kommen, die nicht nur ideologisch unbedenklich sind, sondern die gerade aus dem Pop-Segment heraus materialästhetisch einen Beitrag gegen die herrschende Pop-Ideologie wie auch gegen die von Leuten wie Martin Walser und Justus Franz verdorbene Hochkultur bilden, können dieses Insider-Wissen gar nicht mehr vermitteln. Sie können es deshalb nicht, weil, wie Jörg Sundermeier (in KONKRET 9/2000) richtig geschrieben hat, Pop-Kritik dem reinen Gebrauchswert einer journalistischen Tagesordnung dient, die nach dem kritischen Gehalt höchstens noch rhetorisch fragt.

Mit Marcuse von 1968 gegen die falsche Verallgemeinerung von Pop als affirmativer Kultur gesprochen, sollte also die Aufgabe der Linken sein, die noch nicht verratene Popkultur in dem Maße ernst zu nehmen, in dem sie bislang auch »Pop«-Denker wie Brecht gegen falsche Vereinnahmung verteidigt hat. Das aber ist hierzulande selten der Fall, weil die Linke sich gern bequem auf einen Kanon zurückzieht, der bei Degenhardt (senior) und Carlos Santana stehengeblieben ist, Pop-Kritik dagegen meist in einem journalistischen Segment stattfindet, wo ernsthafte politische Auseinandersetzung mit dem Material nicht stattfindet. Die Tatsache, daß die bürgerlichen Feuilletons autistisch Schampus trinkende und Rave tanzende Figuren wie Stuckrad-Barre und Rainald Goetz als Pop gewordene Neue Mitte feiern, gibt allerdings keinen Anlaß, die anderswo stattfindenden, noch immer verstörenden Elemente von Pop zu ignorieren.

Popkultur, das diffuse Geflecht aus Emotion und Praxis, das einmal Hausbesetzer und Piratensender hervorgebracht hat, Schwulendiscos und am Kopierer vervielfältigte Fanzines, ist wie jegliche kulturelle Äußerung immer nur in dem Maß an die Kulturindustrie verkauft, in dem es die Linke versäumt, die Sache für ihre Interessen nutzbar zu machen.

Martin Büsser schrieb in KONKRET 10/2000 über die Verfilmung von »American Psycho«

Konkret 11/00, S. 70

Hartwig Vens

Funky Flachwitz

Germany proudly presents: Der deutsche HipHop-Boom hat einen neuen Höhepunkt erreicht

Alle paar Jahre gibt es Anlaß, den Entwicklungsstand von HipHop in Deutschland zu betrachten. Diesmal angesichts der Hausse, die das Genre gegenwärtig in Charts und Medien feiert. Daß die ungeheure Textmenge, die dabei in deutscher Sprache freigesetzt wird, mittlerweile eine Teenager-Hysterie auslöst, begeistert die Popöffentlichkeit und reißt die Kulturkritik zu immer neuen Begeisterungsstürmen über das neue deutsche Pop-Selbstbewußtsein hin.

Bereits in KONKRET 7/95 hatte Günther Jacob eine neue Ausrichtung der deutschen Poplandschaft beobachtet, die mit der gesamtgesellschaftlichen Tendenz zur nationalen Selbstbestimmung konform ging und die auch und gerade von ehemals als »dissident« geltenden Zirkeln wie HipHop-Szene und »Hamburger Schule« vorangetrieben wurde. Jacob konstatierte die »nationalistische Segmentierung des Rap in der BRD« in einen deutschen und einen »Oriental-Rap«. Zweieinhalb Jahre später (KONKRET 2/98) beschrieb Hannes Loh den seinerzeit einsetzenden kommerziellen Boom des deutschen HipHop und wies nach, wie innerhalb des Undergrounds die gegen Kommerz und Sell-out verschworene Kampfgemeinschaft zunehmend den Charakter eines soldatischen Kameradschaftsbunds mit offen rassistisch-nationalistischen Zügen erhielt.

Noch einmal zwei Jahre später hat die Präsenz deutschsprachigen HipHops in den Charts und als öffentliches Thema eine weitere Dimension hinzugewonnen. Angetrieben wird der anhaltende Boom derzeit mitnichten von den flachen Schlagern mit Sprechgesang à la Oli P. oder Tic Tac Toe. Den frischen Wind, den Industrie und Medien bejubeln, haben nicht die Musikkonzerne angefacht, sondern Leute mit jahrelanger Underground-Erfahrung, die eine neue Authentizität verkörpern – nicht nur weil sie sich verbitten, bei »Top Of The Pops« im Playback zu rappen. Das Zentrum der neuen Charts-Stürmer liegt in Hamburg. Von hier kommen Absolute Beginner, Fünf Sterne Deluxe, Eins Zwo, Dynamite Deluxe, Deichkind, Doppelkopf, Fischmob und Ferris MC. Hier sitzen die Labels Buback, Yo Mama, Hong Kong und Eimsbush. Alle genannten Formationen erreichten innerhalb der letzten zwei Jahre die Top 40 der Media-Control-Charts, mehrere gelangten in die Top 10, die Nena-Coverversion »Irgendwie, irgendwo, irgendwann« des Absolute-Beginner-Rappers Eißfeld unter seinem Alias Jan Delay wurde sogar zur Nummer 1 mit Platin-Status.

Der Weg zum Erfolg führte jedoch nicht über das Klischieren musikalischer Muster oder die Verflachung der Texte, sondern, im Gegenteil, über die Verbesserung reim- und produktionstechnischer Qualitäten. Zu verzeichnen ist tatsächlich ein Quantensprung der Fähigkeiten, der Skills in Wort und Musik. Der Rap der Hamburger besitzt mitunter die seltene, deutschen Rappern bislang nicht gegebene, Qualität des Flow, des scheinbar endlosen Fließens, bei dem, analog zur Monotonie der Beats und Loops, die primäre Wortbedeutung verschwimmt und die berauschende Wirkung des Klangs in den Vordergrund rückt.

Im maßstabsetzenden Hamburger HipHop ist alles selbstreferentiell: Das Abfeiern des eigenen Acts gegen die der anderen wird in immer neuen Varianten aufgetafelt. Selbst der Hamburger Rapper Samy Deluxe, dessen Battle-Texte bei höchster Reim-Virtuosität ermüdend redundant sind, meinte neulich: »Das Rap-Ding ist in Deutschland zu sehr battleorientiert. Jetzt, wo es so groß ist, müssen auch wieder Inhalte her.« Tatsächlich sind die endlosen spielerisch-experimentellen Freestyle-Sessions, in denen Rapper, DJs und Beatbauer ihre Skills geformt und verfeinert haben, nicht vorstellbar ohne exzessives Kiffen und Chillen – und genau davon handeln die meisten der Texte: »Spürt ihr den Flow? Die Show geht jetzt los!/Raps kommen groß, ist es allen recht so?/Fette Beats kommen in dein Ohr wie Q-Tips./Klingt gut nicht? Komm näher, damit du Schub kriegst./Meine Crew frißt Mics zu Mittag wie Schnittlauch./Sogar wenn ich nüchtern bin, klinge ich, als wenn ich Shit rauch'.« Das Beherrschen wagemutiger Reimumbrüche, das Ausreizen lyrischer Stilmittel und der Metaphorik gehen einher mit weitgehender inhaltlicher Reduktion. Politische, im Falle der Absoluten Beginner sogar dezidiert antinationale, Inhalte sind weggefallen. Die neue Lockerheit folgt einer Logik der Entdogmatisierung, die sich alles verbittet, was sich nach Problem anhört, auch und vor allem linke Prinzipien. Die musikalischen Styles, funky wie nie, integrieren Reggae, R&B, Sound- und Hörspielexperimente virtuos. Sprachlich frönt man dem bekifften Flachwitz, einer zum Proletentum neigenden Apologie der Fleischlichkeit inklusive Macho-Allüren und Zuhälterkult, Sex, Drugs und kaum verborgenem Anti-Intellektualismus: »Ich hab alles gesehen/Und aller Herren Länder in den Taschen/Ich hab schon im Sitzen gepißt und mir danach die Hände gewaschen/Doch die Pointe is'/Sollt ihr erst mal sehen, wie ich im Stehen kack« (Eins Zwo).

»Deutschland ist zur HipHop-Nation geworden«, leitete »Spex« im August einen Artikel über den Ex-Advanced-Chemistry-Rapper Torch ein, der in HipHop-Kreisen als lebende Legende gilt. »Was mich am HipHop in Deutschland am meisten ankotzt, ist Deutschland«, sagt Torch in *Bei uns geht einiges* von Sebastian Krekow und Jens Steiner, einem von zwei Büchern, die gerade zur Situation und Geschichte des HipHop in Deutschland erschienen sind. Das andere, *20 Jahre HipHop in Deutschland,* haben Sascha Verlan und Hannes Loh, der eingangs erwähnte KONKRET-Autor, geschrieben. Die Ergebnisse ähneln sich erstaunlich. Die überwiegend und demonstrativ subjektiv-lebensgeschichtlich angelegte

Darstellungsweise versinkt in Beteuerungen, wieviel man HipHop verdanke, und tendiert auch bei Verlan/Loh zum platitüdenhaften Sinnieren über begrabene Hoffnungen. Krekow und Steiner belassen es gleich bei einer umfangreichen Sammlung längerer Monologe von Szene-Aktivisten. Die Peinlichkeit des Vorworts ist allerdings nur schwer zu überbieten (»Ich habe z. B. durch HipHop eine längst überfällige Beziehung beendet«). *20 Jahre HipHop*, von dem man weit mehr erwarten durfte, fehlt die grundlegende Minimaldistanz zum Gegenstand und eine sich vom unmittelbaren Empfindungsstil lösende Analytik. Brauchbar ist das Buch, wo es die Enttäuschung des Versprechens von HipHop als einer von rassistischen Kategorien freien Subkultur offenlegt. Auf die Trennung zwischen Deutsch- und Oriental-HipHop folgte das weitgehende Verschwinden des letzteren, zumindest aus der größeren Öffentlichkeit. Die mediale Nötigung zur ethnischen Identifizierung, die dem vorausging, wird von Murat G aus Frankfurt auf den Punkt gebracht: »Du wurdest permanent zu dem Türken abgestempelt, der Musik in Deutschland macht.«

»Wie viele andere Europäer lösen sich die Deutschen von der totalen Fixierung auf die US-Kultur – und zeigen neues Selbstbewußtsein«, schrieb der »Spiegel« (22/2000) unlängst. Ein »Stern«-Artikel trug die Überschrift »Man singt Deutsch«, und der Vorspann klärte den Rest: »Vorbei die Zeit, in der als Schlagerfuzzi belächelt wurde, wer in seiner Muttersprache sang. Quer durchs Land machen Rapper mit witzigen Texten deutsche Hits – und alle können mitsingen. Heimischer HipHop ist zum internationalen Markenzeichen geworden ... Mit HipHop bahnt sich eine neue Ära an. Vieles deutet sogar darauf hin, daß Deutschrap die hiesige Popmusik mit ihrer Heimatsprache versöhnt.« Die Sprache ist Indikator der nationalen Souveränität. Rezipiert wird die HipHop-Hausse unter dem Paradigma der »Entamerikanisierung« (»Intro«). In diversen Interviews betonen die Rapper ihre Ablösung vom amerikanischen Vorbild, nicht selten mit dem Verweis, der europäische HipHop sei den amerikanischen »Fließbandproduktionen« inzwischen überlegen.

Und die Tendenz läßt sich mit Zahlen belegen: Bei einem mit minus 2,9 Prozent schrumpfenden Tonträgermarkt wuchs der Anteil inländischer Produktionen, der 1992 noch bei 25,7 Prozent gelegen hatte, 1999 um 3,5 auf 46,2 Prozent. »Gut 50 Prozent der Top Ten der deutschen Hitparade werden derzeit kontinuierlich von deutschen Produktionen bestimmt – das hat noch nicht einmal die Neue Deutsche Welle geschafft«, jubelt »Spiegel Online« und zitiert einen Labelchef: »Die Kids finden sich und ihr tägliches Leben in den Texten wieder. Zum erstenmal spricht hier jemand ihre Sprache.« Daß diese Kids noch ganz anderes fordern, als zumindest den Hamburger Entertainern lieb ist, zeigt eine Aussage von Samy Deluxe in einem »Raveline«-Interview: »David Pe (Main Concept) hat auf der Tour aus Versehen bzw. um sich bis zum nächsten Reim zu retten, den Satz gebracht: ›blablabla tragen weite Hosen und scheißen auf den HipHop von Amis und Franzosen‹ – und die Leute sind ausgerastet und haben geschrien: ›Ja, deutscher Rap!‹ Da denkt man sich echt, ihr kleinen Nazis.«

Trotz solchen Unbehagens dominiert der Triumph: »Endlich ist Schluß mit dem Gerede von Deutschrap. Ab jetzt sprechen wir von Rap. Bloß eben auf deutsch« (»Spex«). Der Stolz der Rapper und Schreiber, den Amis gleichwertig gegenübertreten zu können, entspricht dem der Berliner Republik. Jeder der genannten Künstler würde sich zwar aufs schärfste gegen die nationalistische Vereinnahmung verwahren, doch die subjektiven Vorbehalte der Musiker richten gegen den kollektiven Wunsch ihrer medialen Multiplikatoren nichts aus. Deren Wunschbild nationaler Stärke, nicht das der Künstler nach unpolitischer Entspannung, formatiert die Präsenz des deutschsprachigen HipHop in der öffentlichen Meinung.

Im übrigen kann von einer massiven Verweigerungshaltung gegenüber dem nationalistisch gefärbten Hype keine Rede sein. Der gerade erst erlangte Starstatus soll nicht schon wieder durch politische Stellungnahmen, die etliche Fans verprellen könnten, untergraben werden. Die Kooperation mit den »Medienpartnern«, die den Mythos von der deutschen Sprachgemeinschaft als Essential nationaler Wiedererstarkung beschwören, funktioniert.

Natürlich ist ein vulgärer Hedonismus, wie ihn die Hamburger HipHopper repräsentieren, allemal dem asketischen Korpsgeist der meisten Underground-Acts mit ihrem militaristisch artikulierten Antimodernismus vorzuziehen. Auch die schon als Meilenstein des Bewußtseinsrap gefeierte neue Torch-Platte »Blaues Samt« durchzieht räsonierender Mystizismus zwischen Heilserwartung, Geldverdammung und dem Aufrufen solch origineller Vorbilder wie Ghandi und Mutter Teresa. Die Hamburger dagegen ordnet man der neuen deutschen Spaßkultur zu, und die ist eben Teil eines Nationalismus sozialdemokratisch »moderner« Manier. Das dürfte den Musikern nicht verborgen geblieben sein. Dennoch beschränken sich antideutsche Aussagen auf das Beklagen der ehernen Sekundärtugenden Verkrampftheit und Unfunkyness. Daß die Message des entspannten Grooves deutscher Zunge sich ideal mit Dieter Gornys Vision von »cool Germany« trifft, scheint niemanden zu interessieren. Vom affirmativen Jungunternehmer-Geist und dem Sichverbitten jeglicher Störung beim Wohlfühlen unter den herrschenden Verhältnissen ganz zu schweigen. Es regiert das eiserne Prinzip, daß politische Aussagen unfunky sind und das Erreichen der »Mehrheit« verhindern. Damit repräsentiert auch der Hamburger HipHop die neue deutsche Souveränität, selbst wenn er es ganz anders gemeint haben sollte.

Hannes Loh/Sascha Verlan: *20 Jahre HipHop in Deutschland.* Hannibal Verlag, Wien 2000, 300 Seiten, 38 Mark

Sebastian Krekow /Jens Steiner: *Bei uns geht einiges.* Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2000, 384 Seiten, 19,80 Mark

Hartwig Vens rezensierte in KONKRET 6/2000 ein Buch über die Neonazi-Musikszene

Konkret 11/00, S. 72

René Martens

Melodie & Rhythmus

Stella: Finger on the trigger for the years to come; L Age D Or/Zomba

Das Politische ist privat die Hamburger Band Stella hat das in den vergangenen Monaten deutlich zu spüren bekommen. Im Zuge des Nato-Angriffs auf Jugoslawien, den die Hälfte der Band live in Belgrad erlebte, sahen sich die Musiker damit konfrontiert, daß Freunde und andere vermeintlich Gleichgesinnte plötzlich auf der falschen Seite standen oder, wie ein Großteil der Pop-Linken, der sich die Band bis dahin locker zugehörig gefühlt hatte, gar keine Position bezogen. Als Kunstmachender denkt man sich ja einen Konsens mit anderen zurecht. Aber wenn s ans Eingemachte geht, werden die Risse sichtbar, die die ganze Zeit schon virulent sind , sagt Thies Mynther, der Gitarrist.

Die Texte auf Finger on the trigger for the years to come , dem zweitem Album der Band, drehen sich vornehmlich um den Krieg. Das heißt aber nicht, daß Stella Agitprop-Formeln verbreiten, die Texte sind vielmehr metaphernreich, und Humor haben die Musiker auch. Über Joseph Fischer und den vermeintlich humanitären Krieg singt Elena Lange, Tochter einer Jugoslawin, beispielsweise mit erotischer, fast schmachtender Stimme: Nothing ever really happened/To kick his ass like that (The Jogging Man). Passend dazu ein Cover-Foto, das die gerade von der Sonne durchflutete Reichstagskuppel zeigt.

Während auf dem Debütalbum Extralife noch New-Wave-Einflüsse dominierten, bringen die Hamburger auf Finger on the trigger ... nun ihre Leidenschaft für zwei verwandte rhythmisch komplexe Tanzmusik-Genres der Gegenwart zum Ausdruck: für britischen Two Step und vor allem für neuen US-R&B. So kontrastieren Stella ihre Statements mit, pardon, revolutionärer Popmusik. Wir haben keine Pietätsprobleme , erläutert Elena Lange. Auch wenn wir unkorrekt klauen, es ist immer Liebe dabei.

Ihre politische Botschaft, ihr Witz und ihre Eigenschaft, unkorrekt zu klauen am besten kombiniert die Band das in Belle Grade . Der Song basiert auf dem hinlänglich bekannten Gitarrenriff aus Steppenwolfs Born to be wild Mu also, die die Kriegsverbrecher hörten, als sie noch jünger waren. Dazu singt Lange eine fast zärtliche Hommage an die Stadt, die die Steppenwolf-Fans bombardieren ließen. So stehlen Stella dem politischen Gegner gewissermaßen eine seiner alten Hymnen.

Konkret 11/00, S. 72

Klaus Smit

Melodie & Rhythmus

The Go-Betweens: The Friends Of Rachel Worth
The Sea And Cake: Oui; beide Clearspot/Efa

Die Go-Betweens sind eine alte Band. Sie wurde 1978 in Australien gegründet und löste sich nach sechs eingespielten Alben 1990 auf. Die beiden Songwriter der Band, Grant McLennan und Robert Forster, waren so etwas wie die Achtziger-Jahre-Ausgabe von Lennon/McCartney, ohne jemals auch nur annähernd so erfolgreich oder facettenreich gewesen zu sein. Allenthalben brachte es aber immer Bonuspunkte ein, sich auf die Band zu berufen, die nie einen Hit hatte.

So hätte es bleiben können, und so wird es vermutlich auch bleiben, ungeachtet der Tatsache, daß es eine neue Platte der Go-Betweens gibt. »The Friends Of Rachel Worth« schließt nahtlos an das letzte reguläre Album »16 Lovers Lane« und die unzähligen Tribute- und Best-Of-Platten an. Mit dem ersten Ton weiß man, wer hier die Gitarrensaiten zupft. Der Unterschied ist nur, daß einen die Augen McLennans und Forsters auf dem Cover aus Gesichtern ansehen, in denen die Zeit ihre Spuren hinterlassen hat. Und als wären die Songs der Band nicht vor zwanzig Jahren schon von einer immerwährenden Melancholie und wehmütigen Schönheit durchzogen gewesen, kommt allein mit ihrem Wiederauftauchen eine tragische Note hinzu: Sie machen immer noch die gleiche Musik. Man ist fast geneigt zu sagen: dieselbe. Womit umgehend die Frage auftaucht, ob man das wirklich noch hören will.

Es ist fast wie bei alten Fotos, die man nur peinlich berührt oder amüsiert betrachten kann, und irgend jemand sagt dann mit glänzenden Augen: »Irgendwann ist das wieder modern!«, um sich zu vergewissern, daß man doch schon damals recht gehabt hat. Außer acht läßt man damit nicht nur, daß sich inzwischen so einiges am Kontext geändert hat, und damit logischerweise auch man selbst, sondern, daß man damals vielleicht ganz schön daneben lag. Ohne die nötige Distanz und damit eingebaute Filter ist das nur schwer zu ertragen.

Fehlanzeige im Falle der Go-Betweens: keine Filter, keine Distanz. Keine neuen Elemente und auch keine andere Arbeitsweise, statt dessen Festhalten an alten Mythen: »I don’t wanna change a thing when it’s magic«, nicht registrierend, daß Dinge nur ihre Magie behalten, indem sie sich verändern und andere Sichtweisen und Zugriffe erlauben. Mit Fortschritt hat das leider soviel zu tun wie ein handgeschmiedeter Pflug. Ein Fall für die Nostalgiker.

Mit einem ähnlichen Grundinstrumentarium wie die Go-Betweens – nämlich Gitarre, Baß, Schlagzeug – arbeiten The Sea And Cake aus Chicago. Doch das Ergebnis ist ein vollkommen anderes. Deutlich sind auch auf dem fünften, schlicht »Oui« betitelten Album der Band die Einflüsse lateinamerikanischer Musik und des Souls von Al Greens und Curtis Mayfield herauszuhören. Wie im Jazz scheinen viele Sachen nebeneinander zu stehen, bevor sie sich beim Hören zusammenfügen. Als ginge es nicht so sehr um Harmonien, sondern um das Aushalten von Zerrissenheit.

Dabei tasten sich die vier Musiker auf »Oui« diesmal besonders vorsichtig vor. Zeit spielt dabei eine wichtige Rolle, nicht nur in den Texten. Manchmal kann alles von vornherein stimmen und der Song einfach so loslegen. An anderen Stellen hakt es derart, als würden die Musiker noch über den richtigen Ton nachdenken, während sie mit der Zeit spielen, schnappschußartige Eindrücke sammeln und diese wie einen Prozeß ausstellen.

Anders als die Go-Betweens hängen The Sea And Cake keiner großen Erzählung nach, sondern stellen genau diese mit feingliederigen, hauchdünnen Songs in Frage. Es muß alles so nicht stimmen, nicht jetzt und nicht an diesem Ort: »And I know that it sounds right, many miles away«, aber: »you’ll never know so take it anyway« und »paradox stay forever, celebrate this day«.

Gewißheiten gibt es von The Sea And Cake nicht. Auch nicht in den von Sam Prekop mehr hingehauchten als gesungenen Texten. Wie bei der Musik (und wie im Leben) muß man sich deren Bedeutungen langsam und zäh erarbeiten. Doch mit dem Set von möglichen Betrachtungsweisen, die diese Platte liefert, kann man, wenn auch keineswegs beruhigt, älter werden.

Konkret 11/00, S. 73

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Erlebnisgemeinschaft verunstalteter Männer Deutschlands e. V., Rothenburg o. d. Tauber

Frau Leonore Kirch

c/o Taurus Film

85774 Unterföhring

Sehr geehrte gnädige Frau!

Unser Verband zählt zur Zeit (und täglich werden es mehr) 840.000 Mitglieder, vom halbwegs gelähmten ExtremKanuten über den Psoriaritiker bis hin zum vom Auffahrunfall im Nebel Hautvollverschmorten. 96 Prozent unserer Mitglieder sind trotz ihres die Frau abstoßenden Äußeren organisch intakt und sexuell vital, bedürfen jedoch beim Vollzug der Onanie des cineastischen Stimulans. Ihr Mann, Herr Dr. rer. pol. Leo Kirch, führt in seinen zahllosen Sendern Filme vor, die zwar guten Hilfswillens sind, aber des entscheidenden Momentes entraten: Nie sehen unsere Klienten den GV in seiner decamouflierten Offenheit und bleiben aufgrunddessen immer wieder mitten in der Triebabfuhr stecken. Ihr Mann hat mit den Kastraten, wie unsere Mitglieder die Softpornos verächtlich nennen, nicht nur Millionen, sondern Abermillionen verdient. Doch statt dieses Geld in Hardcoreware zu investieren, wirft er es lieber für Fußballquatsch, Bibelschinken oder für seine australischen Nandufarmen hinaus. Sie verehrte Leonore, kennen die berechtigte Sehnsucht des überwiegend unverschuldet verunstalteten deutschen Mannes aus eigener Anschauung. Bitte wirken Sie auf Ihren Gatten ein, daß er in seinen Sendern endlich Filme zeigt, in welchen nicht nur Brüste geknetet werden, sondern wo es konvex konkav tabulos zur Sache geht. Der Dank unseres Verbandes für die freundliche Intervention von Leonore zu Leo ist Ihnen gewiß.

Herzlichst:

EVMD, der Sekretär

Herrn Dr. Roger Willemsen

c/o Robert Musil

verzogen nach »Big Brother«

59354 Hürth/Rhld.

Sehr geehrter Herr Dr. Willemsen!

Bekanntlich sind Sie ein ebenso hübscher wie hochgebildeter Mann, der praktisch alles kann: Ihr selbst das rutschigste und sperrigste Thema kühn beim Haupthaar packender Zugriff gilt als »typische Handbewegung Rogers« (so Beat Ruetli in der »NZZ«); der Glanz seiner Formulierungen erinnre, wie »Focus« unlängst schrieb, »an Katzengold«, ja gar an »eine Speckschwarte unter der im Zenit stehenden Sonne«. Sie seien, hieß es unlängst in der »Deutschen Welle« in einem Portrait »Roger Willemsen und das Phänomen des Durchblicks«, ein »Einmannzirkus, der die Tänzerin auf dem Seil über den durch kein Netz gesicherten Abgrund mit dem weißen Clown im Sattel des Tigers auf dem Rücken eines Pferdes in sich vereinigt«. Stimmt haargenau. Warum aber dann dieser Essai in der Zeitschrift »Die Zeit«, in welchem Sie die rhetorisch aufgerufne Frage »Was bedeutet ›Big Brother‹?« auf eine Weise beantworten, die den schlichten Landwirt, den einfachen Seemann und den braven Berufssoldaten an Ihrem denkerischen Instrumentarium irre werden läßt?

»Die Reality-Show wurde zur ersten kulturellen Metapher des neuen Jahrtausends«, sagen Sie da nach einem Besuch des RTL-Produktionsgeländes in Hürth bei Köln. Hürth »hätte Stonehenge, ein Druidenmal, der Stille Brüter, der Acker von Woodstock sein können. Jedenfalls ist es eine dieser Stätten, an denen sich die Kultur ein Symbol geschaffen hat, ein Ort, an dem das Sakrament des Ruhms verabreicht wurde, ein Hochaltar der Massenkultur, vom Rampenlicht mystisch beleuchtet ... Die Welt wird ›big brotherisiert‹, die lang gesuchte bahnbrechende Idee des Unterhaltungsfernsehens ist gefunden. Der normale Mensch ist sein Held, das Leben, die Arbeit, der Abenteuerurlaub sind seine Themen ... Noch nie hatten in der Geschichte so viele Menschen anderen Menschen zusehen können. Noch nie hatten sie deren Zeiteinteilung,

Eßgewohnheiten, Überforderung, Ressentiment so genau beobachten können wie in dieser Versuchsanordnung. Letztlich hat erst ›Big Brother‹ Öffentlichkeit hergestellt für Dinge, die bislang keine Öffentlichkeit hatten. Unmöglich also die Sendung zu verfolgen, ohne sich selbst zu begegnen und die eigene Zeit zu entdecken. Erstmalig entwickelte sich das Drama des Alltags zum Gegenstand kollektiver Betrachtung. Ein Drama ohne Happy-End, aber wer in dieser Betrachtung keine Ergebnisse erzielte, der wird sie auch außerhalb des Fernsehens nicht erzielen.«

Wie der DFB-Auswahlspieler im Hinblick auf seine Vorbildfunktion gegenüber der ballsporttreibenden Jugend als Todfeind der Droge aufzutreten hat, so haben Sie als führender Intellektueller Deutschlands IdolAufgaben gegenüber dem akademischen Nachwuchs. Das heißt: Rück!sichts!lo!se! Aufklärung!! Was für Weihrauch aus dem Dickdarm aber blasen Sie den jungen Leuten ins Gehirn? Mit den verstorbensten Augen von London ist doch diese lausige Partie zu durchschauen: Mitten im zügig Fahrt aufnehmenden Kaoß, mitten in der Krankheit zum Tode der Kapitalverwertungskultur, feiern Sie ein chikagoabgekupfertes imperialistisches Desinformationsracket namens »Endemol«, mit seinem schlicht wie ein Topflappen gehäkelten Produkt »BB«, ein durch ausgetüfteltste Knebelverträge und alle in dieser Branche denkbaren Manipulationen vom kleinsten Bröckerl political incorrectness ausgekämmter Dünnpfiff, in dem sich eine Handvoll werbezielgruppenkompatibler Prolls der Marke Du&Ich mehr oder weniger lukrativ in der Exekution von Nichtigkeiten verhuuren, vor sie wieder verschwinden, wo sie herkamen, in der Versenkung, oder als Koberer in der RTL-Abgreifstation namens »Call and Win« der Zweitverwertung zugeführt werden (Wohnen Sie dieser Sendung mal bei vormittags von 10-12, 96 Pfennige kostet da der Anruf, auch eine kulturelle Metapher des neuen Jahrtausends, von albanischem Hütchenspielercharme). Stonehenge, Druidenmal, Woodstockacker, Hochaltar der Massenkultur, mystisches Rampenlicht – MannMann, Willemsen, spüren Sie bei Niederschrift solchen Zeugs nicht das sich in ihrem Munde ballende Ekzem? Und wissen Sie denn soo überhaupt nicht, daß das größte Drama des Alltags gleich nach Ausbeutung, Krieg und Analfabetismus im Sichbahnbrechen des Unterhaltungsfernsehens besteht? Sie haben über Robert Musil promoviert. Sie haben ihn verraten. Sie sind weißgott »ein normaler Mensch«. Sie sind verloren.

Konkret 11/00, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Wenn zwei Großmeister des Geschwätzes sich zusammentun, der Johannes Rau und die Stiftung des Zigarettenfiltermaschinen-Moguls Kurt A. Körber sel., dann kommt naturgemäß sowas raus:

Bundespräsident Johannes Rau ruft Kinder und Jugendliche auf zur historischen Spurensuche: Tiere in unserer Geschichte. Genutzt – geliebt – getötet.

Gegrillt – verpeist – geschissen.

Erst hatte es geheißen, die Deutschen könnten nie eine Revolution machen. Als sie aber dann doch einmal ganz aus sich heraus- und jeden Montag mit Kerzen um eine Kirche herumgingen, bis ihre Gebete die Regierung in die Flucht getrieben hatten, da hatten sie nicht nur eine Revolution gemacht wie die Franzosen und die Russen vor ihnen, sondern mit der »ersten friedlichen Revolution« zugleich einen neuen Weltrekord aufgestellt. Sie waren über Nacht zu *der* Autorität in Revolutionsfragen geworden, und als nun keiner so recht wußte, wie er das nennen sollte, was da in Belgrad Anfang Oktober passiert war, stellte der deutsche Außenminister das Zeugnis aus, das sei eine

friedliche Freiheitsrevolution des Volkes

gewesen. Für bloß eine ordinäre Revolution hatten ein bißchen zu wenige Aristokraten und Bankiers an den Laternen gehangen, für eine Feier des Friedens lagen noch zu viele Krankenhäuser und Brücken in Schutt, für einen Sieg der Freiheit hatte es ein paar Feindsender und ein paar Wahlen zuviel im Land gegeben, und an der Herstellung von Volkes Wille schließlich war das deutsche Außenministerium mit einem Angriffskrieg, 25 Millionen Schmiermark und der Drohung an die Bevölkerung beteiligt gewesen, bei falscher Stimmabgabe den Winter ohne Heizung verbringen zu müssen. Man sieht, wie schwer es war, den Vorgang einfach eine Revolution zu nennen. Aber dem deutschen Revolutionär ist nichts zu schwär. Und Fischers

friedliche Freiheitsrevolution des Volkes

war in der Tat die friedlichste, freiheitlichste, revolutionärste und völkischste Klassifizierung, die sich für den von Deutschland und seinen Verbündeten erbombten, erkauften und erpreßten Putsch finden ließ.

Das Hamburger Institut für Asoziale Klimbimforschung fängt im neuen Jahrtausend genau dort an, wo es im alten nicht aufgehört hat. Zum »Instituts-Montag«, der ausgesucht wurde, weil ich da meine Skatrunde habe, präsentiert sein »PD« (Privatdozent) Heinz Bude:

Wissen, Geld und Macht. Die politische Ökonomie des neuen Kapitalismus.

Diesem wie allen anderen Überwindern des Karl Marx, die es von privat im Dozent billiger gibt, kömmt es darauf an, die Interpretation der Welt zu verändern, bis keiner mehr weiß, wo oben und unten ist:

Mit dem Begriff der Globalisierung wird heute eine grundlegende Veränderung des Betriebssystems des Kapitalismus bezeichnet. Das Auftreten neuer Akteure des Geldvermögens (»Fonds«), einer neuen Sprache der Kapitalverwertuung (»shareholder value«), neuer Branchen des industriellen Wachstums (»Biotech- und Internetunternehmen«) sowie neuer Formen des Politischen (»Polykorporatismus«) und neuer Technologien des Selbst (»Arbeitskraftunternehmer«) ist offensichtlich. Es wird die These vertreten, daß es sich nicht um einen »flexiblen« (Richard Sennett) oder »digitalen« (Peter Glotz) Kapitalismus, sondern im Kern um einen »futurisierten« Kapitalismus handelt.

Die Technologen des Selbst verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch die gewaltsame Futurisierung aller bisherigen Betriebssysteme. Mögen

Sennett und Glotz vor ihren Instituts-Montagen zittern. Die Arbeitskraftunternehmer haben nichts zu verlieren als ihren Polykorporatismus. Sie haben einen *shareholder value* zu gewinnen. Privatdozenten aller Institute, vereinigt euch!

Auch das gibt es im neuen Jahrtausend: eine Initiative

Wir Lehrer gegen die Rechtschreibreform.

Manches war früher doch besser. Wir hatten Latein-, Deutsch- , Mathe- und Reli-Lehrer. Wir-Lehrer hatten wir nicht.

Sie nennt sich stolz »Financial Times Deutschland«, aber wenn's an die Sprache geht, wird deutsch ganz klein geschrieben:

Die Führung (Jugoslawiens) verbat die Großdemonstration.

Der Autor, ein Norbert Mappes-Niediek, verbreitet seine Ansichten über Jugoslawien für gewöhnlich in einem Institut, das »Freitag« heißt und aus dem »Sonntag« bzw. der »Deutschen Volkszeitung« hervorgegangen ist. Er neigt zu starken Beugungen ebenso wie dazu, die richtige zu verfehlen. Ich hätte ihm zu schwacher Beugung geraten, nämlich einerseits vom »Freitag« zur »Taz« und andererseits von verbietet zu verbietete. Dies hätte gut zu jener gepaßt.

Aus dem »Kölner Stadt-Anzeiger« spricht jetzt die stärkste der Partei'n:

Was stört's die Eiche, wenn ein Hund sie anpinkelt. So gelassen reagierte die Finanzwelt auf die Absage der Dänen an den Euro.

Der neue Chefredakteur des Anzeigers, ein Franz Sommerfeld, war zuvor bei der »Berliner Zeitung«, davor bei Mappes-Niedieks »Freitag« und der »Deutschen Volkszeitung«, und noch früher, bei den »Roten Blättern«, dem Zentralorgan des MSB Spartakus, wo die Eiche aber noch Peter Schütt und der Hund, der sie angepinkelt hatte, Gremliza hieß, dem der Chefredakteur Sommerfeld, der damals noch mit seinem Jungennamen Hutzfeld zeichnete, 1978 vorwarf, er passe sich, weil er den großen kommunistischen Volksschriftsteller Schütt einen Lügendichter genannt hatte, »der antikommunistischen Staatsdoktrin dieser Republik« an und zeige »publizistische Berührungsangst mit den sozialistischen Ländern und den Kommunisten unseres Landes«. Sic transeunt kokoloria mundi.

Andere enden als Rohrkrepierer. So der Robert Kurz, wenn er im »Neuen Deutschland« einen weiteren Weltuntergang ankündigt:

Explosion der Schuldenspirale

Man lache nicht! Genau so wird er aussehen, der Weltuntergang nach Robert Kurz: wie eine explodierende Spirale. Und eben nicht wie eine kollabierende Falle. (Jetzt darf wieder gelacht werden.)

Wie Stefan Baron, der Chefredakteur der »Wirtschaftswoche«, einmal Schiß vorm eigenen Elan bekam:

Wer (mit guten Gründen) für den Abbau des Sozialstaates und den Rückzug der Obrigkeiten überhaupt eintritt, muß auch bereit sein, (moralisch intolerable) Lücken, die dadurch entstehen, zu füllen. Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist ein Sozialkapitalismus.

Doch am Ende nicht des Privatdozenten Bude futurisierter Kapitalismus?

Deutschland hat gute Voraussetzungen, im neuen Wettstreit der marktwirtschaftlichen Systeme einen Spitzenplatz zu erobern. Es ist das Heimatland von Ludwig Erhard. Es muß sich nur der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft erinnern. Sie heißen: Freiheit und Verantwortung.

Bzw. gute Gründe und moralisch intolerable Lücken, resp. Gewinn vor Steuern und nach Verlustvortrag. Oder auch: Instituts-Montage und Wirtschafts-Wochen resp. Budes Baron und Barons Bude.

Friedrich Karl Fromme erklärt in der »Welt am Sonntag« das Innere des Landes im Alltag:

Eine einigende Ideologie des Rechtsextremismus, die aus zu bestrafenden Aktionen eine gefährliche »Bewegung« machen könnte, gibt es nicht. Es handelt sich um kleinere, lose gefügte Gruppen, zumeist von jungen Leuten, die ihren Platz in der Gesellschaft nicht gefunden haben.

Fromme hat ja so recht. Hätten die jungen Leute ihren Platz in der Gesellschaft so schnell gefunden wie er, hätte ein alter SS-Professor sie als Assistenten bei sich aufgenommen, hätten ein paar gleichgesinnte Herausgeber die jungen Leute in die Redaktion einer Zeitung für Deutschland berufen, brauchten sie jetzt nicht Ausländer totzuschlagen, sondern könnten in der Zeitung die anderen Totschläger junge Leute nennen, die ihren Platz in der Gesellschaft nicht gefunden haben. Und neben ihnen säße in der Redaktion der Kamerad Herbert Kremp, der gerade ein Vorwort verfaßte zu einer Sammlung von fünfzig Kolumnen, die ein Volksgenosse für die »Junge Freiheit«, eine kleinere, lose gefügte Gruppe, zumeist von jungen und älteren Nazis, verfaßt hat. Und statt Ausländerwohnheime anzuzünden und jüdische Gräber zu schänden, hörten sie vielleicht Vorlesungen über einigende Ideologie, an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena, beim Verfasser der Kolumnen, dem Günter Zehm, der dort Professor der Philosophie ist.